

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Werner A. Perger

Die CDU

Eckhard Fuhr

Die SPD: Last der Vergangenheit und neuer Realismus

Hans Vorländer

Die FDP nach der deutschen Vereinigung

Hans-Jürgen Leersch

Die CSU: eine neue Form der Bayernpartei?

Antje Vollmer/Wolfgang Templin/Werner Schulz

Grüne und Bündnis 90

Patrick Moreau

Die PDS: eine postkommunistische Partei

B 5/92

24. Januar 1992

Werner A. Perger, Dr. jur., geb. 1942; Korrespondent der „Zeit“ in Bonn.

Eckhard Fuhr, M. A., geb. 1954; seit 1986 politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Hans Vorländer, Dr. phil., Privatdozent, geb. 1954; Studium der Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft an den Universitäten Bonn und Genf; seit 1987 Lehrstuhlvertreter für Politikwissenschaft an den Universitäten Frankfurt am Main und Essen.

Hans-Jürgen Leersch, geb. 1957; seit 1988 Bonner Korrespondent des Münchner Merkur.

Wolfgang Templin, Dipl.-Philosoph, geb. 1948; Mitglied des Sprecherrates von Bündnis 90.

Werner Schulz, Dipl.-Ing., geb. 1950; Mitglied des Sprecherrates von Bündnis 90; Parlamentarischer Geschäftsführer der Gruppe Bündnis 90/Grüne im Deutschen Bundestag.

Antje Vollmer, Dr. phil., geb. 1943; ehemalige Fraktionssprecherin der Grünen; Mitarbeiterin in Bethel.

Patrick Moreau, Dr. phil., geb. 1951; 1984 Habilitation; seit 1985 Wissenschaftler des CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) und dessen Centre d'Analyse Politique der Universität Sorbonne.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die CDU

Sofern sie einigermaßen erfolgreich sind, neigen Regierungsparteien dazu, sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen; nach der Devise „Leistung muß lohnen“ präsentieren sie Leistungsbilanzen. Wichtiger in der optischen Aufbereitung ist nur noch der persönliche Vertreter der erfolgreichen Regierung: der Regierungschef.

Wahlstrategisch war es allerdings zumindest für große Volksparteien immer schon riskant, sich in erster Linie auf das Erreichte – Fortschritt, Reformen, Verbesserungen – und auf den Spitzenkandidaten zu verlassen. Die Erfahrung lehrt, daß die Dankbarkeit der Wähler keine wirklich kalkulierbare politische Größe ist, und ein Spitzenpolitiker nützt sich als Werbeträger mit der Zeit unweigerlich ab – zumal dann, wenn er nicht einmal sonderlich populär ist, wenn nicht er seine Partei, sondern seine Partei ihn zum Wahlerfolg zieht.

Doch was auch immer die Erfahrung lehrt: Die markantesten Beispiele aus den siebziger und achtziger Jahren – „Modell Deutschland“ (SPD 1976) und „Weiter so, Deutschland“ (CDU 1987) – belegen das gläubige Urvertrauen der beiden Kanzlerparteien in das statische Politikmuster (Modell: „Keine Experimente“, wie das in der Werbesprache der CDU der sechziger Jahre noch hieß). Es paßt ins Bild, daß beide Male die Kanzlerparteien – die SPD mit Helmut Schmidt und die CDU mit Helmut Kohl – relativ schlecht abschnitten und in erster Linie mit Hilfe ihres Koalitionspartners an der Macht blieben.

Zu Beginn der neunziger Jahre ist die Lage grundlegend anders: Die Vereinigung mit ihren umstürzenden Veränderungen der politischen Realitäten und psychologischen Befindlichkeiten bedeutet einen tiefen Einschnitt auch für die Volksparteien: politische Antworten, Konzepte und Strategien müssen überarbeitet oder durch neue ersetzt werden. Mit dem Land haben sich die Problemstellungen – ohne durchweg neu zu sein – erheblich verändert. Es gibt neue, größere Probleme – „Herausforderungen“, wie Parteitagsredner sagen. Und mit ihnen neue Prioritäten. „Weiter so“? „Modell Deutschland“? Nicht nur die Slogans sind überholt, erst recht die bräsig-protzige Philosophie, die dahinter sichtbar ist.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands realisierte dies merkwürdiger Weise erst ein Jahr nach der staatlichen Vereinigung von Bundesrepu-

blik und DDR. Das ganze Vereinigungsjahr 1990 hindurch setzte sie öffentlich – teils im guten, wenn auch fahrlässigen Glauben, teils wider eine genauere Datenlage und damit wider besseres Wissen – auf die rasche Machbarkeit der Einheit ohne größere Korrekturen. Niemandem werde es „drüben“ schlechter gehen und „hüben“ werde die Vereinigung niemandem wehtun, da es Steuererhöhungen dafür nicht brauche.

Das war, inmitten der historischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa, der Versuch, noch einmal mit „weiter so“ durchzukommen. Keine Wahrheit vor der Wahl, mag es auch ausgerechnet die zum ersten gesamtdeutschen Bundestag sein – eine „Stunde der Unwahrheit“ sozusagen, um ein Lieblingswort des Kanzlers passend zu variieren. Alsbald folgten Erwachen und Ernüchterung. Die Auseinandersetzungen um die „Steuerlüge“ und die Steuergesetze sind in lebhafter Erinnerung.

Auf ihrem zweiten gesamtdeutschen Parteitag, Mitte Dezember 1991 in Dresden, hat die CDU als Partei dann den Kurswechsel vollzogen. „Unser alter Slogan: ‚Weiter so, Deutschland‘ ist überholt“, verkündete Volker Rühle, Generalsekretär der Partei, in seiner Rede zur Einbringung des *Dresdner Manifests*. „Mit einer bloßen Fortschreibung bisheriger Politik werden wir den neuen Aufgaben in Deutschland nicht gerecht.“

Das Manifest selbst blieb hinter dieser rhetorischen Vorgabe zwar erheblich zurück. Daß die CDU ausgerechnet damit „ihre Führungsposition im deutschen Einigungsprozeß“ ausgebaut haben soll, wie ein Kommentator gratulierte¹, ist eine gewagte Behauptung. In Kategorien der Parteigeschichte betrachtet, markiert der Dresdner Parteitag der Union aber doch eine inhaltliche Zäsur: das Ende der Selbstgewißheit, vielleicht sogar – hinter markigen Sprüchen und programmatischem Wortgeklingel – den Einstieg in eine erste kritische und produktive Selbstbefragung der Partei. Dann wäre Dresden doch kein Parteitag von der Art derer gewesen, wie ein anderer Kommentator spotete, „die überflüssig sind“².

1 Karl Feldmeyer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 12. 1991.

2 Martin Winter, in: Frankfurter Rundschau vom 16. 12. 1991.

Lethargie: Krise der West-Partei

Der Zustand der Christlich Demokratischen Union schreit geradezu nach einer kritischen Überprüfung der eigenen Positionen und einer Problembilanz. Sie war auch vor dem Bonner Koalitionswechsel im Oktober 1982 keine Sturm- und Drang-Partei gewesen; da war damals schon der Vorsitzende mäßigend, glättend, dämpfend davor. Doch welch ein Unterschied: Verglichen mit ihren politischen Diskussionen zur Mitte der achtziger Jahre – Jugendparteitag, Frauenparteitag, Zukunftsmanifest – wirkt die Partei heute geprägt von Lethargie und Routine. Die CDU ist, schlicht gesagt, langweilig geworden. Die Regierung funktioniert. Die Partei steckt in einer ernsten Krise. Eine neue Form der Arbeitsteilung?

Die Anfänge und Ursachen dieser Krise liegen vor der großen *deutschen Wende* 1989/90. Sie sind struktureller und personeller Natur. Viele der Probleme, die heute unter dem akuten Handlungsbedarf auf Grund der Vereinigung mit einem Mal deutlich sichtbar werden, hätten schon vor dem Fall der Mauer der Lösung bedurft:

- die Ausländerfrage (Asyl und Zuwanderung),
- die Umweltvernichtung (national und global),
- der Zerfall der traditionellen Bindungsstrukturen (von der Familie über die Kirchen bis zu den Parteien),
- die zunehmende soziale Kälte (Vereinsamung, Altersarmut),
- die Änderungen der Werte und Lebensstile (Individualismus, Entsolidarisierung),
- der öffentliche Vertrauensverlust (Zulauf zur *Partei der Nichtwähler*),
- die zunehmende Politikdistanz gerade von Jugendlichen, jungen Erwachsenen, und darunter besonders der Frauen (Mitgliederschwund).

Vor diesem Problem standen alle Parteien, besonders aber die CDU. Nichts davon ist im dritten Jahr seit dem Fall der Mauer so neu, wie es die Aufbruchsrhetorik des Kanzlers und seines Generalsekretärs jetzt unterstellen. Es ist nur – durch jahrelanges „weiter so“ – noch brisanter geworden.

Den neuerlichen Niedergang der CDU von der Volkspartei mit Führungsanspruch zum Kanzlerklub als Machterhaltungsagentur markieren die Parteitage in Wiesbaden (1988) und Bremen (1989). Jeweils im Vorfeld fanden entscheidende Machtkämpfe zwischen dem Generalsekretär als Vertreter des einen und dem Kanzler als Vertreter des anderen Politik- und Parteimodells statt.

Beide Parteitage, so urteilt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie, „waren nicht nur der Abgesang einer fortgesetzten programmatischen und damit auch personellen Erneuerung, nicht nur Etappen einer Rückorientierung und Rechts-wende, sondern auch und vor allem Bausteine eines Kanzlerwahlvereins neuen Typs“³. Höhepunkt der Entwicklung war die Ablösung des Generalsekretärs Heiner Geißler durch Volker Rühe: Symbol für die Machtkonzentration im Kanzleramt, auch für die fortschreitende Verwischung der Grenzen zwischen Partei und Regierung. Die anschließende Säuberung der CDU-Zentrale von Geißlers rechtsintellektuellen Mitstreitern, soweit sie vom Vorsitzenden der Illoyalität verdächtigt wurden, war die personalpolitische Fußnote unter dem machtpolitischen Coup Kohls.

Die strukturellen Sorgen der Union aber ließen sich nicht so leicht beseitigen wie diejenigen, die diese Sorgen – zum Mißvergnügen des Parteivorsitzenden – stets aufs neue thematisiert hatten. „Nicht verschwunden sind“, bilanziert Leggewie den sachlichen Nulleffekt der Kohlschen Macht-ranküne, „die Organisations- und Integrationsprobleme der Union, die ihrem Anspruch, *Volkspartei* (Hervorhebung im Original) zu sein, immer weniger genügen kann – es sei denn, man ginge von einem Volk der über Vierzigjährigen aus“⁴. Die Probleme waren nicht nur nicht verschwunden – sie verschärften sich sogar. Sinkende Mitgliederzahlen, Finanzkrise durch Beitrags- und Spendenschwund, merkliches Absinken des Frauenanteils unter den Funktionsträgern, deutlicher Anstieg des Durchschnittsalters der Mitglieder: die CDU auf dem Weg zu einer verarmten Partei der alten Männer.

Verdeckt durch den Paravent der deutschlandpolitischen Dramatik zwischen den Parteitag von Bremen und Dresden – dem letzten der West- und dem zweiten der Gesamt-CDU (dazwischen lag die Parteivereinigung von Hamburg 1990) – ging der politische Erosionsprozeß weiter. Man kann es kaum kritischer beschreiben, als dies zwei Kenner der CDU Ende 1991 getan haben, der Journalist Konrad Adam von außen, der Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger von innen. „Die CDU ist alt geworden“, schrieb Konrad Adam Ende November vergangenen Jahres⁵ und meinte damit nicht nur das überdurchschnittlich hohe Durchschnittsalter der Mitglieder und Wähler: „Es gilt vor allem für eine Gedankenwelt, die unter Fortschritt die endlose Verlängerung von Linien versteht, die in der Vergangenheit angelegt worden sind. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre

3 Claus Leggewie, Der neue Kanzlerwahlverein, in: *Vorgänge*, 106 (1990) 4.

4 Ebd.

5 Karl Adam, Die Partei als Vehikel der Macht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 11. 1991.

absehbaren Folgen, ein grenzenloses Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität eröffnen dieser Status-quo-Politik glänzende Aussichten. Ulf Fink hat die Partei daran erinnert, daß sie nur noch bei den über Sechzigjährigen eine strukturelle Mehrheit habe; ihre Konsequenz braucht er gar nicht mehr herauszustellen, sie ergibt sich von selbst und heißt Altenpolitik. Sie verwandelt Zukunftshoffnungen in technische Anleitungen, macht die Bürger zu Beitragszahlern und Leistungsempfängern und entstellt die Schicksalsfrage, wie es um die Zukunftstüchtigkeit einer Gesellschaft von lauter jungen Angestellten und vielen alten Alten bestellt sein mag, zu einem Versicherungsproblem, das man durch Beitragsmodalitäten und einen raffinierten Finanzierungsschlüssel in den Griff bekommt.“⁶

Von einer Partei, die bald ein Jahrzehnt lang den Kanzler stellt, noch dazu immerfort denselben, und dies vielleicht noch eine ganze Weile tun wird, wird mehr erwartet. Um so schlimmer der Befund, daß diese CDU zu den Problemen nichts zu sagen hat: „Sie ist nicht nur intellektuell, sondern auch moralisch anspruchslos geworden.“⁷ Zwar nur allmählich, aber doch merkbar wächst im Milieu der Union und sogar in der Partei selbst nun wieder der Mut, die Ursachen für diese Anspruchslosigkeit zu artikulieren:

- das diskussionsfeindliche Klima,
- der anti-intellektuelle Affekt,
- die geistige Konfliktscheu,
- die neu aufkeimenden Neigungen zum politisch-religiösen Fundamentalismus.

Mit ungewöhnlicher Offenheit hat sich Mitte Dezember 1991 – zum Dresdner Parteitag – der junge niedersächsische Abgeordnete Friedbert Pflüger auf dieses Thema eingelassen. Pflüger, in den achtziger Jahren enger Mitarbeiter Richard von Weizsäckers, zunächst in Berlin, dann – als dessen Sprecher – im Bundespräsidialamt, gehört dem Bundestag seit der Wahl vom 2. Dezember 1990 an. In der *Frankfurter Rundschau* griff er innerhalb eines ausführlichen Beitrags zur Grundsatzdiskussion in der Union konkrete Beispiele für die latente Intoleranz in der Union – CDU und CSU – auf: „Was soll man davon halten, wenn Edmund Stoiber (CSU) auf Grund der Forderung Rita Süßmuths nach Anerkennung der Fürsorge des homosexuellen Partners eines Aids-Kranken erklärt: ‚Dann kann ich auch gleich über Teufelsanbetung diskutieren‘ (Die Welt, 9. 8. 1991). Rita Süßmuth, die beliebteste Politikerin der Union, die bei der letzten Bundestagswahl in ihrem Göttinger Wahlkreis 10 Prozent mehr Erst- als Zweitstimmen sam-

eln konnte und ohne die viele Frauen der Union endgültig den Rücken kehren würden, darf offenbar nach Belieben beschimpft werden.“⁸

Rita Süßmuth ist kein Einzelfall, unabhängig von der Frage, wie weit sie selbst sich durch die ominöse Dienstwagen-Affäre politisch geschwächt hat. Auch ohne Affären haben Politiker in der Union, nachdem sie sich mit abweichenden Meinungen vorgewagt haben, Ärger mit dem Parteiführer bekommen und – in der Folge – Einfluß verloren, angefangen vom frühen Weizsäcker über Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler, Norbert Blüm und Klaus Töpfer bis zu Ulf Fink und weniger prominenten CDU-Querdenkern wie die langjährigen Geißler-Mitarbeiter Wulf Schönbohm oder Warnfried Dettling. Es sei für die CDU lebensnotwendig, mahnt Pflüger, „daß die innerparteiliche Diskussion belebt und wieder eine offene und solidarische Diskussionskultur geschaffen wird“⁹. Ob es nicht wahr sei, fragt Pflüger – denn die rhetorische Frage ist auch unter demokratischen Bedingungen mitunter die klügste Form der Anklage –, daß heute innerparteiliche Auseinandersetzungen in der CDU nicht als belebend sondern als störend empfunden würden? „Engagierte werden als Querulanten diffamiert. Der innerparteiliche Andersdenkende gilt als Attentäter gegen die Einheit der Partei.“¹⁰

Es steht schlecht um eine politische Formation, die nicht *Kader-* sondern *Volkspartei* sein möchte, wenn ihr aus den eigenen Reihen das Ausgrenzen Andersdenkender vorgeworfen wird. Selbst wenn der Abgeordnete Pflüger dabei für manche in der Union zu weit ging, mit seinem Urteil steht er bei weitem nicht allein, einige Betroffene haben sich inzwischen ähnlich geäußert. Auf dem Parteitag in Dresden thematisierten immerhin auch Norbert Blüm und Ulf Fink die Toleranzlücke in der Partei, die Politik der Sanktionen gegen Abweichler und den feststellbaren Mangel an politischer Courage gegenüber der alle politische Diskurskultur plattdrückenden Führungsgestalt. Die innere Austrocknung der Union und die Frage nach den Ursachen: dies ist das größte innere Problem, das die völlig auf ihren Vorsitzenden zugeschnittene West-CDU in die christlich-demokratische Partei-Einheit mitbrachte; die westliche Erblast.

Es war kein Zufall, daß in Dresden diese Kritik ausgerechnet im Rahmen einer Diskussion aufkam, in der es um das größte Problem ging, das die führungslose und personell belastete Ost-CDU in die Einheit einbrachte: die Vergangenheit als „Blockpartei“ und die mögliche politische Verstrickung altgedienter Parteimitglieder, der

8 Friedbert Pflüger, Das „C“ ist kein Knüttel gegen Andersdenkende, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14. 12. 1991.

9 Ebd.

10 Ebd.

6 Ebd.

7 Ebd.

„Blockflöten“, ins Unrechtssystem des SED-Staats. Denn die selbstkritische biblische Frage christdemokratischer „Wessis“, wer von ihnen eigentlich berechtigt sei, den ersten Stein zu werfen, führte geradezu zwangsläufig zur Überprüfung westlicher Verhaltensmuster. Die Fragestellung lag auf der Hand: Kennt man Anpassung, Mitläufertum, Feigheit – diese Alltagsphänomene des totalitären Unrechtsstaats – nicht auch aus dem innerparteilichen Alltag der West-Partei? Der Ost-berliner ehemalige Pastor Rainer Eppelmann sagte in einer Diskussion über die Vergangenheit der Ost-CDU, es gehe nicht um die Unterscheidung, ob man „Jungfrau oder Nutte“ sei. Vom Podium des „Forum 5“ (Thema: „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“) wandte er sich an die versammelten „Wessis“ und „Ossis“: „Hier sind nur Nutten. Die Frage ist nur, wie oft wir mit wem geschlafen haben.“ Pauschal geurteilt, herb formuliert. Aber läßt sich die Frage nach der historischen Schuld und der persönlichen Tugend anders als mit robuster Offenheit diskutieren?

Vergangenheit: Problem der Ost-Partei

Die Aufarbeitung der Ost-Vergangenheit ist eines der mühsamsten Vorhaben der neuen Union für die nächsten Jahre. So sehr der Bundeskanzler sich dies auch wünschen mag – allein durch den biologischen Prozeß – die darwinistische Spielart der berüchtigten Problemlösungsmethode *Aussitzen* – wird sich der Komplex „Altlasten“ nicht erledigen. Anders als sein Generalsekretär Volker Rühe, der mit seiner massiven Intervention gegen eine neue Dreistigkeit der ostdeutschen Alt-CDU im Herbst 1991 das Thema ins Bewußtsein der Öffentlichkeit geboxt hat – Rühes bisher wichtigste Tat –, setzt Kohl auf Kalmieren und Entschärfen. Ähnlich wie in den Auseinandersetzungen um die – *gesamtdeutsche* – Nazi-Vergangenheit versucht der CDU-Vorsitzende, die potentiellen Täter oder Mitschuldigen dadurch zu entlasten, daß er alle anderen für befangen erklärt; sich selbst zuerst. Wer von den Westdeutschen, so Kohls Argument gegen das Rühes, kann für sich selbst die Hand ins Feuer legen, daß er oder sie unter vergleichbaren Umständen nicht genauso gehandelt, nicht genauso mitschuldig geworden wäre?

Diese auf den ersten Blick schwer zu widerlegende Logik besagt: Wer kein „Blocki“ sein konnte, weil er im Westen lebte, der hätte doch leicht einer werden können, wenn er im Osten gelebt hätte, zum Beispiel Kohl. Der Kanzler dazu in Dresden: „Ich hatte das Glück, in meiner Heimatstadt Lud-

wigshafen zu Weihnachten 1946 im Alter von 16 Jahren Mitglied der CDU werden zu können. Die Stadt lag damals in der französischen Besatzungszone, der westliche Teil Deutschlands hatte eine freiheitliche Entwicklung vor sich. Wenn ich in jenen Tagen in Leipzig gelebt hätte, wäre ich auf Grund meines Elternhauses mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls zur CDU gegangen... Ich weiß nicht, welchen Weg ich selbst gefunden hätte: Ob ich in den Westen gegangen wäre, ob ich die Kraft besessen hätte, das Zuchthaus etwa in Bautzen zu riskieren oder ob ich Kompromisse eingegangen wäre oder mir eine Nische gesucht hätte. Im Blick auf solche Fragen sollte sich jeder vor Besserwisseri oder gar Arroganz hüten. Das gehört ebenso zur Aussöhnung wie das Aussprechen der Wahrheit.“

Zumindest nicht alle Mitglieder der Ost-Union müssen dieser Aufforderung zum Maßhalten nachkommen. Einige werden es gewiß nicht tun. Leute wie der neue sächsische Umweltminister Arnold Vaatz, der politischer Häftling war und zur selben Zeit im Zuchthaus die Tage zählte, zu der Parteifreunde wie der thüringische Ministerpräsident Josef Duchac vergleichsweise entspannte Beziehungen zum SED-Staat und auch – als Laien-Entertainer für Freizeitveranstaltungen – zur Stasi hatte. Oder Sachsens Innenminister Heinz Eggert, der als Studentenfarrer 17 Jahre die tägliche Diskriminierung dadurch erfuhr, daß er in der Studentengaststätte nicht bedient wurde, und der gegenüber jenen, die sich arrangiert hatten wie Duchac (oder Gies, de Maizière, Diestel, Krause) tiefe Klüfte empfindet, die sich, wie er in Dresden sagte, „aus unseren Biographien ergeben“.

Das sind Abgründe, die möglicherweise noch schwerer zu überbrücken sind, als die zwischen Ost und West. Die vom Kanzleramt verordnete Methode des betretenen Wegsehens und befangenen Stillschweigens verheißt den geringsten Erfolg. Das gilt auch für die kleinlaute Art, in der das *Dresdner Manifest* das „Blockflöten“-Problem zu lösen empfiehlt: mit einer Art freiwilliger Selbstkontrolle und individueller Gewissenserforschung. Die *Dresdner Bewältigung, to whom it may concern*: „Wir bitten alle, die in Gesellschaft und Politik ein Amt bekleiden, ihr Verhalten in der Vergangenheit selbstkritisch zu überprüfen. Auch wer keinen Anlaß sieht, sich persönlich etwas vorzuwerfen, muß sich doch die Frage stellen, ob seine frühere Tätigkeit in Beruf, Gesellschaft und Politik es seinen Mitbürgern und Parteifreunden heute schwer macht, neues Vertrauen zu gewinnen.“¹¹

Wie so oft bei Krisen und Problemen liegt im Komplex „Ost-Vergangenheit“ für die CDU auch eine Chance. Anders als die SPD, die dank ihres

11 *Dresdner Manifest*.

Neuanfangs vom Oktober 1989 am wenigsten mit „Altlasten“ zu tun hat, und im Gegensatz zur FDP, die – obwohl sie im Osten mit ihren Altmitgliedern zahlenmäßig stärker ist als die West-FDP – ihr Vergangenheitsproblem schlichtweg leugnet, setzt die Union sich in den neuen Bundesländern zur Zeit damit immerhin auseinander. Sie ist, so gesehen, vielleicht die einzige wirkliche *Volkspartei* auf dem politischen Terrain der ehemaligen DDR: Die Vergangenheit als Problem geht alle an. Die Partei, die sich ihm stellt und dabei nicht nur beschönigt und harmonisiert, könnte zur geistig und moralisch – und nicht nur nach Stimmprozenten – führenden politischen Kraft werden.

Atheismus: Die Sorge der Gesamtpartei

Die Lasten der Vergangenheit sind jedoch nicht das einzige Problem, das der Union mit der Einheit zugewachsen ist. Das Nebeneinander zweier politischer Kulturen schafft eine neue Wählergesellschaft, die noch schwerer einzuschätzen ist, als sie es im Westen in zunehmendem Maße schon war. Das beschäftigt nicht nur die Union. Für beide großen Volksparteien, so schreibt der Sozialwissenschaftler Hans-Joachim Veen in einer umfangreichen Studie¹², „stellt sich damit das Problem der Überdehnung ihres existentiellen Spagats zwischen Traditionswählern und nachwachsenden Wählerschichten angesichts ihrer mit der Vereinigung noch heterogener gewordenen Wählerschaft“.

Für die Union als *christliche* Partei kommt allerdings eine Besonderheit hinzu: der enorm hohe Anteil an Konfessionslosen in der ehemaligen DDR. Das vielzitierte „C“ von CDU und CSU ist für diese neuen Bürger ohne Bedeutung. Die Säkularisierungstendenzen, die der Union vor der Vereinigung in Westdeutschland bereits Kopfzerbrechen bereiteten, werden dadurch eine weitere Verstärkung erfahren. In breiteren Schichten der Partei ist das zwar noch kein Thema; doch in der Parteiführung ist die potentielle Gefahr, die in dieser Entwicklung steckt, bekannt, nicht zuletzt dem Mann mit dem sicheren Instinkt für Gefahren und Unsicherheiten, Helmut Kohl.

In mehreren Reden ist der Kanzler darauf eingegangen, auch auf den Parteitag der CSU in München und der eigenen CDU in Dresden. „Es ist unübersehbar“, sagte er in München, „die strah-

lende, prägende Kraft unserer Kirchen hat nachgelassen.“ Was die neuen Länder angeht, ist das milde ausgedrückt. Nach neueren Unterlagen sind etwa elf Millionen – fast drei Viertel der ehemaligen DDR-Bevölkerung – ohne formelle Glaubenszugehörigkeit. Etwa 24 Prozent sind als Protestanten registriert, weniger als drei Prozent als Katholiken. Nicht nur der geringe Bevölkerungsanteil derjenigen, die einer Konfession angehören, bereitet der Union Kopfzerbrechen. Diese Kirchenmitglieder in den neuen fünf Ländern weisen, statistisch betrachtet, außerdem eine problematische Altersstruktur auf: 48 Prozent der Katholiken und 44 Prozent der Protestanten in der Ex-DDR sind sechzig Jahre und älter¹³. Die Kirchenmitgliedschaft als Alterskultur: Diese Entwicklung ist zwar auch im Westen kein unbekanntes Phänomen mehr, in der Ex-DDR aber, nach vierzig Jahren SED, ist sie offenkundig besonders weit fortgeschritten. Ungewiß ist noch, schreibt der Politikwissenschaftler Thomas M. Gaulty, CDU-Mitarbeiter im Adenauer-Haus, in welcher Weise sich die große Zahl „postsozialistischer Atheisten“ aus dem Osten gemeinsam mit der wachsenden Zahl westdeutscher Nichtchristen in der politischen Kultur des Landes bemerkbar machen werde. „Sicher ist, daß dies ein wichtiger Faktor zukünftiger Politik sein wird.“¹⁴

Erste Krisensignale aus Sicht der Christlich Demokratischen Union: „Beim Treueeid auf unseren Staat“, berichtet Hanna-Renate Laurien, Präsidentin des Abgeordnetenhauses in Berlin, „haben kürzlich in Berlin unter über 100 Polizeianwärtern nur einige wenige die Eidesformel mit dem ‚So wahr mir Gott helfe‘ vollzogen. Das christliche Milieu, aus dem die CDU früher ihr Potential an Politikern wie an Wählern gewann, ist zerbrochen. Die plurale Gesellschaft kennt solche ‚Milieus‘ nicht mehr.“¹⁵

Damit versiege, so ergänzt der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel – auch er ist besorgt über den ostdeutschen Antichristen – „ein für die CDU höchst bedeutendes Wählerreservoir“¹⁶. Neue alternative Milieus stünden der CDU nicht zur Verfügung. Der bittere Schluß daraus: „Dies färbt auf die Partei in doppelter Weise ab: Ihr persönliches Profil wird anders und droht zugleich schwächer zu werden.“¹⁷

Das sieht auch der Kanzler so. Der Verlust des personellen Vorfeldes besorgt ihn, den Machtmen-

12 H.-J. Veen, *Abschluß, Neubeginn und Übergang: Die erste gesamtdeutsche Wahl und die Veränderungen der Wähler- und Parteienstrukturen in Deutschland*, Bonn 1991.

13 Vgl. Thomas M. Gaulty, *Konfessionalismus und politische Kultur in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20/91; siehe die Quellenverweise dort.

14 Ebd.

15 Hanna-Renate Laurien, *Standortbestimmungen*, in: *Die politische Meinung*, 259 (1991), S. 14–26.

16 Erwin Teufel, *Wie weiter, CDU?*, in: *Die politische Meinung*, 263 (1991), S. 25–31.

17 Ebd.

schen, ungleich mehr als die Dürre im intellektuellen Klima seiner Partei. Klug ist er selber, mag er denken, aber ohne Nachwuchs hat die Partei keine Zukunft. Es ist eben nicht mehr so selbstverständlich wie seinerzeit, hat er auf dem CSU-Parteitag ein wenig nostalgisch gesagt, daß die jungen Leute aus der konfessionellen Jugendarbeit in die politische Jugendarbeit wechseln – von der Katholischen oder Evangelischen Jugend, von den christlichen Pfadfindern oder, als Studenten, vom CV nahtlos in die Schüler- und in die Junge Union oder zum Studentenverband RCDS (mit dessen kritischen Köpfen – Dettling, Radunski, Schönbohm, Teltschik – der junge Kohl seinerzeit noch umzugehen mußte). Diese Milieu-Brücken zur Politik sind brüchig oder eingestürzt. Was tun?

Grundsatzdebatte: Hoffnung der Gesamtpartei

Der Vorsitzende hat sich daran erinnert, daß in der letzten inneren Krise der Union, nach dem gesellschaftlichen Umbruch der 68er Jahre und dem Machtverlust der CDU in Bonn (1969), die Diskussion eines Grundsatzprogramms der Partei einigermaßen auf die Beine geholfen hat. Die Personen, die man heute noch mit dieser mehrjährigen Debatte verbindet, sind zwar keineswegs seine Freunde: Biedenkopf etwa, Weizsäcker, Geißler, Blüm, Fink, Pflüger und einige andere. Doch die Idee, die neue, vereinigte Partei mit einem Grundsatzprogramm zu beschäftigen, schien ihm attraktiv genug, an das alte Modell anzuknüpfen. „Viele erinnern sich noch“, sagte Kohl in Dresden, „welchen Impuls uns die Debatte um das Grundsatzprogramm in den siebziger Jahren gegeben hat.“ Jetzt erhoffe er sich „ähnliche Anstöße“.

Einige hegten zunächst den Verdacht, der Vorsitzende wolle das Projekt nur wieder zur Herrschaftssicherung instrumentalisieren, indem er die Partei und die internen Kritiker beschäftigte. Das war nicht ganz unbegründet. Bekannt ist schließlich, daß Helmut Kohl wie jeder Machtpragmatiker in solchen Grundsatzdiskussionen immer auch politische Gefahren wittert. Der Verdacht erhielt neue Nahrung, als Kohl den früheren Ost-CDU-Chef Lothar de Maizière zum Vorsitzenden der Programm-Kommission machte. So wichtig nahm er die Position also offenbar nicht, als daß sie nicht auch mit dem prominenten Quoten-„Ossi“ besetzt werden konnte, für den sich leider kein attraktiver Platz im Kabinett gefunden hatte. Die Grundsatzprogramm-Kommission – ein Auffanglager für politisch Abgeschobene.

Als de Maizière aufgrund der brisanten Mischung aus dem *Fall Czerni* und Rühes „Blockflöten“-Offensive sich plötzlich aus seinen Parteiämtern zurückzog, mußte Kohl sich neue Gedanken machen. Er hielt sich an sein Rezept, einen Nachwuchsmann dorthin zu setzen, der ihm voraussichtlich nicht aus dem Ruder laufen würde. Doch immerhin entschied er sich diesmal für einen, bei dem nicht von vornherein Skepsis geboten ist: Reinhard Göhner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Der neue Kommissionsvorsitzende ist somit zwar einer aus Kohls handverlesener Garde Parlamentarischer Staatssekretäre in dieser Regierung, die als Hausmacht des Kanzlers (in der Fraktion und ihren jeweiligen Parteigremien daheim) gelten. Er ist also ein loyaler Mann, doch in seinen bisherigen Äußerungen hat er zumindest gezeigt, daß er die Arbeit nicht als Beschäftigungstherapie ansieht und sich darüber seine eigenen Gedanken macht. Die Grundsatzdebatte, ernst genommen, hätte ja in der Tat ihren Sinn: Die Kanzler- und Volkspartei CDU braucht, angesichts der dramatischen Veränderungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und in der politischen Kultur Deutschlands, eine Aufarbeitung dieser Umbrüche und Verschiebungen, eine Besinnung auf den Katalog ihrer Wertvorstellungen, vielleicht auch eine Neuorientierung.

Göhners erster Zwischenbericht auf dem Dresdner Parteitag ließ hoffen, daß am Ende der Arbeit seiner Kommission mehr stehen könnte als ein gefälliger Katalog wohltonender Allerwelts-Unverbindlichkeiten à la Dresdner Manifest („Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land“, „das Alter hat wie jede Lebensphase seinen eigenen Wert“, „ein besonderes Anliegen (*sic!*) der CDU ist der Schutz der Wälder, insbesondere der tropischen Regenwälder“ usw.). Nicht aufregend, aber doch einsichtig liest sich sein Verständnis der Programmarbeit als „Anfrage an das Theorie- und Reflexionsdefizit in unserer Partei“, ebenso die anschließende Frage: „Sind wir in der Lage, eingefahrene Positionen in Frage zu stellen und die Prioritäten unserer Politik neu zu bestimmen?“ Zur Grundsatzprogrammdiskussion sagte Göhner vor der CDU (in einem Saal, in dem er allerdings – als erster Redner nach der Mittagspause – sehr um Aufmerksamkeit ringen mußte): „Es ist eine Probe für die politische Kultur unserer Partei, für unsere Offenheit und Diskussionsfähigkeit.“¹⁸ Wer wollte dem Mann widersprechen?

18 Reinhard Göhner, Zwischenbericht des Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission, zitiert nach dem vorab verteilten Manuskript.

Republikanische Erneuerung: Chance der Gesamtpartei

Im Herbst dieses Jahres wird sich die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler zum zehnten Mal jähren, im Jahr darauf seine Wahl zum Vorsitzenden der CDU zum zwanzigsten Mal. Man darf davon ausgehen, daß zumindest die Union dieser Jubiläen feierlich, fröhlich gedenken wird. Über den Erfolg eines Staatsmanns entscheidet aber nicht – jedenfalls nicht allein – die Länge seiner Amtszeit. Die deutsche Einheit, die durch glückliche Konstellationen in die politische Reichweite dieses Kanzlers kam und die zu ergreifen er den richtigen Instinkt und die notwendige Entschlossenheit bewiesen hat, ist noch lange nicht erreicht. „Der schwierige Prozeß der inneren Einigung“, schreibt Hans-Joachim Veen zu Recht, „hat erst begonnen“¹⁹. Das gesamte Gesellschafts- und Parteien-

19 H.-J. Veen (Anm. 12).

system „ist tiefgreifend in Bewegung geraten“. Die Richtung ist ungewiß, sicher ist nur, daß der Wandel neue Spannungen und neue Konflikte mit sich bringt und einen Verlust alter Gewißheiten²⁰.

Das aber wird nunmehr die historische Meßlatte für die Leistung des Kanzlers und seiner Partei sein: die *innere* Vollendung der Einheit. Den ersten Schritt, den verbalen Abschied vom „Weiter so“, hat die CDU immerhin getan. Der bisherige Repräsentant dieser obsoleten Philosophie, der Vorsitzende und Bundeskanzler, wird zeigen müssen, wie ernst das gemeint ist. Ob auch er sich davon zu lösen vermag? Führt er die Partei weiter – oder noch mehr – so monarchisch, wie in den Jahren seit Wiesbaden und Bremen, könnte er sich selbst überholen: als Opfer republikanischer Erneuerung seiner Partei im Prozeß der Einheit. In einer solchen neuen *Parteiwerdung* der Christlich Demokratischen Union liegt ihre politische Chance.

20 Vgl. ebd.

Die SPD: Last der Vergangenheit und neuer Realismus

Das Publikum rieb sich verwundert die Augen, als der neue Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, Ende vergangenen Jahres in einem Interview bekannte, er verspüre durchaus Lust, gegen den Bundeskanzler anzutreten. Man hatte sich schon daran gewöhnt, daß es führende Sozialdemokraten offenbar für unschicklich hielten, Machtwillen zu bekunden oder es mindestens unbequem und belastend fanden, nach dem Maßstab eines möglichen künftigen Regierungschefs beurteilt zu werden. In frischer Erinnerung war noch das „Kandidatentheater“, das Oskar Lafontaine aufführte, dem die Parteiführung in Bittprozessionen die Kanzlerkandidatur antragen mußte. Und auch der Parteivorsitzende Engholm läßt überdeutlich erkennen, welches Opfer es für ihn bedeutete, seine Rolle als kunstsinniger Landesfürst Schleswig-Holsteins gegen die des (potentiellen) Regierungschefs im vereinigten Deutschland einzutauschen.

Klose war in der Konkurrenz um den Fraktionsvorsitz als Außenseiter angetreten. Im fernen Mexiko hatte er die Kunde von Hans-Joachim Vogels überraschendem Verzicht auf eine Wiederwahl vernommen. Nach Vogels Willen sollte der Generationswechsel, der Ende Mai mit der Wahl Engholms zum Vorsitzenden in der Parteiführung schon stattgefunden hatte, jetzt auch unverzüglich in der Fraktion vollzogen werden. Zunächst hatten sich nur Hertha Däubler-Gmelin und Rudolf Dreßler als Kandidaten gemeldet. Weder die eine noch der andere konnte auf eine „natürliche“ Mehrheit rechnen, auch wenn Vogel die Kandidatin mehr oder weniger offen favorisierte. Die Situation war also offen und bot Klose die Chance eines Ausweges aus einer politischen Lebenslage, die für ihn Gefahr barg, als Bundesschatzmeister der SPD zu versauern. Er ergriff die Chance, gewann und erlebte eine Art politischer Wiedergeburt. Er hat nichts zu verlieren und kann deshalb unbefangen sein. Ein ausgekochter politischer Profi ist er außerdem.

Wer Politik als Theater goutiert und an ihrem Unterhaltungswert mißt, den hat die SPD in letzter Zeit gut bedient. Weniger gut sind jene schwerblütigen Naturen dran, denen es auf Inhalte ankommt, die wissen wollen, wofür die Partei politisch steht. Klose läßt sich als Typus nicht einer bestimmten Parteiströmung zuordnen. Er verkörpert weder wie Lafontaine die „neue“ SPD, noch ist er ein Traditionalist. Eher kultiviert er eine gewisse dickköpfige Eigenständigkeit und einen politi-

schen Realismus, der auf Bedürfnisse des sozialdemokratischen Gemüts wenig Rücksicht nimmt. Deutlich zeigte sich das in der Position, die er zum Golfkrieg einnahm, den er, gegen den sozialdemokratischen Mainstream eines weltfremden Pazifismus, als notwendig bezeichnete. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, was in diesen Wochen des vergangenen Jahres für einen Sozialdemokraten das Bekenntnis bedeutete, den militärischen Sieg der westlichen Allianz über Saddam Hussein zu wünschen. Daß die Fraktion Klose zu ihrem Vorsitzenden wählte, ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß man dort gewisse Borniertheiten der sozialdemokratischen Basis inzwischen schmerzhaft empfindet; zu glauben, das zeige schon einen Wandel in der Sozialdemokratie insgesamt an, wäre verwegen. Klose ist ein eigenständiger Kopf. Das ist ein Vorteil vor allem aus der Sicht von Nicht-Sozialdemokraten.

Und Engholm, der Parteivorsitzende? Er bemüht sich redlich um das, was des Parteivorsitzenden zunächst einmal ist: den Laden zusammenhalten, wie Willy Brandt das nannte. Er tut das mit großer politischer Professionalität. Den Delegierten des Bremer Parteitages, die ihn zum neuen Vorsitzenden wählten, vermittelte er geradezu das Gefühl eines neuen Aufbruchs, obwohl er Visionen nicht zu bieten hatte. Was er bot, war die Revision erstarrter und obsolet gewordener sozialdemokratischer Positionen vor allem in der Deutschland- und Außenpolitik. Engholm löste den Starrkrampf, der die Partei befallen hatte, nachdem Lafontaine sie mit seinem trotzigem Anrennen gegen den Lauf der Geschichte und seinen gar nicht erhellenden Unzeitgemäßheiten in den Dreißig-Prozent-Turm der fünfziger Jahre zurückgeführt hatte. Engholm bot nicht Visionen, sondern einen Rückblick auf die gerade erst erlebte Geschichte, mit dem er die Kluft zwischen den Empfindungen der Mehrheit der Deutschen und dem Weltbild des Kanzlerkandidaten zu überbrücken suchte: „Nach so langen Jahren der Teilung und nach fast sechs Jahrzehnten der Unfreiheit im Osten Deutschlands die Einheit in Frieden und Freiheit zu erleben ist ein großes Glück, ein geschichtliches Glück, wie es Völkern nur selten zuteil wird. Wir sind jetzt ein Staat geworden. Jetzt müssen und wollen wir auch ein Volk, eine Gesellschaft werden. ... Wir im Westen waren nicht die besseren Deutschen, wir hatten mehr Glück und bessere Chancen und sind verpflichtet, dieses Glück nun zu teilen.“ Viele haben in Bremen gespürt, daß den Sozialdemokraten

eine Katastrophe vom Ausmaß des 2. Dezember 1990 erspart geblieben wäre, wenn dem Kanzlerkandidaten Lafontaine im Wahlkampf solche Sätze über die Lippen gekommen wären. Mit wieviel größerer Glaubwürdigkeit hätte er als Anwalt der sozialen Interessen der Ostdeutschen auftreten können, wenn er nicht unfähig gewesen wäre, dieses Glück als Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Herausforderungen zu artikulieren, die er zum Thema seines Wahlkampfes machte.

Engholms Sprache eines sozialdemokratischen Patriotismus ist ein deutlicher neuer Akzent im Erscheinungsbild der SPD, ebenso wie seine Abkehr vom alten Status quo- und Gleichgewichtsdenken. Deutlich wurde diese Revision sozialdemokratischer Politik in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Kanzlers zu den Umwälzungen in Osteuropa und der Sowjetunion kurz nach dem gescheiterten Putsch in Moskau. In gewisser Weise hielt Kohl damals die „sozialdemokratischere“ Rede. Der Kanzler betonte Stabilität und Kontinuität und plädierte für ein möglichst enges Bündnis der Republiken der zerfallenden Sowjetunion. Engholm dagegen stellte den Epochenwechsel in den Vordergrund: Das Zeitalter der „Politik der kleinen Schritte“ – eine alte sozialdemokratische Formel der Ostpolitik – sei zu Ende. Engholm drängte die Regierung, staatliche Selbständigkeit, die aus dem Selbstbestimmungsrecht hervorgehe, schneller anzuerkennen. Und wenn er kritisch von der „heimlichen Sehnsucht nach der guten alten bipolaren Welt“ sprach, dann dachte er sicher auch an manchen aus seiner Partei, an Egon Bahr etwa, der am Tage des Moskauer Putsches reflexhaft seine alte Sprache wiedergefunden hatte. Engholm erinnerte geradezu höhnisch an jene, die früher für das Selbstbestimmungsrecht des nicaraguanischen Volkes auf die Straße gegangen seien und jetzt zum Unabhängigkeitskampf der Kroaten und Slowenen schwiegen. Es ist offenkundig, daß auch diese Kritik vor allem an die Adresse der eigenen Partei gerichtet war.

Engholm und Klose stimmen in diesem außenpolitischen Revisionismus überein. Doch so entschieden sie auf diesem Feld ein neues Profil der Sozialdemokratie prägen sollen, so unbestimmt bleiben sie in der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Parteivorsitzende gibt sich einmal als wirtschaftlicher Modernisierer, dem die Behauptung der deutschen Wirtschaft gegen die ostasiatische Konkurrenz so wichtig ist, daß er um dieses Zieles willen gar auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaates verzichten will. Der Sozialstaat sei „fertig“, hat Engholm immer wieder gesagt und deutlich gemacht, daß er die Sozialdemokratie nicht als Betriebsrat der Gesellschaft verstehe. Das hindert ihn nicht daran, bei Bedarf als Anwalt der Schwachen aufzutreten. Es habe ihn, sagte er einmal, seit er Politik betreibe, der „Begriff der kleinen Leute“

beschäftigt, der „unausrottbar in unserem Bewußtsein und Sprachgebrauch vorhanden ist“. Die wirtschaftliche Modernisierung kenne viele Gewinner, doch eben auch Verlierer, die dem Tempo des Fortschritts nicht gewachsen seien. Die SPD sei die einzige Partei, die nie vergessen werde, daß die „kleinen Leute“ es gewesen seien, „die nicht nur die Sozialdemokratie, sondern die diesen Staat groß gemacht haben“. So gibt Engholm jedem das Seine, und die verschiedenen Strömungen und Milieus der Sozialdemokratie können ihn als einen der Ihren akzeptieren. Er ist nicht rechts, er ist nicht links, er steht für Modernisierung, aber mit „Bodenhaftung“, er ist Schriftsetzerlehrling, technokratischer Manager, Bildungsbürger. Nimmt man das Norddeutsche noch hinzu, verschwimmen die politischen Physiognomien des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden ineinander.

Es fehlt in dieser Physiognomie eines auf überdeutliche Weise: jenes grünlich-alternative Lebensreform-Pathos, das aus jedem Satz des Ende 1989 verabschiedeten Grundsatzprogramms trieft und das großen Teilen der Parteibasis schon zur zweiten Natur geworden ist. Oskar Lafontaine verkörpert die „neue SPD“ geradezu idealtypisch. Engholm und Klose halten zu ihr Distanz. Die Führer von Partei und Fraktion pflegen eine neue Bescheidenheit was den Anspruch angeht, die Welt zu verändern und Menschheitsprobleme zu lösen.

Willy Brandt hatte seiner Partei nach dem Machtverlust von 1982 die Aufgabe der programmatischen Erneuerung gestellt. Die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm, das nach dreißig Jahren das Godesberger Programm ersetzen sollte, war als eine Therapie der Selbstbesinnung gedacht, hatte aber auch schon die strategische Perspektive, Mehrheiten „links von der Mitte“ zu suchen. Die Partei sollte sich den „neuen sozialen Bewegungen“ öffnen. Die aus ihnen hervorgegangene Partei der Grünen begann, die parteipolitische Landschaft der Bundesrepublik zu verändern. Es gibt einige deutliche Zäsuren, die die Schritte des Wandels der SPD in den achtziger Jahren markieren. Zunächst stand der Streit um die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen, um den sogenannten NATO-Doppelbeschluß, im Vordergrund. Auf einem Sonderparteitag im November 1983 beschloß die SPD bei nur 14 Gegenstimmen, die Nachrüstung abzulehnen. Die Positionen der Friedensbewegung hatten sich in der SPD auf breiter Front durchgesetzt. Helmut Schmidt, der letzte sozialdemokratische Kanzler, blieb mit einigen wenigen Getreuen isoliert. Er wurde von seiner Partei geradezu verstoßen.

Der Parteitag im August 1986 in Nürnberg stand im Zeichen des Themas Ökologie. Die Sozialdemokraten beschlossen dort den „Ausstieg“ aus der Kernenergie. Es war der Abschied vom alten,

technikgläubigen Fortschrittsbegriff. Die SPD wurde grünlich. Die alte Formel, daß sozialdemokratische Politik vor allem für eine gerechte Verteilung der Früchte eines grenzenlos gedachten ökonomischen Wachstums zu sorgen habe, war hinfällig geworden. Nach grün kam lila: 1988 in Münster erlegten sich die Sozialdemokraten eine Frauenquote für alle Parteiämter und Mandate auf.

Frucht dieser Jahre des Wandels ist das „Berliner Programm“, das Erhard Eppler, einer seiner Hauptautoren, eine „Plattform für eine neue Mehrheit“ nannte. Es wurde am 20. Dezember 1989 in Berlin verabschiedet. Der Parteitag sollte ursprünglich in Bremen stattfinden. Doch dann kam Weltgeschichte dazwischen. Die Mauer fiel, der Status quo in Europa stürzte ein. Angesichts dieser Ereignisse in Bremen über ein Grundsatzzprogramm zu beraten, in dem von den gerade stattfindenden dramatischen Umwälzungen noch nicht einmal eine Ahnung zu spüren war, das wäre zurecht als Flucht der SPD aus der Politik in die sozialdemokratische Provinz verstanden worden. So fanden sich die Delegierten also im Berliner Kongreßzentrum zusammen, das einer Raumstation fernab der Welt ähnelt. Von den Erschütterungen, die dort der Zusammenprall des Weltbildes der „neuen SPD“ mit der Wirklichkeit der mitteleuropäischen Revolution verursachte, hat sich die Partei bis heute nicht erholt.

Ein merkwürdiger Rollenwechsel fand statt. Willy Brandt, der Ehrenvorsitzende und Parteipatriarch, der in den Jahren zuvor das unruhige Suchen der SPD nach neuen Ufern immer wieder angestoßen hatte, zeigte jetzt einen zuweilen pathetischen Patriotismus, als seien seit den Zeiten Kurt Schumachers nicht vier Jahrzehnte vergangen. Vielen in der Partei gefiel das nicht, sie sprachen vom „nationalen Taumel“, dem auch ihr früheres Idol Brandt verfallen sei. Es gab in Brandts Reden dieser Zeit Aussagen, die in der Tat gegen Grundmuster sozialdemokratischer Weltsicht am Ende der achtziger Jahre gerichtet waren. Was sollten seine „Enkel“, die sich mit der deutschen Zweistaatlichkeit nicht nur abgefunden hatten, sondern sie auch als „gerechte Strafe“ für Auschwitz begrüßten, mit Sätzen wie dem folgenden aus seiner Parteitagrede anfangen: „Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.“ Und wem in der Außenpolitik die „Rücksicht auf die Nachbarn“ oberste Richtschnur ist, den mußte es verstören, daß Brandt in Berlin kühl feststellte: „Wie wir Deutschen unsere inneren Probleme lösen, dazu brauchen wir – bald ein halbes Jahrhundert nach dem Krieg – kaum noch auswärtigen Rat.“

Nachdem Brandt versucht hatte, die Delegierten auf „verbotene Gedanken“ zu bringen, trat am

darauffolgenden Tag der „Enkel“ Lafontaine als mahnender und strafender Vater vor den Parteitag. Die Bekämpfung des Hungertodes in der Dritten Welt sei wichtiger als „manches, was hier und da die Gemüter beschäftigt“, womit er die plötzlich praktisch gewordene Frage der staatlichen Einheit Deutschlands meinte. Rhetorisch brillant suchte er den Blick der Sozialdemokraten wegzulenken von der Nation und dem Nationalstaat, die er als das schlechthin Böse darstellte. Seine Beschwörungsformel hieß „Region und Europa“. Lafontaine machte sich zum Sprecher einer Generation, der der Nationalstaat nichts mehr bedeutet, die aber auch nicht zur Kenntnis nehmen will, daß die postnationale Attitüde und der Euroregionalismus nur auf dem spezifischen Boden der westdeutschen Mittelschicht gedeihen. Die eingebildete Fortschrittlichkeit wird zur Boniertheit, wenn sie das Wirken älterer und elementarer politisch-historischer Kräfte nicht mehr wahrhaben will. Es wirkte zuweilen rüde und hartherzig, wie Lafontaine die Einheitssehnsucht der Deutschen in der damaligen DDR ignorierte und dabei auch nicht davor zurückscheute, westdeutsche Sozialängste zu schüren.

Wie gereizt die Atmosphäre auf dem Berliner Parteitag war, zeigt eine kleine Episode, die Anke Fuchs, damals Bundesgeschäftsführerin der SPD, in ihrem Buch „Mut zur Macht. Selbsterfahrung in der Politik“, berichtet. Sie wollte mittels Video den Delegierten eine Rede Erich Ollenhauers vorspielen, die der auf dem Godesberger Parteitag von 1959 gehalten hatte. Die Passage, um die es ging lautete: „Genossinnen und Genossen, ich möchte, ehe ich zum Programm selbst komme, noch eine weitere wesentliche Feststellung treffen. Das neue Grundsatzzprogramm der Sozialdemokratie ist das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Bundesrepublik. Wir sind uns dieser tragischen Unzulänglichkeit bewußt, und wir möchten unseren Genossen und Freunden in der Zone die selbstverständliche und undiskutierbare Gewißheit geben, daß wir mit ihnen gemeinsam die programmatischen Grundlagen der deutschen Sozialdemokratie neu diskutieren werden, wenn die Stunde gekommen ist, in der wir alle als freie Menschen in einem freien und wiedervereinigten Deutschland die Positionen und die Aufgaben des demokratischen Sozialismus neu bestimmen können.“ Daß diese Stunde bevorstehen könnte, war im Dezember 1989 nicht nur ein Traum. Vertreter der in der DDR gegründeten sozialdemokratischen Partei waren im Kongreßzentrum anwesend. Doch das Einspielen der Ollenhauer-Rede, so berichtet Anke Fuchs, wurde von Heidemarie Wiczorek-Zeul als Tagungspräsidentin wegen des Bekenntnisses zur Wiedervereinigung verhindert.

Den Preis für solche politische Begriffsstutzigkeit bezahlte die SPD schließlich mit ihrer demütigenden Niederlage bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl Anfang Dezember 1990. Schon im Frühjahr dieses Jahres waren alle Hoffnungen zerstoßen, die alten sozialdemokratischen Hochburgen in Thüringen und Sachsen könnten wiedererstehen und der Sozialdemokratie auf lange Zeit die politische Vorherrschaft in Deutschland sichern. Gerade in Sachsen und Thüringen schnitt bei den Volkskammerwahlen die SPD am schlechtesten ab. Im Industrieviertel um Chemnitz kam sie gerade auf 15 Prozent, in Cottbus auf 19, in Suhl auf 16 und in Erfurt auf 18. Zwölf Jahre Nationalsozialismus und vierzig Jahre SED-Herrschaft hatten die politische Landschaft in Mitteldeutschland gründlich verändert. Kontinuitätsströme waren versiegt. Auch heute, zwei Jahre später, ist es der SPD noch nicht gelungen, in den neuen Bundesländern wirklich Fuß zu fassen. Zwar zeigen Umfragen, daß sie bei Wahlen jetzt erheblich besser abschneiden würde. Doch die Partei selbst ist in Ostdeutschland schwach. Immer noch liegt ihre Mitgliederzahl dort bei etwa 30 000, gegenüber rund 900 000 in Westdeutschland. Daß die wiedererstandene SPD in der DDR aus der Bürgerbewegung hervorgegangen, also nicht mit der Vergangenheit einer Blockpartei belastet war, ist vielleicht eine moralische, jedoch keine politische Stärke. Inzwischen wird in der SPD offen darüber diskutiert, ob nicht ehemalige, persönlich unbelastete SED-Mitglieder das eigentliche Mitgliederreservoir der Sozialdemokratie seien.

Sozialdemokraten regieren in zehn der sechzehn Bundesländer in allen denkbaren Koalitionskombinationen, sie bestimmen die Mehrheit im Bundesrat. Im April vergangenen Jahres wurden sie erstmals Regierungspartei in Rheinland-Pfalz, dem Stammland des Kanzlers. Im Juni errangen sie mit der absoluten Mehrheit der Mandate einen bedeutenden Wahlsieg in Hamburg. Ist in den Ländern das Fundament für einen Machtwechsel im Bund gelegt? Man braucht nicht das Bremer Wahldesaster vom 29. September 1991 anzuführen, um Zweifel daran anzumelden. Allenthalben zeigen sich Ermüdungserscheinungen. Das schließlich doch zurückgenommene Diätengesetz in Hamburg hat die Partei in eine schwere Glaubwürdigkeitskrise gestürzt. In Niedersachsen streitet sich die SPD mit dem grünen Koalitionspartner über Abfallentsorgung und Müllverbrennung; von einem rot-grünen Aufbruch ist in Hannover wenig zu spüren. In Nordrhein-Westfalen wird die Partei nach 25 Jahren Regierungsmacht müde, der bisher nahezu unumstrittene Landesvater Johannes Rau liebäugelt – trotz wiederholten Dementis – mit

dem Amt des Bundespräsidenten. Und im Saarland, dessen Wähler Lafontaine einen Triumph beschert haben, mehren sich die Berichte über roten Filz und provinzielles Duodez-Gehabe. Man kann nicht sagen, daß in den Ländern der frische Wind weht, der in Deutschland eine neue sozialdemokratische Ära bringen wird. Für die Bonner Regierungskoalition stehen die Chancen gut, daß 1994 der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Ländern so spürbar ist, daß sie als Schöpferin eines zweiten deutschen Wirtschaftswunders die Wählernte einfahren kann. Viele Sozialdemokraten richten deshalb den Blick schon auf das Jahr 1998.

Die Hauptaufgabe, vor der die SPD heute steht, ist die nicht nur intellektuelle, sondern auch mentale Anpassung an den Epochenwechsel, den das Jahr 1989 markiert. Wie weit vor allem ihre Mitgliederbasis davon entfernt ist, das zu verstehen, konnte man im vergangenen Jahr bei verschiedenen Anlässen sehen. Da war der trotzige, aber weder politisch noch moralisch haltbare Pazifismus weiter Teile der Partei angesichts des Golfkrieges. Gerade jene, die als Argument gegen die deutsche Einheit die angebliche Gefahr eines Abtriftens vom Westen angeführt hatten und ihren angeblichen westeuropäischen Kosmopolitismus bedroht sahen, zeigten sich jetzt zu einem deutschen Sonderweg wild entschlossen. Die Debatten um die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, der Blauhelm-Beschluß des Bremer Parteitages, die Hilflosigkeit angesichts des serbischen Krieges gegen Kroatien offenbaren, daß in der SPD das Bewußtsein dafür, daß in Europa härtere Zeiten angebrochen sind, noch nicht sehr weit verbreitet ist. Die Basis befaßt sich noch immer lieber mit „weichen“ Themen und setzt reflexhaft – am Beispiel Asyl ist das abzulesen – noch immer die schöne Gesinnung gegen die bedrohliche Wirklichkeit. Was über multikulturelle Gesellschaft im sozialdemokratischen Milieu geredet wird, hat mit der gegenwärtigen und künftigen Wirklichkeit von Flucht- und Wanderungsbewegungen etwa so viel zu tun wie Sandkastenspiele mit Bergbau.

Innenpolitisch werden die nächsten Jahre noch ganz im Zeichen des Aufbaus in den neuen Ländern stehen. Außenpolitisch scheint es eher stürmisch zu werden. Einen gesellschaftlichen und kulturellen Aufbruch, wie er in den sechziger Jahren dem Machtwechsel vorausging, gibt es in Deutschland zur Zeit nicht. Es geht eher um eine schwierige Anpassung an neue Verhältnisse. Krisenmanagement wird in Zukunft mehr gefragt sein als Reformeifer. Manche in der SPD beginnen das zu begreifen; Engholm und Klose gehören dazu. Doch der neue Realismus dringt nur langsam vor.

Die FDP nach der deutschen Vereinigung

I. Der Parteitag in Suhl

„Nichts wird sein, wie es war“ – so stellte Hans-Dietrich Genscher zum Abschluß des Parteitages im thüringischen Suhl am 3. November 1991 fest und meinte damit seine Partei, die FDP. Gut vierzehn Monate nach dem Hannoveraner Parteitag der Vereinigung von West-FDP und den zwei alten und den zwei neuen Parteien aus der DDR, den Blockparteien Liberal-Demokratische Partei (LDPD) und Nationaldemokratische Partei (NDPD) – die sich zuvor schon zum Bund Freier Demokraten zusammengeschlossen hatten – und der nach der „Wende“ gegründeten FDP in der DDR und der Deutschen Forumpartei, schien die FDP „in Bewegung“ gekommen zu sein. Doch in welche Richtung, auf welchen Weg die 662 Delegierten ihre Partei in Bewegung versetzt hatten, das war weder der Parteiführung noch den Beobachtern recht klar geworden. Kaum einen Zweifel hatten die Präsidiums- und Vorstandswahlen indes daran gelassen, daß das „Ende der Lambsdorff-Partei“¹ gekommen ist. Otto Graf Lambsdorff wurde als Vorsitzender mit nur 67 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Der von ihm zum Generalsekretär vorgeschlagene Uwe Lühr aus Halle kam nur mit einem sehr mageren Ergebnis ins Amt. Und der alte Partei-Vize Gerhart R. Baum wurde nicht wieder in das Präsidium – später allerdings in den erweiterten Vorstand – gewählt. Die Tatsache, daß Genscher sowohl Graf Lambsdorff als auch Baum den Delegierten zur Wahl vorgeschlagen hatte, der eine indes deutlich geschwächt und der andere gar nicht in das anvisierte Parteiamt gewählt wurde, ließ zudem gar Zweifel am Einfluß des „dienstältesten Außenministers der Welt“ auf seine Partei aufkommen. Von „Götterdämmerung in Suhl“ und „Suhler Ohrfeigen“ sprachen deshalb die einen², und die anderen konnten „Denkzettel für Lambsdorff, Fiasko für Lühr, Baum fiel durch, Genscher verlor Witterung“³ titeln.

Hatten die Delegierten auf dem Parteitag mit der Ablehnung der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Satzungsänderung – die Zahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Beisitzer sollte, wie es auf dem Vereinigungsparteitag von 1990 nur für

einen Übergang beschlossen worden war, bleibend erhöht werden – und mit den Überraschungen bei den dann folgenden Präsidiumswahlen, bei denen wegen der Reduzierung der Stellvertreter- und Beisitzerposten die vorher getroffenen Absprachen gegenstandslos geworden waren, Selbstbewußtsein gezeigt und ein deutliches Zeichen der Mißbilligung an die Adresse der Parteiführung gerichtet, so blieb die auch in den folgenden Tagen spürbare Unruhe unter den Delegierten letztlich ziellos. Dem gleichsam karthartischen Wahlakt folgte bleierne Ratlosigkeit, die sich auch nicht durch Genschers zweckoptimistische Umdeutung („Wir sind eine muntere und angriffslustige Truppe“) verflüchtigen mochte. Das lag vor allem daran, daß der Parteitag auf die drängenden Fragen keine sich selbst und die Öffentlichkeit überzeugenden Antworten fand. Die dilatorische Behandlung des nun offen zutage getretenen Führungsproblems, in einem solchen Moment, wo die Partei erkennbar nach Führung und Orientierung suchte, zeigte, daß die Partei noch nicht die Kraft zur personellen Erneuerung gefunden hatte, und sie ließ gleichzeitig die Befürchtung wachsen, daß die Partei ihre Energien in einer zweijährigen Auseinandersetzung um das geeignete Führungstableau verzehren könnte. Auch die dunkle Ahnung, daß der unumstrittene und so wählerwirksame „Leitstern“ Hans-Dietrich Genscher verlöschen könnte und der Partei damit die entscheidende Integrations- und Identifikationsfigur genommen wäre, trug gewiß nicht zur Erhellung der personellen Perspektiven bei.

So unbestreitbar der lange geforderte Generationswechsel an der Führungsspitze auch personalpolitische Klarheit geschaffen hätte, so fraglich ist doch, ob die Partei aufgrund ihrer inneren Verfassung zum jetzigen Zeitpunkt dazu in der Lage gewesen wäre. Denn die Riege möglicher Nachfolgekandidaten ist zwar zahlreich und als solche auch erkennbar, doch kann keiner von ihnen auf ein scharf konturiertes Profil und auf ein sichtbares mehrheitsverbürgendes Gewicht in der Partei zurückgreifen, ein glatter Durchmarsch an die Parteispitze schien deshalb für keinen der infrage kommenden Kandidaten möglich zu sein. Entscheidender aber dürfte noch sein, daß die Vereinigung mit den Parteien aus der DDR doch stärkere innerparteiliche Verwerfungen verursacht hat, als es zunächst, im Zuge des im engeren Sinne organisatorischen Vereinigungsprozesses, der Fall zu sein schien. Das latente Unbehagen von „Wes-

1 Frankfurter Rundschau vom 4. 11. 1991, S. 3.

2 Süddeutsche Zeitung vom 4. 11. 1991, S. 3f.

3 Welt am Sonntag vom 3. 11. 1991, S. 2.

sis“ gegenüber „Ossis“, vor allem solchen aus den alten Blockparteien LDPD und NDPD, und „Ossis“ gegenüber „Wessis“ stellt eine verdeckte mental-politische Spannungslinie innerhalb der Partei dar, die vor und auf dem Parteitag nur mühsam vor eruptiven Konflikten bewahrt werden konnte. Die verbalen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitages um die Person des von Otto Graf Lambsdorff für das Amt des Generalsekretärs vorgeschlagenen Uwe Lühr aus Halle, die Abwahl des liberalen Erneuerers Bruno Menzel als stellvertretender Parteivorsitzender – er hatte in bewußter Opposition zur LDPD nach der Wende die „FDP in der DDR“ gegründet –, vor allem seine dabei erlittene Niederlage gegen den letzten Vorsitzenden der LDPD, Rainer Ortleb, und das Erstaunen einzelner Parteimitglieder über Parteitagsdelegierte, die hohe Funktionsträger der Blockparteien gewesen waren, waren deutliche Symptome der in den neuen Landes- und Kreisverbänden zum Teil heftig geführten Auseinandersetzungen zwischen Erneuerern und alten „Blockflöten“, aber auch des auf dem Parteitag in Suhl greifbaren, beklemmenden Gefühls des Fremdseins in der eigenen Partei: „Das sind Fremde für uns, so wie wir für sie.“⁴

Auch die programmatische Selbstdarstellung der Partei, die in Suhl den Leitantrag des Vorstandes „Soziale Chancen durch liberale Marktwirtschaft“ beriet, vermochte weder die Partei noch die Öffentlichkeit zu überzeugen. Die Signalwirkung, die sich die Urheber davon erhofft hatten, blieb aus. Zu sehr schien schon der Titel ein Remake der schon aus den fünfziger Jahren bekannten Losung von der freien Marktwirtschaft, die zugleich die beste Sozialpolitik sei, naheulegen. Die Befürchtung, daß dieses ordnungspolitische Credo einmal mehr die „soziale Kälte“ der Wirtschaftspartei FDP verdeutliche, teilten nicht nur die linksliberalen Kritiker, sondern auch viele Delegierte aus den neuen Bundesländern. Der Aufbruch zu neuen Ufern, von einigen erhofft, von anderen aus ordnungs- und koalitionspolitischen Überlegungen zu vermeiden gesucht, fand nicht statt: „Wir wollen zu neuen Ufern, aber wir trauen uns nicht auf die hohe See, auch nicht, die Segel zu setzen.“⁵

Gelang es damit nicht, personelle Erneuerung und programmatische Identität zu verdeutlichen, so war auch die Befürchtung, daß mit der Vertagung der Führungsfrage, den Belastungen aus dem innerparteilichen Vereinigungsprozeß und der Rückkehr zu alten programmatischen Besitzständen eine Chance versäumt wurde, der FDP ein gestärktes Image im System der Parteienkonkurrenz zu

geben, nicht grundlos. Der Parteitag wurde „in Grund und Boden rezensiert“⁶. Das mag den vorherrschenden Eindruck des Parteitages richtig wiedergeben. Gleichwohl könnte sich darin aber auch eine zu hohe Erwartungshaltung ausdrücken, die verkennt, daß die Partei sich in einem Prozeß der inneren Neukonstituierung befindet, aber noch nicht den Mut gefunden hat, dies als Chance der Erneuerung zu begreifen, geschweige denn zu nutzen. So setzt sie vorerst auf das Alte und Bewährte und versucht, ihre inneren Friktionen mit einem unpolitisch anmutenden technokratischen Pragmatismus zu überdecken. Hierin, so scheint es, gleicht der innerparteiliche dem gesamtdeutschen Vereinigungsprozeß.

II. Die FDP auf der Suche nach einer neuen Führung

Der Suhler Parteitag hat den alten und neuen Vorsitzenden mit seinem Votum deutlich geschwächt. Daß Otto Graf Lambsdorff nur 433 Delegiertenstimmen bei seiner Wahl als Vorsitzender, ohne einen Gegenkandidaten zu haben, erhielt, 1990 jedoch auf dem Vereinigungsparteitag mit 524 Stimmen zum ersten gesamtdeutschen Vorsitzenden der FDP gewählt worden war, konnte nur als ein deutliches Zeichen des Mißtrauens und der Unzufriedenheit mit dem Parteivorsitzenden, bestimmt aber nicht, wie bei einer letztmaligen Kandidatur zu erwarten gewesen wäre, als ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die geleistete Arbeit in der Parteiführung verstanden werden. Der Parteitag machte unmißverständlich klar, daß er in Graf Lambsdorff nurmehr einen Vorsitzenden auf Abruf sieht, der aber sein Haus bislang nicht bestellt hat. Ohne jedoch eine attraktive personelle Perspektive zu haben, schien so manchen Delegierten die letztmalige Kandidatur des alten Parteivorsitzenden ein Bärenienst zu sein, liegt in der Vertagung der Führungsfrage doch der Keim bald einsetzender und lang anhaltender Diademenkämpfe.

Schon im Frühjahr 1991 war das Personalkarussell in Gang gekommen, als der neue Wirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann seinen Anspruch auf die Lambsdorff-Nachfolge geltend machte. Er konnte sich dabei auf eine von Otto Graf Lambsdorff an ihn gerichtete frühere Anfrage stützen, die Möllemanns Bereitschaft zur Nachfolge und Graf Lambsdorffs – später wieder zurückgenommene – Billigung erkennen ließ. Zum anderen hatte Möllemann es verstanden, nicht zuletzt durch das von ihm maßgeblich mitgestaltete Wirt-

4 So der FDP-Politiker Gerhart R. Baum am Rande des Parteitages in Suhl, zit. in: Frankfurter Rundschau vom 4. 11. 1991, S. 3.

5 So der FDP-Politiker Burkhard Hirsch auf dem Parteitag in Suhl.

6 Gunter Hofmann, in: Die Zeit vom 8. 11. 1991, S. 8.

schaftsprogramm „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“, sich als Hoffnungsträger für die fünf neuen Bundesländer zu präsentieren. Damit schien er, zumindest für einen kurzen Zeitraum, von der Unzufriedenheit in den neuen Landesverbänden mit dem Vorsitzenden Graf Lambsdorff und dem durch ihn verkörperten Image der „soziale Kälte“ ausstrahlenden reinen Wirtschaftspartei zu profitieren. Doch fand dieses, zunächst durchaus mit gewissen Erfolgsaussichten verbundene „Spiel mit Bande“ schon im Frühsommer ein Ende. Denn zum einen wußte der zu einer letzten zweijährigen Amtsperiode entschlossene Parteivorsitzende der potentiellen Herausforderung dadurch Herr zu werden, daß er den Unmut in den neuen Landesverbänden durch verstärktes eigenes Engagement auffangen und durch institutionalisierte Formen des Meinungsaustausches zwischen Bundespartei und den ostdeutschen Parteigliederungen kanalisieren konnte. Zum anderen war der Möllemannsche Griff zum Vorsitz in der Partei als vorschnelle Demontage Graf Lambsdorffs kritisiert worden, und sein in den Medien zitiertes Papier, in dem als Forderungen an die SPD formulierte Voraussetzungen für die Wiederauflage einer sozialliberalen Koalition genannt wurden, erhielt im Vorstand der Partei eine deutliche Abfuhr.

Vor allem aber war es das Scheitern der mit Rücktrittsdrohung als Minister versehenen Forderung nach einschneidenden Subventionskürzungen in Höhe von mindestens 10 Mrd. DM im Bundeshaushalt 1992, das Möllemann innerhalb wie außerhalb der FDP viel von dem Kredit einbüßen ließ, den er bei seinem von Verve und Engagement getragenen Amtsantritt im Wirtschaftsministerium zunächst auf seiner Seite hatte verbuchen können. Dabei stand Möllemann, der seine Rücktrittsdrohung als Minister, trotz der deutlich unter der vorgegebenen Zielmarge bleibenden Einsparungen im Subventionsbereich, vergessen zu haben schien, wie ein Papiertiger da. Dementsprechend dünn fiel der Beifall für Möllemann auf dem Parteitag in Suhl aus, als der Parteivorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht die Leistungsbilanz der Ministerriege vortrug. Auffallend war auch die Zurückhaltung, die sich Möllemann auf dem Parteitag auferlegte und es sogar vermied, sich bei der Wahl zum Bundesvorstand – als Vorsitzender des immerhin mitgliederstärksten Landesverbandes – einem Popularitätstest zu stellen. Ohnehin bei den letzten Parteitagen als Beisitzer zum Bundesvorstand nur mit mageren Ergebnissen ausgestattet, verzichtete Möllemann, offensichtlich „Denkzettel“ oder „Ohrfeigen“ fürchtend, auf eine Kandidatur.

Dennoch dürfte es verfrüht sein, den jetzigen Wirtschaftsminister als ernsthaften Kandidaten um die Nachfolge von Otto Graf Lambsdorff als Partei-

vorsitzender der FDP abzuschreiben. Das hieße, seine Durchsetzungsfähigkeit zu unterschätzen, denn immerhin war es Möllemann nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl gelungen, das personalpolitische Tableau des Parteivorsitzenden zu durchkreuzen und gegen dessen expliziten Willen sein Ziel, Wirtschaftsminister zu werden, zu erreichen. Allerdings ist festzuhalten, daß sich Möllemanns Aufstieg im wesentlichen außerhalb der Bundespartei, in Ämtern vollzog, über deren personelle Ausstattung zuerst die Fraktion im Bundestag entscheidet, in der Möllemann erhebliche Unterstützung aus den Reihen der nordrhein-westfälischen Abgeordneten und des „Schaumburger Kreises“, einem losen Zusammenschluß konservativ-liberaler und zentristischer Kräfte, erfahren hat. In der Gesamtpartei sind die Vorbehalte gegenüber Möllemann hingegen immer größer gewesen.

Hatte sich also der Anspruch von Jürgen Möllemann auf die Nachfolge von Otto Graf Lambsdorff im Vorsitz der FDP schon im Vorlauf des Parteitag relativieren lassen müssen, so ließen die Delegierten auf dem Parteitag in Suhl keinen Zweifel daran, daß sie auch in Irmgard Schwaetzer, der Bundesbauministerin und vormaligen Generalsekretärin, aber auch in dem neuen Bundesjustizminister Klaus Kinkel geeignete Kandidaten für die Vorstandswahlen von 1993 sehen. Frau Schwaetzer erreichte mit 442 Stimmen – bei einem Gegenkandidaten – das beste Ergebnis der drei Stellvertreter des Bundesvorsitzenden. Sie, die 1988 schon einmal, und zwar gegen Otto Graf Lambsdorff, für den Parteivorsitz kandidiert hatte, ist damit die „natürliche“ Kandidatin um die Nachfolge. Jeder andere Mitkonkurrent muß sie, die als Bundesbauministerin sozialpolitisches Profil zu gewinnen sucht, ins Kalkül miteinbeziehen. Daß sie zusammen mit Möllemann den Hut sehr früh in den Ring geworfen hat, könnte ihr jedoch im Moment der Entscheidung zum Nachteil gereichen.

Klaus Kinkel kandidierte, da er erst zu Beginn des Jahres in die FDP eingetreten war, für kein Parteiamt, er ist als Bundesminister ohnehin ex officio Mitglied des Präsidiums der Partei. Allerdings erfuhr er einen unüberhörbar deutlichen Sympathieerweis, als der Parteitag Lambsdorffs Anerkennung der Ministerbilanz von Kinkel mit lautstarkem Beifall aufnahm. Es ist vor allem der Bundesjustizminister, der aus der Bundespartei heraus, und hier aus der Parteispitze, dem Parteimanagement des Thomas-Dehler-Hauses und der Fraktionsführung, als potentieller Kandidat aufgebaut zu werden scheint. Dabei lassen drei Gesichtspunkte Klaus Kinkel zu einem attraktiven Kandidaten und Sympathieträger werden: Zum einen wird dem Juristen, ehemaligen Mitarbeiter von Hans-Dietrich Genscher, dem Beamten und Staatssekretär und Ex-BND-Chef Sachverstand,

administrative Kompetenz und persönliche Souveränität attestiert. Zum zweiten vermag Klaus Kinkel mit seiner schwäbischen Herkunft ein Identifikationsbedürfnis der Partei zu erfüllen, das nicht allein in funktionaler Kompetenz aufgeht, sondern auch nach „Nestwärme“ und politischem Heimatgefühl verlangt. „Liberales Urgestein“ aus dem Schwäbischen verweist auf die liberale Tradition der württembergischen Demokratischen Volkspartei und ruft die Erinnerung an die Leitfiguren der frühen bundesrepublikanischen FDP, an Theodor Heuss und Reinhold Maier, und damit an eine milieuverankerte Politik wach, die Identität wie Existenz der Partei gleichermaßen zu verbürgen schien. Drittens verkörpert Kinkel für viele Parteimitglieder, trotz seiner lupenreinen bundespolitischen Karriere, auch die föderative und regionalistische Vergangenheit der FDP, die kennzeichnend für die fünfziger und frühsechziger Jahre war, in der Folge aber, aufgrund der bundespolitischen Orientierung und der Dominanz des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, verloren ging. Kinkel erweckt den Eindruck, etwas von der guten alten Zeit der FDP zurückholen zu können, in der die FDP noch, wie Reinhold Maier formulierte, „klein, aber fein“ war. Die Chance Kinkels dürfte damit, jenseits seiner unbestrittenen fachlichen Kompetenz, nicht zuletzt darin liegen, daß er, stärker als seine möglichen Konkurrenten, einem sich in der Umbruchsituation innerparteilich artikulierenden Bedürfnis nach Orientierung und Identitätsstiftung in glaubwürdiger Weise Rechnung tragen könnte. Als Politiker ist Kinkel unverbraucht, ihm haftet nicht das Stigma des Karrierepolitikers an, und zudem hat er sich bislang nicht am medienwirksamen Wettbewerb innerparteilichen Stühlerückens beteiligt.

Die Reihung möglicher Kandidaten für die Nachfolge von Otto Graf Lambsdorff im Parteivorsitz ließe sich fortsetzen. Vor allem lassen sich, als Ergebnis des Suhler Parteitags, die Namen von Wolfgang Gerhardt und Carola von Braun hinzufügen. Gerhardt wurde, zur allgemeinen Überraschung und trotz der Reduzierung der Stellvertreterposten, als stellvertretender Bundesvorsitzender wiedergewählt, und dies, obwohl das schlechte Abschneiden der FDP bei den hessischen Landtagswahlen im Frühjahr allgemein als eine persönliche Niederlage Gerhardts gewertet worden war. Gerhardt obsiegte bei der Wahl über den langjährigen Partei-Vize und Repräsentanten des linksliberalen Flügels der Partei, Gerhart R. Baum; er profitierte dabei wesentlich von einem Anti-NRW-Affekt unter den Parteitagsdelegierten, wäre doch mit Baum, neben Graf Lambsdorff und Irmgard Schwaetzer, der dritte Nordrhein-Westfale in den engsten Führungskreis der Partei eingezogen. So aber war es ein Leichtes für den Hessen Gerhardt, sich in der Kandidatenvorstellung als ein Vertreter

des föderativ-landsmannschaftlichen Elementes der Partei zu exponieren. Carola von Braun gehört sicher zu den Geheimtips für die Wahl 1993. Sie wurde als Beisitzerin in das Präsidium gewählt. Weil sie in Berlin einem Landesverband vorsitzt, der – zwangsläufig – die West-Ost-Integration der Vereinigungsparteien am schnellsten und vollständig, und zwar politisch, organisatorisch und personell vollziehen mußte – zwei Drittel des Berliner Landesverbandes kommen aus dem Ostteil der Stadt –, und sie als Lambsdorff-Kritikerin das sozialpolitische Profil der FDP zu stärken sucht, wird sie bei vielen ostdeutschen Parteimitgliedern – und nicht nur dort, sondern vor allem auch bei den im „Elbe-Kreis“ locker organisierten Linksliberalen – als Hoffnungsträgerin für eine umfassende politisch-programmatische Erneuerung der Partei gesehen.

III. Vereint und doch verschieden? Friktionen der Parteienvereinigung

Der Parteitag in Suhl ließ nur sehr bedingt Rückschlüsse auf den Stand der innerparteilichen Integration nach der Vereinigung von FDP und den vier ostdeutschen Parteien zu. Auf den ersten Blick scheint zunächst die personelle Integration auf der Ebene der Parteiführung gelungen zu sein. Rainer Ortleb, der letzte und nach der „Wende“ gewählte Vorsitzende der alten Blockpartei LDPD, wurde wie schon auf dem Vereinigungsparteitag in Hannover zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Uwe Lühr aus Halle, der das einzige Bundestagsdirektmandat seit 1957 für die FDP mit entscheidender Unterstützung Genschers in dessen Heimatregion errang und bereits Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion war, wurde vom Parteitag zum Generalsekretär bestellt. Ins Präsidium der Partei zog zudem der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Joachim Günther, ein. Kann also durchaus festgestellt werden, daß die ostdeutschen Landesverbände ihrem innerparteilichen Gewicht gemäß im eigentlichen Führungsgremium der Partei repräsentiert sind – und auch der von Niedersachsen nach Brandenburg gewechselte Wirtschaftsminister und ebenfalls zum Beisitzer gewählte Walter Hirche ließe sich noch hinzurechnen –, so war die Führungsauswahl doch eher unter den strategischen Gesichtspunkten der personellen Integration der Kräfte aus der ehemaligen Blockpartei LDPD als in der Perspektive politisch-programmatischer und personeller Erneuerung erfolgt. Denn Ortleb, Lühr und Günther hatten bereits vor der „Wende“ herausgehobene Funktio-

nen in der alten Blockpartei, und ein Kritiker wie Bruno Menzel, der die „FDP in der DDR“ gegründet hatte und der im August 1990 in Hannover noch zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden war, fand nun, bei drei Anläufen und zwei direkten Gegenkandidaturen zu Ortleb und Günther, keinen Platz mehr im Bundesvorstand. Auch der Vorschlag Lührs zum Generalsekretär war eher Ausfluß integrations- und wahltaktischer Überlegungen Graf Lambsdorffs gewesen. Lühr hatte zuvor weder politisches noch programmatisches Profil erkennen lassen. Die Wahl Lührs wurde von Irmgard Schwaetzer lakonisch kommentiert: „Jede Zeit braucht ihren Generalsekretär.“

Damit setzte sich ein Dilemma fort, das mit der Strategie der FDP kurz nach dem Fall der Berliner Mauer begonnen hatte. Einerseits konnte der FDP das Schicksal der LDPD nach der „Wende“ nicht gleichgültig sein, war diese doch von ihrer Herkunft als Schwesterpartei anzusehen. Die Liberal-Demokratische Partei war die nach dem zweiten Weltkrieg wiedergegründete Organisation des Parteiliberalismus auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone, und zahlreiche hohe Funktionsträger der FDP waren in den Anfangsjahren und zum Teil bis in die fünfziger Jahre hinein Mitglieder der LDPD gewesen, bevor sie die DDR verlassen mußten. Das aus dieser Zeit resultierende Gefühl alter Verbundenheit war nie gänzlich geschwunden, war mitursächlich für den teils erfolgreichen, teils vergeblichen Versuch, den Kontakt mit der LDPD auch in der Folgezeit, auch in ihrer Funktion als Blockpartei, nicht abreißen zu lassen. Von daher konnte es kaum überraschen, daß die FDP/West schon im November 1989 auf den Wunsch des damaligen Vorsitzenden Manfred Gerlach nach intensivem Austausch und Kontakt einging. Andererseits mußte die FDP/West, nicht zuletzt aufgrund der doch erheblichen Vorbehalte gegenüber der Blockpartei und ihrer alten Führung, an einem umfassenden Erneuerungsprozeß als Voraussetzung der Annäherung und einer schon früh ins Auge gefaßten Parteienvereinigung interessiert sein. Da sich aber schon um die Jahreswende 1989/90 zwei neue Parteigruppierungen konstituierten, die Deutsche Forumpartei und die FDP in der DDR, die sich beide von vornherein politisch-programmatisch an der West-FDP orientierten, schien es den westdeutschen Liberalen vordringlich zu sein, eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern und eine Vereinigung der neuen liberalen Parteien und einer erneuerten LDPD noch vor der Volkskammerwahl in die Wege zu leiten. Doch stellte sich sehr bald heraus, daß dieses Ziel wegen der grundsätzlichen politischen und personellen Gegensätze zwischen den neuen und alten liberalen Kräften in der DDR so schnell nicht zu erreichen war. Unter der Ägide der West-FDP

kam es bei der Volkskammerwahl zu einer gemeinsamen Liste mit dem Namen „Bund Freier Demokraten“. Die persönlichen und politisch-inhaltlichen Differenzen verhinderten die auch ursprünglich für März 1990 geplante Vereinigung der DDR-Parteien unter dem Namen FDP. Statt dessen trat die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), ebenfalls eine ehemalige Blockpartei, der LDP bei. Der Weg zur endgültigen Vereinigung von West-FDP und Ost-Parteien wurde von dem unter Wolfgang Mischnicks Leitung stehenden Koordinierungsausschuß bzw. Vereinigungsausschuß gebahnt⁷.

Die West-FDP konnte sich von dem zügig vorangetriebenen Vereinigungsprozeß zunächst einen Startvorteil im entstehenden Parteienwettbewerb der DDR erhoffen. Für die Einbeziehung der alten Blockparteien LDPD und NDPD in diesen Vereinigungsprozeß sprachen darüber hinaus eine Reihe von Mitnahmeeffekten, die die Ausgangsposition für die sich abzeichnenden ersten gesamtdeutschen Wahlen entscheidend zu verbessern versprachen. So besaßen die beiden Blockparteien einen organisatorisch-infrastrukturellen Unterbau, der für den Wahlkampf nutzbar und für den einheitlichen Aufbau neuer, dezentraler Parteigliederungen erforderlich sein würde. Zu diesen Mitnahmeeffekten gehörte ebenso die finanzielle Vorteilnahme, die das – allerdings unter treuhänderischer Verwaltung stehende – Altvermögen, so vor allem der Grund- und Immobilienbesitz sowie die parteieigenen Betriebe, versprach. So hatte sich die FDP auch im Sommer 1990 gegen eine Enteignung der Blockparteien gewehrt und danach im Unterschied zur CDU auch keinen generellen Verzicht auf das Altvermögen der Blockparteien erklärt, statt dessen aber wiederholt ihre Ansprüche auf das nach „materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen des Grundgesetzes“ erworbene Vermögen, wie der Einigungsvertrag bestimmt, geltend gemacht und, anläßlich einer rechtsgutachterlichen Kontroverse zwischen Unabhängiger Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen und der FDP, auch die Absicht eine gerichtlichen Durchsetzung ihrer Ansprüche angekündigt⁸.

Lagen die Vorteile einer Vereinigung von West-FDP und Blockparteien klar auf der Hand, so erwiesen sich zwei andere Aspekte als durchaus zweischneidig und in ihren Folgewirkungen nicht vollständig kalkulierbar. Konnte in infrastruktureller Hinsicht etwa auf die Geschäftsstellen und Par-

7 Der Prozeß der Parteienvereinigung wird im einzelnen geschildert in: Hans Vorländer, Die Freie Demokratische Partei, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992 (i. E.).
8 Vgl. dazu Der Spiegel vom 28.10.1991, S. 20ff.; Stellungnahme des Bundesschatzmeisters der FDP in: freie demokratische korrespondenz (fdk), Ausgabe 277 vom 28.10.1991.

teizentralen zurückgegriffen werden, so erwies sich die Größe der hauptamtlichen Apparate von LDPD und NDPD auch als eine Belastung. Beide Blockparteien hatten per 31. Dezember 1989 etwa 3 200 hauptamtliche Angestellte, wovon bis Ende des Jahres 1990 in drei Etappen mehr als 3 000 Mitarbeiter, sowohl in den Berliner Zentralen als auch auf Bezirks- und Kreisebene, (zum Teil mit aus Barmitteln der Altparteien finanzierten Abfindungen) entlassen wurden. Dieser Abbau des hauptamtlichen Apparates sorgte für Unruhe unter den alten Parteifunktionären der beiden Blockparteien und nährte die Unzufriedenheit mit der Parteiführung im Westen. Konnte dies noch als ein vorübergehendes Problem gesehen werden, so bedeutete die Vergrößerung der Mitgliedschaft eine erhebliche Veränderung der innerparteilichen Verfassung. Mit der Parteienvereinigung vom August 1990 ist die FDP zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Mitgliederpartei geworden. Hatte die West-FDP seit ihrer Gründung – bei günstiger Zählung – nie mehr als 86 000, zuletzt, vor der Vereinigung, gut 65 000 Mitglieder, so brachten die Ost-Parteien weit mehr als 130 000 Mitglieder mit in die Vereinigung, so daß – nach Angaben der Bundesgeschäftsstelle der FDP – die FDP im Zeitpunkt der Vereinigung insgesamt rund 200 000 Mitglieder zählte. Dabei konnte, trotz des mühsam ausgehandelten, die neu gegründeten Ost-Parteien durchaus begünstigenden Quotierungsschlüssel für die Zahl der Delegierten zum Hannoveraner Vereinigungsparteitag, kein Zweifel daran bestehen, daß nahezu 95 Prozent der neuen Mitglieder aus den alten Blockparteien kamen. Damit hatte sich die gesamtdeutsche FDP „Altlasten“ aufgeladen, deren Bedeutung für den innerparteilichen Integrations- wie auch Willensbildungsprozeß bis heute, trotz des Rückgangs der Mitgliederzahlen (per 1. 10. 1991: 154 449 Mitglieder im gesamten Bundesgebiet, davon alte Bundesländer 69 495, neue Bundesländer 84 954) schwierig zu ermessen ist.

Das Bonner Parteimanagement hat den Prozeß von Parteienvereinigung und innerparteilicher Integration bislang weitestgehend unter den funktional-pragmatischen Imperativen der möglichst reibungslosen technischen Überleitung und Abwicklung einerseits und der zügigen organisatorischen Strukturverbesserung andererseits betrachtet. Dabei wurden im eigentlichen Vereinigungsprozeß von November 1989 an nicht nur die Vereinigungsverhandlungen, sondern auch die politischen Aktivitäten der Ost-Parteien von der West-FDP koordiniert. Sie konnte damit wesentlich die „terms of trade“ der Vereinigung bestimmen. Sie besaß das politische Know-how und die organisatorischen Ressourcen, die die alten Blockparteien zum Überleben und die kleinen neugegründeten liberalen Parteien zur Existenzüberbrückung benötigten.

Reibungen im Vereinigungsprozeß gab es dort, wo die persönlichen und politisch-inhaltlichen Differenzen unter den zunächst drei, dann vier Ost-Parteien zäh aushandelbare Absprachen über Besitzstände und Gremienrepräsentanz für den Zeitpunkt der Vereinigung notwendig machten. Eine über organisatorische Aspekte hinausgehende Erneuerung der neuen ostdeutschen Landesverbände und ihrer Untergliederungen hat die Bundespartei, im Unterschied etwa zu verschiedentlichen Bemühungen aus dem Konrad-Adenauer-Haus, nicht, zumindest nicht öffentlich, betrieben. So ist auch eine Diskussion über die Vergangenheit der beiden Blockparteien LDPD und NDPD und ihrer ehemaligen Funktionsträger und Mitglieder bislang unterblieben und dort, wo sie – beispielsweise im Zusammenhang mit dem Ausschlußbegehren gegen Manfred Gerlach aus dem Berliner Landesverband – begonnen wurde, schnell wieder auf Eis gelegt worden. Damit sind innerparteiliche Konflikte eingefroren, deren Sprengkraft nur schwer kontrollierbar ist, zumal sehr wenig über die Zusammensetzung, aber auch die politischen Einstellungen der Mitglieder in den neuen Bundesländern bekannt ist. Auch der Parteitag ließ hierüber kaum Erkenntnisse zu. Die neuen Mitglieder haben innerparteilich noch keine Stimme gefunden, eine „Artikulationselite“ von ostdeutschen Politikern, die genuine Bedürfnisse und Interessenlagen in der Gesamtpartei anmelden könnte, ist bis jetzt nicht erkennbar. Als „Wortführer“ konnte sich zeitweise der frühere brandenburgische Landesvorsitzende profilieren, der auch eine Schärfung des sozialpolitischen Profils bei der Bundespartei einforderte, der dann aber wegen Stasi-Kontakten zum Rücktritt gezwungen war.

So unterblieb bisher auch eine programmatisch-politische Herausforderung des von der Partei in der christlich-liberalen Koalition herausgestellten marktwirtschaftlichen Kurses durch die neuen Landesverbände. Zwar wurde verschiedentlich die vermeintliche „soziale Kälte“ der Wirtschaftspartei FDP kritisiert, auch scheinen, wie eine erste Erhebung nahegelegt, viele ostdeutsche Parteimitglieder eine stärkere Akzentuierung sozialpolitischer Kompetenz zu befürworten⁹. Das mag kaum verwundern angesichts einer teilweise differierenden sozialstrukturellen Zusammensetzung einzelner Bezirks- und Kreisverbände in den neuen Bundesländern, so zum Beispiel in der Region Halle, Leuna und Bitterfeld, wo viele Arbeiter und Betriebsräte Mitglieder der FDP sind. Doch haben solche Aspirationen bisher kaum, wie auch der Parteitag in Suhl verdeutlichte, das

9 Vgl. die Studie des Dortmunder Forsa-Instituts. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, Die politischen Aktiven der FDP. Ähnlichkeiten und Unterschiede in Struktur und Einstellungen zwischen Ost und West, Ms., unveröff. (12. 5. 1991).

programmatische Image der Gesamtpartei zu verändern vermocht.

IV. An den Grenzen der Wirtschaftspartei

Die FDP stellt sich programmatisch primär als eine Wirtschaftspartei dar. Das war für die Koalitions- und Regierungspartei FDP, die die „Wende“ von 1982/83 vollzog, funktional adäquat. Doch dürfte der ordnungspolitische Rigorismus in der veränderten Umgebung des vereinigten Deutschlands an seine Grenzen gestoßen sein. Das mußte Otto Graf Lambsdorff bereits nach der Bundestagswahl 1990 schmerzvoll erfahren, als er, in seltsamer Verkennung der politischen und wirtschaftlichen Realitäten, die Ablehnung von Steuererhöhungen und die Einführung eines Niedrigsteuergebietes mit der Kanzlerwahl verband. Auch wird eine Mitgliederpartei, die die Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungen in Deutschland in ihrem Innern repräsentiert, eine politisch-programmatische Zukunftsperspektive einfordern, die die innerparteilichen Verwerfungen zu überformen in der Lage ist, die vor allem aber die FDP Anschluß an die Themendiskussion gewinnen läßt, mit der sich die meinungsbildende und meinungsbestimmende Öffentlichkeit befaßt. Die Partei, die für sich reklamiert, in der großen Tradition des Liberalismus zu stehen und die in den neunziger Jahren „das liberale Jahrzehnt“ zu erkennen glaubt, hat, nicht zuletzt in dem von Überlebensimperativen diktierten Pragmatismus, der oft genug mit einem inhaltsleeren Machiavellismus durchsetzt war, die eigene Programmtradition verloren, sich von ihr zum Teil bewußt abgekoppelt, allenfalls einige Versatzstücke zum tages- und koalitionspolitischen Gebrauchswert gehandelt. Eine Reflektion über Herkunft und Zukunft der Liberalen, die man auf Grund der historischen Umbruchsituation, nach der Revolution in der DDR und in Ost-Mitteleuropa, nach der deutschen Vereinigung und dem liberalen Parteienzusammenschluß hätte erwarten können,

aber ist bis heute ebenso ausgeblieben wie eine Beteiligung am zeitgenössischen liberalen Diskurs, an der Debatte über Verfassungsliberalismus und Staatsbürgergesellschaft, über Individualinteresse und Gemeinwohl, über Universalismus und Nationalismus.

Politische Programme taugen nicht als Politikersatz. Sie sind aber politische Deutungs-, Orientierungs- und Handlungsangebote, die innerhalb einer Partei integrierend und identitätsstiftend wirken können und nach außen Signalwirkung haben. Will die neue FDP von einem bloßen Parteienverband zu einer gesamtdeutschen Partei reifen, wird sie sich selbst, programmatisch und personell, thematisieren müssen. Will die FDP ihre konsolidierte Stellung im gesamtdeutschen Parteiensystem festigen, wird sie mehr tun müssen, als das Erreichte bloß zu verwalten.

Die FDP sollte sich nicht täuschen. Im Westen der Republik wird sie weitestgehend als Koalitions- und Regierungspartei, als Mehrheitsbeschafferin und Korrektiv, wahrgenommen¹⁰. Die FDP hat hier so gut wie keine „Stammkunden“ mehr. Der FDP-typische Wechselwähler – gut ausgebildet, über dem Durchschnitt liegendes Einkommen, selbständig oder als höherer Angestellter tätig – hat ein flüchtiges, instrumentelles Wahlverhalten. Er will von Wahl zu Wahl neu überzeugt werden. In den neuen Bundesländern haben einmalige situative und personelle Konstellationen (Genscher als „Außenminister der deutschen Wiedervereinigung“) den durchgängigen Erfolg der FDP – herausragend in Sachsen-Anhalt und Thüringen und im Unterschied zu Westdeutschland auch auf kommunaler Ebene – ermöglicht. Doch ist überhaupt nicht sichergestellt, daß aus den ersten Parteisymphathien auch feste Parteibindungen werden. Die FDP hat hier die Chance, sich ein liberales Milieu zu erschließen, das sie im Westen schon lange verloren hat. Sie kann diese Chance aber auch verspielen.

¹⁰ Vgl. Hans Vorländer, Die FDP zwischen Erfolg und Existenzgefährdung, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 237–275.

Die CSU: eine neue Form der Bayernpartei?

Der 3. Oktober, so könnten es Zyniker betrachten, hat für die Christlich-Soziale Union immerhin auch einen positiven Aspekt: Eine doppelte Trauerarbeit – bedingt durch den Tod des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß (3. Oktober 1988) und die deutsche Einheit (3. Oktober 1990) – fällt auf einen Tag. Die bittere Erkenntnis: In der größer gewordenen Bundesrepublik spielt die CSU ihre kleiner gewordene bayerische Rolle; in Bonn gerät sie zunehmend in die Isolation, eine Tendenz, die dadurch verstärkt wird, daß sie mit ihren Schlüsselthemen (Asyl, Abtreibung) nicht mehrheitsfähig ist und die schwierigsten Ministerien in der Koalition besitzt.

I. Die glückliche Zeit bis zum 9. November 1989

Der Ausfall des politischen Marken- und Qualitätszeichens Franz Josef Strauß im Herbst 1988 kam für die Partei völlig überraschend. „Vorausagen, nach dem Tod des ‚Großen Vorsitzenden‘ Strauß werde es in der CSU Diadochenkämpfe um die Macht geben, erfüllten sich (aber) nicht.“¹ Die zweite Reihe nach Strauß verstand es schnell, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Max Streibl, bisher Finanzminister in München, griff zu und sicherte sich die Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten, was nicht unumstritten war. Doch mauserte er sich schnell zu einer weiß-blauen Galionsfigur im besten Stil seines Vor-Vorgängers Alfons Goppel: „Zwar entspricht der eher leise, stets korrekte Streibl kaum dem Bild vom polternden Oberbayern, wie es sein Vorgänger Franz Josef Strauß nach außen prägte: Den Trachtenanzug legt er nur zu bayrisch-offiziellen Terminen an und zieht ansonsten das dunkle Blau der liberal-konservativen Münchner Ministerialbürokratie vor. Mit ihm setzte sich der Wunschkandidat des gleichermaßen Wertekonservativen und fortschrittlichen Bayern gegen die forschenden Scharfmacher durch – unter Streibl müssen die Polizeibeamten am Eingang der Staatskanzlei nicht mehr die Hand an die Mütze legen, wenn eine dunkle Limousine

durchs Tor rollt.“² Der neue Ministerpräsident beließ es nicht beim Verzicht auf das Händchen-an-die-Mütze-Legen, sondern stellte alle alten Strauß-Anhänger kalt, an der Spitze Staatssekretär Peter Gauweiler, der sich statt um Aids und Ausländer plötzlich um „Seen und Siele“³ zu kümmern hatte.

Der Part des Parteivorsitzenden ging an Theodor Waigel, der bislang in Bonn Landesgruppenvorsitzender der CSU-Abgeordneten im Bundestag war. Auf dem ersten Parteitag nach dem Tode von Strauß wurden beide vom Parteivolk gefeiert; die CSU schien eine glückliche Lösung gefunden zu haben. „Solange es in der CSU-Spitze gelinge, das Gleichgewicht zwischen dem besonnenen und diplomatischen Schwaben Waigel und dem hart arbeitenden und populären Oberbayern Streibl zu halten, solange werde es kaum offene Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in der Partei geben, vermuten Kenner der Szene.“⁴

Beide – Waigel und Streibl – waren viel zu klug, um Differenzen in der Öffentlichkeit auszutragen, weil sich ihre Position gegenüber möglichen Konkurrenten wie Innenminister Edmund Stoiber oder auch dem nach einigen Wahlerfolgen der Republikaner wieder aus der Versenkung geholten Peter Gauweiler (heute Umweltminister) verschlechtern hätte. Die von vielen Beobachtern ausgemachte ungünstige Startposition Waigels als Parteichef gegenüber dem Ministerpräsidenten machte der Schwabe wett, indem er sich 1989 als Finanzminister in das Kabinett Kohl holen ließ und mit Abschaffung der ungeliebten Quellensteuer rasch über Bayern hinaus Popularität gewann. Wie sich die Tatsache, daß derselbe Waigel 1993 eine zweieinhalbfach so hohe Quellensteuer wieder einführen muß, auswirken wird, kann heute trotz Verzehnfachung der Freibeträge noch nicht abgeschätzt werden.⁵

Das neue Führungsgespann setzte zunächst auf Harmonie: „Max Streibl steht in Bayern in einer guten Tradition erfolgreicher CSU-Politik“⁶, lobte Waigel den Ministerpräsidenten. Trotz einiger als liberal empfundener Schlenker (Einladung des

1 Richard Hofer, Zwei ungleiche Erben, in: Hamburger Abendblatt vom 5. 9. 1989.

2 Roland Tichy, Freundliche Härte, in: Wirtschaftswoche vom 28. 10. 1988.

3 Hamburger Morgenpost vom 1. 2. 1989.

4 R. Hofer (Anm. 1).

5 Vgl. Hans-Jürgen Leersch, Sparer atmen auf: Zinsgespenst weg, in: Münchner Merkur vom 13. 11. 1991.

6 Theo Waigel, Mit Optimismus an die Arbeit, in: Bayernkurier vom 31. 12. 1988.

Schriftstellers Martin Walser zu einer Klausurtaugung der Landesgruppe) und einer eher sanften Argumentationslinie⁷ beschwor Waigel die FJS-Tradition: „Die Politik der CSU bleibt in der Tradition von Franz Josef Strauß mit einem klaren Handlungskonzept eine Politik der Glaubwürdigkeit, des Mutes und der Ehrlichkeit gegenüber den Menschen.“⁸

II. Die Harmonie bekommt erste Kratzer

Obwohl sich Streibl und Waigel als „Testamentsvollstrecker von Strauß“⁹ fühlen, bekam die Harmonie erste Kratzer, was auch mit einer unterschiedlichen Interessenslage der beiden CSU-Galionsfiguren zu erklären ist. Während Streibl als Integrationsfigur wirken und den parteipolitischen Tagesstreit am liebsten außen vor lassen wollte, packte Waigel auch nationale Themen an, schon vor allem, um die verhasste Konkurrenz der Republikaner nicht weiter anwachsen zu lassen. So setzte er sich „für einen geläuterten Nationalstaat“ ein und griff das alte Strauß-Ziel auf, „daß rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei entsteht“¹⁰.

Die sich im Frühjahr 1989 nicht nur wegen der Quellensteuer zuspitzende Krise der Bonner Koalition zog auch erste Kritik auf Waigel. „Franz Josef Strauß zögerte niemals, positiv aufgenommene Bonner Entscheidungen als Ausflüsse eigenen Gedankenreichtums darzustellen, während er andererseits ohne Bedenken mit wenig zimperlichen Formulierungen über den Kanzler und die CDU-Minister herzog, sobald er Gegenwind aus der Wählerschaft verspürte. Der neue CSU-Chef Waigel vermag naturgemäß diese Rolle nicht derart beherrschend auszuspielen wie Strauß; aber sein Parteivolk erwartet es von ihm, nun, da die Zeiten schwieriger werden. Theo Waigels Schonfrist ist jetzt abgelaufen. Die Partei fordert jetzt von ihrem Vorsitzenden Konfliktbereitschaft statt Ausgleichsvermögen. Die Landespolitiker möchten von dem abwägenden Denker Waigel nicht mehr nur die Versicherung hören, er könne auch ‚ganz schön auf den Putz hauen‘, sie verlangen Taten.“¹¹ Die Taten (im Sinne des Straußschen Handelns) blieben bis heute aus.

7 Vgl. Hans-Jürgen Leersch, Waigels „politische Gynäkologie“, in: Münchner Merkur vom 6. 12. 1988.

8 T. Waigel (Anm. 6).

9 Wolfgang Schmiege, Bayern ohne F. J. Strauß, in: Nürnberger Nachrichten vom 3. 10. 1989.

10 Waigel-Interview im Deutschlandfunk, zit. nach Hamburger Abendblatt vom 31. 10. 1988.

11 Rolf Linkenheil, Bange Blicke auf den verstoßenen Sohn, in: Rheinischer Merkur vom 14. 4. 1989.

Statt dessen erarbeitete sich Waigel Profil in der für ihn ungewohnten Rolle des Finanzpolitikers. Die Endausgestaltung der von seinem Amtsvorgänger Gerhard Stoltenberg begonnene Steuerreform und ein fälschlicherweise als Sparpolitik verstandener Rückgang der staatlichen Neuverschuldung verdeckten, daß er der Doppelbelastung des Bonner Regierungs- und des Münchner Parteiamentes kaum gewachsen war und auch nicht sein konnte: „Noch immer wartet das Publikum vergebens auf das, was er am Tag seiner Wahl zum CSU-Chef versprochen hat. Zum Beispiel, daß sich die Partei öffnet für Frauen und junge Leute. Noch immer ist die Öffentlichkeit neugierig darauf, was die CSU zu den Themen unserer Zeit zu sagen hat.“¹²

III. Der Geist von Kreuth kehrt zurück

Besonders ungelegen kamen der CSU-Führung in dieser Zeit Meinungsumfragen, nach denen fast zwei Drittel der CDU-Wähler und die Hälfte der Gesamtbevölkerung eine Ausdehnung der Partei über die Grenzen des Freistaates hinaus für richtig fanden. Waigel versuchte sofort, den drohenden inner- und außerparteilichen Streit zu vermeiden: „Das ist nicht das Thema. Das Thema aber ist, daß dadurch unsere Partei ein besonders hohes Maß nationaler Verantwortung zuwächst. Wir sind bereit und entschlossen, dem Rechnung zu tragen.“¹³

In diesen Tagen war in der CSU-Spitze niemand ernsthaft daran interessiert, den 1976 in Kreuth gefaßten Trennungsbeschluß von der CDU neu zu begründen und die Partei bundesweit auszudehnen. Zum einen hatte sich das politische Spektrum durch das Erscheinen der GRÜNEN von einem reinen Drei-Parteien- auf ein Vier-Parteien-System erweitert, und andererseits hatte die FDP den Koalitionspartner gewechselt und somit der Union an die Macht in Bonn verholten. Vor diesem Hintergrund und vor dem Fall der Berliner Mauer konnte der Geist von Kreuth schnell wieder verscheucht werden: „Bei Abwägung aller Umstände wäre der Konkurrenzverlust größer als der potentielle Trennungsgewinn“¹⁴, schrieb Waigel an Tausende von CSU-Sympathisanten nördlich des „Weißwurst-Äquators“.

Auch der CSU-Landesgruppenvorsitzende in Bonn, Wolfgang Bötsch, der Waigel in diesem

12 W. Schmiege (Anm. 9).

13 Theo Waigel, Handeln aus Verantwortung, in: Bayernkurier vom 22. 4. 1989.

14 Roswin Finkenzeller, Das Ende bedenkend, in: FAZ vom 5. 4. 1989.

Amt folgte, wollte von Kreuth nichts mehr wissen: „Diese Überlegungen sind ja in der Analyse damals bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe 1976 in Kreuth sehr eingehend angestellt worden... Wir sind heute der Auffassung, und ich bin dezidiert der Auffassung, daß der Trennungsverlust oder der Reibungsverlust wohl größer wäre als der Trennungsgewinn, wenn zwei Parteien, die das C im Namen führen, parallel kandidieren würden... Und es macht natürlich keinen Sinn, wenn zwei Koalitionsparteien... parallel im gleichen Gebiet kandidieren.“¹⁵

IV. Waigel wird nationaler

Daß die deutsche Frage seit etwa Mitte der achtziger Jahre mit aller Kraft wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik zurückdrängte, wurde von den etablierten Parteien in der Bundesrepublik praktisch bis zum 9. November 1989 nicht wahrgenommen. Frühere Anstöße wie die Neutralitätsdiskussion wurden von der CDU/CSU nicht verstanden, von den Sozialdemokraten falsch begriffen und auf Spekulationen über einen NATO-Austritt verkürzt. Die kleine Minderheit der aktiven Wiedervereinigungsbefürworter im Bonner Regierungslager konnte erfolgreich gebändigt werden. Der CDU-Haushaltspolitiker Bernhard Friedmann wurde nach seiner spektakulären Buchveröffentlichung¹⁶ später auf den Posten des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes weggejagt. Die CDU hatte auf ihrem Wiesbadener Parteitag 1988 allen Ernstes vor, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Parteiprogramm zu streichen.

Auch Waigel war weder vor noch nach seiner Wahl zum CSU-Chef durch besonders scharfe nationale Töne bekannt geworden. 1989 fiel er allerdings in das typische politische Sommerloch, als seine Rede auf dem Schlesiertreffen in Hannover, in der er lediglich die Rechtsposition der Grenzen von 1937 entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigte¹⁷, auf große Beachtung und scharfe Kritik in der Öffentlichkeit und bei der Opposition stieß. Der CSU-Chef benötigte Rücken- deckung bei seinem Vorstand und bekam sie auch einhellig. Er habe nichts anderes gesagt als das Bundesverfassungsgericht, und dem könne man wohl kaum Revanchismus vorwerfen¹⁸.

15 Wolfgang Bötsch im Deutschlandfunk-Interview, zit. nach Kommentarübersicht des Bundespresseamtes vom 16. 3. 1989.

16 Bernhard Friedmann, *Einheit statt Raketen*, Herford 1987.

17 Vgl. Hans-Jürgen Leersch, *Viele Antworten*, in: *Münchener Merkur* vom 8. 7. 1989.

18 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. 7. 1989.

Der ungewollte deutschlandpolitische Ausrutscher zahlte sich für Waigel jedoch bereits vor der Maueröffnung in barer innerparteilicher Münze aus, weil Ministerpräsident Max Streibl in München auf einmal und im Gegensatz zu früheren Äußerungen eher auf CDU-Linie schwamm: „Ich halte nichts von Wiedervereinigungsdebatten“¹⁹, gab er vor Landtagsjournalisten zu Protokoll und machte aus seiner Abneigung gegen Waigels Grenzen-von-1937-Thesen keinen Hehl: „Das bringt uns nicht weiter. Diese Reizthemen würde ich jetzt nicht diskutieren.“ Wie alle CSU-Redner auf Vertriebenentreffen hatte aber auch Streibl ähnlich wie Waigel gesprochen, wie der Bonner Regierungssprecher Hans Klein (CSU), der seinerzeit erfolglos als Münchner Oberbürgermeister kandidierte, sofort feststellte²⁰.

Sommer und Herbst des Jahres 1989 lebten von operettenhaft wirkenden und teilweise künstlich konstruierten Gegensätzen zwischen den Strauß-Erben Waigel und Streibl: „Von Tag zu Tag offensichtlicher aber wird, daß Max Streibl sich zur landesväterlichen Leitfigur auch des Parteivolks der CSU entwickelt, während Theo Waigel sich müht, die traditionelle Eigenständigkeit der bayerischen Regierungspartei samt der von Strauß vorgelebten Konfliktbereitschaft gegenüber der CDU mit seiner Einbindung als Finanzminister in die Kabinettsdisziplin der Bundesregierung unter einen Hut zu bringen.“²¹

Kopfzerbrechen bereitete jedoch manchem in der CSU-Führung, wie das schlechte Ergebnis der Partei bei den Europawahlen wieder wettgemacht werden könnte. Während die CSU unter 50 Prozent absackte, kletterten Franz Schönhubers Republikaner auf bayernweit knapp 15 Prozent, stellenweise fuhren sie sogar über 20 Prozent ein. Erneut erteilte Waigel jeder Ausdehnungsdiskussion eine Absage und kündigte an, im Gegensatz zur SPD Republikaner und Grüne gleichermaßen bekämpfen zu wollen. „Ich glaube daher, daß wir die Republikaner unter fünf Prozent drücken werden können“, prognostizierte der Parteichef²² und sollte damit bei den Landtagswahlen im Oktober 1990 recht behalten. Schon früher hatte Waigel in persönlichen Gesprächen die Überzeugung geäußert, daß Schönhuber nicht der Typ sei, der stramme Wahlkämpfe und den Dauereinsatz im Europäischen Parlament sowie in der Partei werde durchhalten können. Auch in diesem Punkt behielt der CSU-Chef recht.

Am Ende des ersten Jahres ohne Strauß zeigte sich, daß sich weder zu Waigel noch zu Streibl eine

19 Doris Köpf, *Streibl contra Waigel: Offener Streit in der CSU*, in: *Express* vom 29. 9. 1989.

20 Vgl. ebd.

21 *Handelsblatt* vom 15. 7. 1991.

22 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 7. 1989.

ernstzunehmende Alternative in der Partei aufgebaut hatte²³. Beide vermieden es weiterhin, offen gegeneinander zu geraten, auch wenn Streibl gelegentlich durchblicken ließ, daß er den Eintritt Waigels in das Kabinett Helmut Kohl von Anfang an nicht als besonders glücklich ansah²⁴. In einem überspitzt formulierten Kommentar werden die Gründe für das gepflegte Nebeneinander der CSU-Spitzenpolitiker auf den Punkt gebracht: „Theo Waigel hat in Bayern keine wirkliche Hausmacht. Sein Bezirk Schwaben ist ein Leichtgewicht. Waigel hat nur eine Stütze: Max Streibl, mit dem er Rücken an Rücken steht. Fällt der eine, fällt der andere. Die Verschwörer werden zuerst auf den Schwächeren zielen. Und das ist, im Augenblick, Theodor Waigel.“²⁵

V. Die Mauer fällt und wieder Kreuth

Nun ist es auch heute in der CSU verfrüht, von Verschwörern zu sprechen, aber die nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der DDR-Grenzen einsetzende Ausdehnungsdiskussion trägt mehr intern-parteitaktische Züge und ist weniger von dem Versuch geprägt, die CSU über den Umweg der neuen Bundesländer zu einer deutschlandweit organisierten Partei zu machen. Wieder waren es bereits bekannte Namen aus der zweiten Reihe hinter dem Führungsgespann Waigel/Streibl, die die Ausdehnung der CSU verlangten und dabei eher die eigene Parteiführung im Visier hatten: Edmund Stoiber²⁶ und Peter Gauweiler.

Waigel verhielt sich wie gewohnt zögernd mit ablehnender Tendenz, während Streibl zeitweilig Sympathien für das Jungvolk in der Partei durchschimmern ließ. Gauweiler und andere dachten bereits zur Jahreswende 1989/90 daran, in Thüringen und Sachsen konservative Parteien zu unterstützen (neue Südschiene), diese dann später über die ganze damalige DDR auszudehnen und nach der Wiedervereinigung in den Westen Deutschlands einzumarschieren²⁷. An die letzte Konsequenz – eine direkte Ausdehnung der CSU nach Sachsen oder Thüringen – dachten jedoch weder Streibl noch die Gruppe um Stoiber und Gauweiler zu irgend einem Zeitpunkt, weil sie dann bereits

23 Vgl. Willy Zirngibl, Die beiden Erben von Strauß haben es schwer, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22. 7. 1989.

24 Vgl. Peter Schmalz, Bedenken in der CSU gegen ein Ministeramt für Waigel in Bonn, in: Die Welt vom 11. 4. 1989.

25 Die Verschwörung, in: Zeitschrift München, Juni 1991.

26 Vgl. Die Welt vom 31. 5. 1991.

27 Vgl. Höchste Staatskunst, in: DER SPIEGEL vom 1. 1. 1990.

im Herbst 1990 nach den Landtagswahlen die Macht in Bayern mit der CDU hätten teilen müssen. Die Einmarschdrohung des Adenauer-Hauses steht seit Kreuth 1976 fest. Auch Kohl ließ den DSU-Fraktionsvorsitzenden in der Volkskammer, Hansjoachim Walther, wissen, es sei „unannehmbar, daß sich die DSU in CSU umbenennt oder sich gar die CSU bundesweit ausbreitet“²⁸. An eine CSU-Ausdehnung dachten damals ohnehin nur einige wackere Jung-Unionisten, die mit den materiellen Vorzügen der zahlenmäßig knappen Regierungsämter nicht vertraut waren.

Denn was zum Beispiel der Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Kiel, Werner Kaltefleiter, der CSU-Spitze mitzuteilen hatte, stieß dort nicht einmal auf geringen Widerspruch: „Die CSU gewinnt ihre Stärke durch ihre dominierende Rolle in Bayern, die auf der Identifikation dieser Partei mit Bayern und umgekehrt beruht. Eine Ausdehnung auf andere Länder, sei es im Gebiet der Bundesrepublik oder der DDR, würde dieses bayerische Profil der Partei nur verwässern.“²⁹ Anders ausgedrückt: „Wenn die CSU künftig auch sächsisch spräche, verlöre sie ihre Identität, müßte sie doch über die Sachsen hinaus weitere Stämme integrieren; dabei hat sie sich in ihrer Geschichte schon mit den Franken schwer getan.“³⁰

VI. Der Kompromiß: Die DSU

Der Druck auf die CSU, in der zerfallenden DDR politisch aktiv zu werden und das Spiel nicht allein der manchmal ungeliebten Schwesterpartei CDU zu überlassen, wuchs jedoch. Die Ergebnisse sind bekannt: Aus einer Vielzahl von christlichen und konservativen Gruppen schweißte Waigel im Januar 1990 die „Deutsche Soziale Union“ zusammen. Helmut Kohl, der die Gefahr witterte, bündelte mit seinem untrügerischen Gespür für politische Taktik die Ost-CDU, die DSU und den schwächer werdenden „Demokratischen Aufbruch“ zur „Allianz für Deutschland“. Mit dem Erfolg der Allianz bei der letzten Volkskammerwahl im März sahen sich Kohl und Waigel bestätigt, obwohl Waigel sich in dieser Zeit schon mehr mit den Gründen der herben CSU-Schlappe bei den bayerischen Kommunalwahlen beschäftigen mußte (minus 7,3 Prozentpunkte). Im Mai mußte Waigel miterleben, wie die DSU-Stimmen bei den Kommunalwahlen in der DDR halbiert wurden.

28 Nina Grunenberg, Mehr Deutschland, weniger Bayern?, in: Die Zeit vom 1. 6. 1990.

29 Interview im Münchner Merkur vom 28. 6. 1990.

30 Rolf Linkenheil, Kreuther Geist, in: Hannoversche Allgemeine vom 18. 5. 1990.

Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober, als Max Streibl in Bayern die absolute CSU-Mehrheit sicher verteidigen konnte, ging die CSU-Schwesterpartei DSU in den neuen Ländern völlig baden.

Interne Streitereien und insbesondere der Konstruktionsfehler, eine nationale Partei, die keinerlei regionale Identität verkörpert (wie die CSU in Bayern) auf fünf Länder zu beschränken, bedeuteten das Todesurteil für die DSU. Die CDU konnte daher leicht den von CSU-Generalsekretär Erwin Huber formulierten Leitsätzen zustimmen: „Bei den gesamtdeutschen Wahlen kandidiert die CSU in Bayern, die DSU in der heutigen DDR und die CDU in allen Ländern außerhalb Bayerns.“³¹

Mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember war das Schicksal der DSU endgültig besiegelt. Waigel blieb als dauerhafte Erinnerung nur noch der Ehrenvorsitz des Ost-Ablegers, der sich inzwischen in teilweiser Auflösung befindet. „Zwei Parteien ergeben angesichts der weitgehend gleichen inhaltlichen Positionen keinen Sinn und führen nur zu einer unnötigen personellen Konfrontation“, heißt es in der Fusionserklärung von Ost-CDU und Teilen der DSU im Landkreis Grimma (Sachsen)³². In der CSU will man heute von der Schwesterpartei nicht mehr viel wissen; der Auftritt des neuen DSU-Vorsitzenden auf dem letzten CSU-Parteitag blieb ohne größere Beachtung. Offiziell zieht sich die CSU heute auf die Position zurück, das Engagement für die DSU sei kein Fehler gewesen.

VII. Gemeinsam bergab

Bereits vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl bekam das Image des bayerischen Ministerpräsidenten Kratzer. So forderte er im August 1990 das Amt des Vizekanzlers in Bonn und des Bundeswirtschaftsministers für die CSU, was den FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff zu geharnischten Protesten veranlaßte. Der FDP-Mann bezeichnete Streibl als „Sonnenkönig aus Oberammergau“³³. Zuvor hatte der Ministerpräsident scharfe Kritik wegen Bonner Zahlungen an die DDR geübt, was unter populistischen Aspekten vielleicht nachzuvollziehen war, ihm aber in der Bundespolitik – zurückhaltend formuliert – nur noch Heiterkeit einbrachte³⁴. Streibls große Worte sollten wohl vor dem bayerischen Landtagswahl-

kampf und der Bundestagswahl Erinnerungen an Strauß wecken; ihnen fehlte aber die bei FJS typische Langzeitwirkung.

Die Regierungsbildung nach der gewonnenen Bundestagswahl überstand die CSU mit geringen Blessuren. Daß sie weiterhin mit sechs Ministern im Kabinett vertreten sein würde, hatten nur bayerische Berufsoptimisten erwartet. Besonders froh war man in der Parteiführung, Gerda Hasselfeldt wegen der hohen Münchner Mieten und der allgemeinen Wohnungsnot vom problemträchtigen Bauministerium in das neue Gesundheitsressort versetzen zu können. Daß weder die Amtsinhaberin noch die Parteispitze erkannten, welches Problemfeld (Krankenkassen) jetzt in ihrer Verantwortung liegt, spricht nicht gerade für deren Weitsichtigkeit. Und die Art, wie Hasselfeldts Bau-Nachfolgerin Irmgard Schwaetzer von der FDP sich in ihrem Ressort öffentlichkeitswirksam darzustellen pflegt, läßt den Schluß zu, daß aus dem CSU-Kapital zu wenig gemacht wurde.

Das Landwirtschaftsressort blieb bei dem amtsmüden Ignaz Kiechle. Wenn man internen Informationen glauben will, ist Waigel jedoch entschlossen, nicht mehr mit Kiechle in die Wahl 1994 zu ziehen. Das mit Carl-Dieter Spranger besetzte Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist für die breite Öffentlichkeit von nur geringem Interesse, ein Zählposten für die CSU. Nach dem endgültigen Ausscheiden des kantigen Friedrich Zimmermann aus der Regierung blieb der CSU als prominentester Vertreter in Bonn der Parteichef im Amt des Finanzministers.

Die „Steuerlüge“ brachte für Waigel unversehens einen starken Sympathiekick auch in den eigenen Reihen mit sich. Nachdem die Koalition den ersten gesamtdeutschen Wahlkampf mit einer klaren Absage an jede Steuererhöhung bestritten und gewonnen hatte, wurde der kurz nach der Wahl beschlossene „Solidaritätszuschlag“ zur Lohn- und Einkommensteuer weitgehend mit dem Namen Waigel verbunden. „Seit den Bundesbürgern bewußt wird, wie tief ihnen der Staat in die Taschen greift, konzentriert sich der Volkszorn auf den obersten Kassenwart. Seine hilflosen Versuche, die durch die deutsche Einheit aufgerissenen Finanzlöcher zu stopfen, haben Waigels Autorität ramponiert.“³⁵ „Natürlich ist es kein Zufall, daß sich die innerparteiliche Opposition gegen Waigel genau in dem Augenblick aus der Deckung wagt, in dem seine Glaubwürdigkeit als Finanzminister wegen der jüngsten Steuerbeschlüsse stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Der junge Landtagsabgeordnete Markus Sackmann spricht von einem ‚Scherbenhaufen‘... Der niederbayerische Be-

31 Brief des CSU-Generalsekretärs vom 6. 7. 1990.

32 Presseerklärung des Bundestagsabgeordneten Manfred Kolbe vom 8. 7. 1991.

33 Hans-Jürgen Leersch, „CSU will DDR erpressen“, in: Münchner Merkur vom 13. 8. 1990.

34 Schwerer Fehler, in: DER SPIEGEL vom 20. 8. 1990.

35 Peter Pragal, Die Erben von Strauß leiden an Schwindsucht, in: Berliner Zeitung vom 6. 7. 1991.

zirksvorsitzende Alfred Dick sieht die gesamte CSU-Politik ‚aufs schwerste erschüttert‘.³⁶

Die Diskussion über Waigel und seine Steuererhöhungen wurde jedoch schnell durch eine Polit-Posse aus München verdrängt. Streibls angeblich schlechter Gesundheitszustand beherrschte seit Februar und seitdem in wiederholten Wellen die Schlagzeilen. Neben hämischen Kommentaren über den unterstellten, aber nie bewiesenen Alkoholkonsum des Ministerpräsidenten³⁷ entzündete sich eine Nachfolgediskussion, die trotz aller Dementis und Versuche, den Gerüchten durch Bergwanderungen als Beweis für die gute Kondition Streibls den Boden zu entziehen, die Position des Münchner Regierungschefs nicht gerade stärkte.

Daß sich Partei und Öffentlichkeit mehr mit Personen und Persönlichem bei der CSU beschäftigen, lag auch an dem Flop einer weiteren Kreuther Klausurtagung der Bonner Landesgruppe. „Von Kreuth, so der Grundtenor, gingen zusehends weniger bundespolitische Impulse aus.“³⁸ „Dabei hätte das zeitliche Zusammentreffen der Kreuther Klausurtagung mit der Schlußphase der Koalitionsverhandlungen der CSU tatsächlich Gelegenheit gegeben, ihr Gewicht in den Bonner Waagschalen zur Geltung zu bringen – wenn sie denn noch eines hätte. Was Wolfgang Bötsch aber auf beharrliches Nachfragen doch noch als die für die CSU ‚unverzichtbaren Dinge‘ auftischte, das wird insbesondere in der FDP keinen das Fürchten lehren: Eine ‚vernünftige Lösung‘ im Mietrecht und ‚kein Niedrigsteuergelände, wie es sich die FDP vorstellt‘. Beide Forderungen sind hinreichend unpräzise, um nach Abschluß der Verhandlungen peinliche Nachfragen abwehren zu können.“³⁹

Die von Waigel für die Kreuther Klausurtagung mit einem Schuß Selbstironie angekündigten „Böllerschüsse“ kamen dann wenige Monate später aus München von Ministerpräsident Max Streibl. Es verbietet sich allerdings, in diesem Fall von Knallerbsen zu sprechen, eher ging der Angriff nach hinten los: „Die Attacken der CSU gegen die CDU bringen die Crux der bayerischen Partei an den Tag: Mit jedem Vorwurf an die große Schwester gibt die kleinere eigene Schwächen preis. Das fing mit der hilflosen Formulierung des bayerischen Ministerpräsidenten Streibl an, ‚es geht auch ohne die CSU‘. Was wie eine

Drohung des kleinsten Partners in der Bonner Koalition klingen sollte, verrät tatsächlich die Bitterkeit darüber, daß FDP und CDU zum Regieren zur Zeit nicht auf die CSU angewiesen sind.“⁴⁰

Trotz der üblichen Schadensbegrenzungsversuche Streibls, der die Drohung, aus der Koalition auszusteigen, nur als „nebensächlichen Beitrag“ gewertet wissen wollte⁴¹, wurde erstmals einer größeren Öffentlichkeit dadurch bewußt, daß die Bonner Koalition rein rechnerisch auch ohne die CSU eine Mehrheit im Parlament hat. Hinzu kommt, daß Bayern im Bundesrat durch die Erweiterung der Bundesrepublik und die Serie von CDU-Niederlagen bei Landtagswahlen seine Schlüsselrolle verloren hat.

VIII. Der Irrtum von Irsee

Obwohl die CDU-Führung den bayerischen Theaterdonner mit Gelassenheit hinnahm⁴² und sich auch vom ständig wiederholten „bundesweiten Anspruch“ der bayerischen Schwester nicht sonderlich beeindruckt zeigte⁴³, kam es zu der Vereinbarung eines „Strategiegesprächs“ zwischen Kanzler Helmut Kohl und der CSU-Führung am 7. Mai 1991 im schwäbischen Irsee. Bereits im Vorfeld schränkte die CSU die Themenpalette ein: Sollte zunächst über Ausdehnungsmöglichkeiten und die DSU gesprochen werden, so reduzierte sich der Themenkreis wenige Tage vor dem Treffen auf Gespräche über das Profil der Union, nachdem die CDU unter anderem in Helmut Kohls Stammland Rheinland-Pfalz die Regierung verloren hatte.

Das Treffen endete mit einem grandiosen Sieg Helmut Kohls: „Hin und wieder knurrte der Schwabe mit der sonoren Baßstimme auch pflichtgemäß, aber wohler fühlte er sich, wenn er gestreichelt wurde. CDU-Chef Helmut Kohl fand das schnell heraus. Wann immer die CSU aufmuckte, erdrückte er die kleinere Schwester schier mit der ganzen Kraft seiner liebevollen Umarmung. Kohl wandte die Strategie der harmlosen Überrumpelung derart erfolgreich an, daß der Eindruck entstand, die beiden Schwestern

36 Hans Holzhaider, Harte Zeiten für Theo Waigel, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. 2. 1991.

37 Vgl. Hannes Burger, Blaue Fahne über München, in: Die Welt vom 4. 2. 1991.

38 Michael Jach, Bei den Bonner Bayern hängt der Haussegen schief, in: Die Welt vom 16. 1. 1991.

39 Hans Holzhaider, Von Kreuth gehen keine Signale mehr aus, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. 1. 1991.

40 Georg Paul Hefty, Die CSU braucht Klarheit, in: FAZ 30. 4. 1991.

41 Roswin Finkenzeller, Wir haben keinen Grund, in Sack und Asche zu gehen, in: FAZ vom 26. 4. 1991.

42 Vgl. Ekkehard Kohrs, Der Kanzler reagiert gelassen auf die Drohungen der CSU, in: General-Anzeiger Bonn vom 26. 4. 1991.

43 Vgl. Heinz Schweden, Stoiber betont bundesweiten Anspruch der CSU, in: Rheinische Post vom 13. 3. 1991.

hätten nie ein böses Wort übereinander verloren.“⁴⁴

Waigel kam das gerade recht: „Was er besser machen sollte, nachdem bei den Geschwistertreffen hinter den verschlossenen Türen der ehemaligen Klöster Irsee und Banz selbst die Scharfredner im CSU-Vorstand mit Helmut Kohl die Friedenspfeife geraucht haben, ohne daß es zuvor auch rauchende Köpfe gegeben hätte – so richtig präzise vermag das keiner zu artikulieren.“⁴⁵

Waigel erntete in Irsee andererseits erstmals den Erfolg seiner engen Verbindung mit dem Bonner Regierungschef. Im Schatten des Kanzlers der Einheit häuften sich die Hofknickse der CSU-Größen, selbst der großen Ausdehnungs-Erklärer und Kohl-Kritiker wie Peter Gauweiler: „Da ist der Fall Irsee. Hier fiel er um, der Matador! Darüber gibts ein Protokoll. Noch friedlich schlummernd im Panzerschrank eines schlaunen Parteifreundes. Sicher verwahrt. Zum Glück. Denn wenn Gauweiler-Fans je lesen könnten, wie devot ihr Hoffnungsträger sich dem CDU-Boß genähert hat („wenn ich das gewußt hätte, Herr Bundeskanzler“), würde sein größter Trumpf wertlos: Der Nimbus des Retters vor dem Sog der untergehenden Unionsschwester.“⁴⁶ Die Scharfmacher der Bayern schafften in Irsee eine „glatte Bauchlandung vor dem Pfälzer Riesen“⁴⁷.

IX. Nur ein Landesverband der CDU?

„Am besten sei es,“ höhnte der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller, „man werde gleich ein Landesverband der CDU.“⁴⁸ Daran denkt natürlich nach der verlorenen Schlacht von Irsee niemand, auch wenn solche Empfehlungen gelegentlich von Pater Basilius Streithofen abgegeben werden. Denn der Aufgabe der bayerischen Eigenständigkeit der CSU stehen dieselben Gründe entgegen, die bis heute Kreuth II oder die Ausdehnung der Partei in die ehemalige DDR verhindert haben: grob gesagt, der Verlust der bayerischen Identität. Es dürfte also auf absehbare Zukunft bei zwei eigenständigen Unionsparteien mit einer gemeinsamen Fraktion im Bundestag bei getrennten Kandidatur-Gebieten bleiben.

44 Rolf Linkenheil, Die Parteibasis vermißt das bayerische Charisma von Franz Josef Strauß, in: Handelsblatt vom 7. 10. 1991.

45 Ders., Theo Waigel pocht auf den Chefessel der CSU, in: Handelsblatt vom 8. 11. 1991.

46 Die Verschwörung (Anm. 25).

47 P. Pregal (Anm. 35).

48 Ebd.

Das Doppelspiel, einerseits in Bonn am Kabinetts-tisch zu sitzen und andererseits von München aus Opposition zu betreiben, funktioniert allerdings nicht mehr: „Dieses Spiel ist aus, weil es der überforderte Waigel und der unsichere Streibl, der das weiß-blaue Rautenmuster in seiner besonders kleinkarierten Ausführung bevorzugt, nicht beherrschen. So sind die ehemals gefürchteten baye-rischen Löwen dem Bundeskanzler und CDU-Vor-sitzenden ganz zahm und von selbst in den Kräftig gekrochen und werden dort von ihm bei guter Nahrung ordentlich gehalten. Damit die Unter-werfung nicht gar so auffällt, darf von Zeit zu Zeit der schlichte Generalsekretär Huber zum Knurren ins Freigehege, wenn Frau Süsmuth oder die Her-ren von Weizsäcker und Genscher Anlaß dazu bie-ten. Kohl, ein Mann mit enormen Gedächtnis, kann froh über die gelungene Zähmung sein und wird nichts tun, um die Bayern wieder in die freie Wildbahn oder gar über ihr eigenes Revier hinaus zu entlassen.“⁴⁹

X. Alles hin oder: Freiheit statt Sozialismus

„Die Einsicht, daß nun etwas geschehen müßte und daß die CSU am Scheideweg ist, fehlt nicht allen.“⁵⁰ So hat in der Partei die Erkenntnis an Boden gewonnen, daß mit früheren Parolen wie „Freiheit oder Sozialismus“ nichts mehr zu gewinnen ist. Nach dem Zusammenbruch der kommuni-stischen Systeme fehlt nicht nur der Gegner, es fehlt auch die Möglichkeit, Freunden, Koalitions-partner und Opposition mangelnde Wachsamkeit vorwerfen zu können.

„Auf wichtigen Feldern ist die Partei seit Jahren nicht mehr in Erscheinung getreten. Daß ihr Nicht-vorhandensein in der Außenpolitik selbstverschuldet war, gesteht sogar Waigel ein. An diesem Bei-spiel offenbaren sich Stärke und Schwäche der CSU: Sie ist erfolgreich im Verwalten des Bestehenden, doch der Mut und die Phantasie zum weit-sichtigen Entwurf und die Unverzagtheit des Zu-kunfts-machers sind nicht zu erkennen. Die CSU braucht Klarheit über sich und ihre eigene Strategie.“⁵¹

In den zentralen Themen der Bundespolitik, wo sie noch Flagge zeigt, sieht sich die CSU allerdings isoliert und trägt durch eigenes Verhalten dazu bei, daß ihre Konturen verschwimmen: So unter-

49 Michael Stiller, Die Illusionen der CSU, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. 4. 1991.

50 Ders., Die CSU verpaßt ihre Zeit, in: Süddeutsche Zei-tung vom 27. 6. 1991.

51 G.P. Hefty (Anm. 40).

zeichnete die CSU die Vier-Parteien-Vereinbarung zur Beschleunigung der Asylverfahren, um sofort danach durch ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden Edmund Stoiber und den Generalsekretär Erwin Huber zu erklären, ohne eine Ergänzung des Grundgesetzartikels 16 gehe es doch nicht. In der Frage des neuen Abtreibungsrechts blieb die Partei ihrer bekannten Linie allerdings treu. Es fragt sich nur, ob man tatsächlich zur letzten Konsequenz bereit ist und mit einem eigenen Gesetzentwurf in den Bundestag geht. Trotz absehbarer Erfolglosigkeit eines solchen Antrages dürfte er zur Stärkung des eigenen Profils beitragen wie schon die „Ansbacher Erklärung“ vom Sommer 1991. Daß sich die CSU in der Frage der Einführung einer Pflegefallversicherung auf die Linie des linken CDU-Flügels (Norbert Blüm, Heiner Geißler), hat einschwören lassen, bleibt unverstänlich. In diesem Bereich kann ihr die liberale Konkurrenz das Wasser abgraben und wegen der absehbaren Kosten- und Beitragsexplosion der CSU den Ruf als Partei, die auch für die Belange der Wirtschaft sich einzusetzen vermag⁵², streitig machen.

Programmatisch brachte auch der jüngste November-Parteitag der Christsozialen keine wesentlich neuen Erkenntnisse. Die Öffentlichkeit bekam nur noch mit, daß die CSU ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen ablehnt⁵³. Die Personalentscheidungen bestanden aus einer Bestätigung der amtierenden Führung; Waigel wurde mit 92,6 Pro-

52 Vgl. Karl Stankiewicz, Der CSU-Löwe verliert mehr und mehr an Profil, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 20. 9. 1991.

53 Vgl. Alexander Weber, Unsere Leit pressiert's a, in: Münchner Merkur vom 23. 11. 1991.

zent Zustimmung „eine erstklassige Vertrauensbekundung zuteil“⁵⁴. Nicht zu übersehen war allerdings, daß sich die Aufmerksamkeit für den Ministerpräsidenten Max Streibl in Grenzen hielt, während die Strauß-Ziehsöhne Edmund Stoiber und Peter Gauweiler in der öffentlichen Einschätzung weiter nach vorn rückten⁵⁵. „Zu schrecken vermag Theo Waigel noch keiner von beiden, auch wenn die Junge Union München im Vorfeld des CSU-Parteitags Gauweiler als großen Politiker preist und Waigel als den ‚Genscher der CSU‘ bezeichnet, was in der Partei durchaus richtig als üble Nachrede verstanden wird.“⁵⁶

Manchmal ist von Parteitag auch festzuhalten, welche Signale nicht ausgesendet werden: So ist es mit der CSU-Funktion, Integrationsfaktor und Beruhigungspille der deutschen Konservativen außerhalb Bayerns zu sein, vorbei. Strauß hatte diese Rolle noch gespielt, wobei das Temperament dieses politischen Urgesteins von Bewunderern und Gegnern mit deutsch-nationalen Positionen verwechselt wurde. Waigel spielt diese Rolle nicht mehr, Streibl hat sie nie gespielt. Die CSU scheint sich vielmehr auf ihre eigentliche Erfolgsgeschichte zu konzentrieren: „Die Bezeichnung ist zwar vergeben, aber realiter verkörpert die CSU, was der Name Bayern-Partei vorgibt.“⁵⁷

54 Werner Giers, Ruf und Rückgrat, in: Münchner Merkur vom 25. 11. 1991.

55 Vgl. Erik Spemann, Bei Streibls Chiemsee hörten zu viele weg, in: Münchner Merkur vom 25. 11. 1991.

56 Rolf Linkenheil, Stoiber rückt auf die Ersatzbank vor, in: Rheinischer Merkur vom 8. 11. 1991.

57 Günter Mächler, Strauß war stark, die Partei ist stärker, in: Rheinischer Merkur vom 18. 11. 1988.

Grüne und Bündnis 90

I. Metamorphose der Grünen*

Seit es die Grünen gibt, sind sie geliebt worden – nicht nur von der politischen Öffentlichkeit, sondern sogar von den Medien. Das war um so erstaunlicher, als es zu einer Zeit geschah, in der die gesellschaftliche Organisationsform „Partei“ so sehr in Verruf kam, daß der Beruf des Politikers dicht hinter dem des Versicherungsvertreters die Hit-Liste der unbeliebtesten Gruppe von Mitmenschen anführte.

Seit es die Grünen gibt, sind sie ebenso intensiv begleitet worden von Berichten über ihre Krisen und selbstzerstörerischen Flügelkämpfe. Lange vor dem parlamentarischen Aus wurde ihnen ihr politisches Ende prophezeit. Tatsächlich konnte es manchmal so scheinen, als sei das Erstaunlichste an den Grünen ihre Überlebenstüchtigkeit in bezug auf die eigene innerparteiliche Destruktivität, welche sie wiederholt mehr in Existenznot brachte, als dies ihre politischen Kontrahenten je vermocht hätten.

Heiß geliebt, heftig gescholten und lebhaft betrauert erfüllten die Grünen so ganz die klassische Rolle der verlorenen Söhne und Töchter der westdeutschen Republik – bis sie dann bei der Bundestagswahl 1990 gemeinsam mit dieser und deren rheinischer Metropole der Bonner Politik abhanden kamen. Die Ursachen für das Wahldebakel der Grünen – der Verlust ihrer traditionellen grünen Themen im Jahr der deutschen Einheit, die Kanzlerkandidatur Oskar Lafontaines, die Weg-Rotation der bekannten Personen, der links-konservative Gestus des Lebens „wie in Feindesland“, die eklatanten Mängel der Parteistruktur – sind von vielen Beobachtern ausführlich beschrieben worden. Ich neige dazu, den kurzen und prägnanten Satz von Petra Kelly „Die Grünen sind wieder einmal und vor allem menschlich gescheitert“ für die Analyse zu halten, die der Wahrheit am nächsten kommt.

Allerdings gibt es in der Entwicklung andere Projekte der Alternativszene, der Berliner TAZ, der Buchkollektive, der Bürgerbewegungen in Ost und

West, so verblüffende Parallelen zur Entwicklung der Grünen, daß es lohnen würde, einer vermuteten Gesetzmäßigkeit in der Sozialgeschichte gesellschaftlicher Erneuerungsbewegungen nachzugehen. Die Kurzformel dafür hieße dann etwa so: Je größer der gesellschaftliche Nutzwert und die politische Ausstrahlung dieser Dissidenten und Reformer, desto größer der Grad der Selbstaussbeutung und der Ghettoisierung der Kerngruppe.

1. Bestandsaufnahme

Kaum haben die Grünen die Bonner Bühne verlassen, fehlen sie schon. Es scheint nicht nur Nostalgie zu sein. Man tut auch der enormen Arbeitsleistung der parlamentarischen Gruppe „Bündnis 90/Grüne“ nicht Unrecht, wenn festgestellt wird, daß die Grünen einen unausgefüllten leeren Raum hinterlassen haben, den bisher niemand sonst ausfüllen konnte. Hier und da gibt es auch schon wieder den Wunsch nach der Rückkehr der Grünen, seltenerweise besonders vernehmlich aus den anderen Parteizentralen. Der äußert sich in vergleichbarer Heftigkeit wie die Genesungswünsche, die der totkranken TAZ aus den gutdotierten Redaktionsstuben von FAZ und SPIEGEL-TV telegraphiert werden. Deutschland braucht die TAZ! Deutschland braucht die Grünen! Schön und gut. Tatsache ist aber: Die TAZ ist kurz vor dem Exitus, und die Grünen haben sich gerade vor den Toren Bonns im Haus Wittgenstein mumifiziert.

Die alten Grünen wird es auf Bundesebene nicht mehr geben. Die Zäsur, die der Nichteinzug der Grünen-Partei (West) in das erste gesamtdeutsche Parlament bedeutete, ist durch keine Durchhalteparole und auch durch keine Beschönigung aufzuheben; als ob die Wähler sich da nur ein bißchen verwählt hätten! Was es trotz dieser Zäsur gibt, ist der ernsthafte Wunsch vieler Menschen, daß die Ideen der Grünen in der deutschen Politik einen authentischen Platz finden möchten. Und es gibt aus den Reihen der Funktionäre der Grünen die Interpretation, an der Basis der alten Partei sei bereits ein Neuanfang der Grünen begonnen worden. Diese Position, die z. B. Hubert Kleinert (Beilage B 44/91) und Joschka Fischer vertreten, stützt sich beispielsweise auf folgende Faktoren:

- auf die von der Bundesdelegiertenkonferenz von Neumünster beschlossene Strukturreform,
- auf die Konsolidierung auf Länderebene, z. B. in Baden-Württemberg und Bayern,

* Der Beitrag „Metamorphose der Grünen“ wurde von Antje Vollmer, der Beitrag „Bündnis 90 als politische Bürgerbewegung: Fußnote der Geschichte oder Mitgestalter eines neuen politischen Projekts?“ wurde von Wolfgang Templin und Werner Schulz verfaßt.

- auf die ermutigenden Wahlergebnisse in Hessen, Hamburg und Bremen,
- auf die Vermutung, daß das nächste Mal kein Oskar Lafontaine den Grünen Stimmen abjagen werde,
- auf die Klärung bzw. Erleichterung nach dem Parteiaustritt der radikalen Fundamentalisten um Jutta Ditfurth sowie
- auf die Schwäche der PDS als möglicher Wahlkonkurrenz von links.

Prüft man diese Faktoren auf ihre Qualität, den Neuanfang einer politischen Gruppe auszumachen, so fällt eines auf: Die meisten davon signalisieren ein Plus durch Ereignisse, die außerhalb des eigenen Einflusses liegen. Sie „retten“ die Grünen sozusagen von außen, ohne daß die Grünen selbst in ihrer Arbeit damit eine neue Qualität gewonnen hätten, die den Begriff „Neuanfang“ inhaltlich legitimiert. Einzig die eher organisationstechnische Strukturreform und die Konsolidierung in einigen Länder erfüllen die Hoffnung auf einen Neuanfang aus eigener Kraft. So wichtig dies ist, scheint es mir doch nicht ausreichend für ein politisches Comeback der Grünen auf Bundesebene, das diesmal gesamtdeutsch erfolgen müßte. Zumal folgende Schwierigkeiten nach wie vor bestehen:

- Die Grünen haben in zehn Jahren Parteiaufbau nahezu ihre gesamte Gründergeneration verbraucht, wegtrotzt und damit verloren. Neue profilierte Personen sind derzeit nicht in Sicht und werden sich wohl auch hüten, sich freiwillig in diese Mach-Promi-kaputt-Maschine zu begeben.
- Die Mitgliederbasis der Grünen stagniert seit Jahren; es ist zu vermuten, daß sie weitgehend rückläufig ist.
- Die Stärke der Grünen vor Ort lag und liegt immer noch in den kommunalen Räten und Fraktionen, wo Fachkompetenz, Bürgernähe und politische Kompromißfähigkeit dominieren. Deren Vertreter allerdings haben sich von der Bundesebene fast vollständig abgekoppelt, beteiligen sich allenfalls noch an den Entscheidungen und Gremien auf Länderebene. Insbesondere von den Bundesdelegiertenkonferenzen haben sie sich verabschiedet, so daß diese sich weitgehend aus Parteifunktionären und ganz unerfahrenen Mitgliedern zusammensetzen, die das „auch einmal erleben wollen“. Das macht die Ergebnisse problematisch und unberechenbar.
- Im stärksten und für Bundeswahlen entscheidenden Landesverband Nordrhein-Westfalen kriselt es erheblich, was sich z.B. darin ausdrückt, daß es ihm seit zwei Jahren nicht gelun-

gen ist, seinen Vorstand vollständig zu besetzen.

- Die populistische Grundstimmung auf den Parteiversammlungen der Grünen ist ungebrochen und für demagogische Polarisierung leicht benutzbar. Weitgehend regiert dabei die Parteiorthodoxie. Gruppen in der Partei, wie z.B. die Aufbruch-Gruppe, die eine inhaltliche Neuorientierung und den Abschied von Dogmen und Lagerdenken anstreben, werden regelmäßig erst einmal als Dissidenten abgestraft. Geistige Freiheit erfordert bei den Grünen besonders viel Zivilcourage.
- Die Landesverbände der Grünen in den neuen Bundesländern (bis auf Sachsen) haben ihr Verhältnis zu dem dort einflußreichen Bündnis 90 noch nicht geklärt.
- Insgesamt besteht noch keine Klarheit über die Perspektive des Zusammengehens der Grünen mit dem Bündnis 90, das seit kurzem ebenfalls bundesweit existiert, weder über das gegenseitige organisatorisch-politische Verhältnis, noch über das gemeinsame Antreten zur nächsten Bundestagswahl.

2. Aufgabenstellung

Aus dieser kritischen Bestandsaufnahme ergibt sich folgerichtig die Aufgabenstellung für die Grüne Partei, die sie bis zum Jahre 1994 gelöst haben muß, will sie mit einiger Zuversicht in die nächste Bundestagswahl gehen und nicht von Zufällen und günstigen Außenbedingungen abhängig sein: Die Grünen müßten bis dahin ihre Mitgliederbasis erheblich vergrößert, ihre Delegiertenversammlungen repräsentativer besetzt und weniger anfällig für demagogische Entscheidungsprozesse gemacht haben, sie müßten ihren stärksten Landesverband NRW reorganisiert und ihre Verbände in Ost- wie Westdeutschland auf ein politisches und organisatorisches Zusammengehen mit dem bürgerrechtlichen Bündnis 90 vorbereitet haben. Sie müßten profilierte Persönlichkeiten für die Partei zurück- oder neugewinnen und diesen ein menschenwürdiges Miteinander anbieten können. Und sie müßten sich verbindlich auf eine Politikperspektive einlassen, die basokratische Überraschungen wie letztes in Bremen beim Demonstrieren der Ampel-Koalition in Zukunft ausschließen. Das ist nicht wenig und nicht mal eben aus dem Grünen-Hut zu zaubern. Es wäre aber eine entscheidende Voraussetzung dafür, das zerrüttete Vertrauen der Grünen-Wähler wiederherzustellen.

3. Vorschlag für einen wirklichen Neuanfang

Bisher haben sich die Grünen wie parteienüblich immer am letzten Wahlergebnis gemessen. Für

einen nüchternen Neubeginn scheint es diesmal aber wichtig, sich am nicht ausgeschöpften Wählerpotential für die eigenen politischen Ideen und Konzepte messen zu lassen. Europaweit liegt das Grünen-Potential ungefähr bei 12 bis 15 Prozent. Alles, was darunter bleibt, signalisiert das Verfehlen der historischen Möglichkeiten der Grünen. Anders gesagt: Zwei Drittel der potentiellen Wähler der Grünen haben bei der letzten Bundestagswahl diese Partei nicht gewählt. Damit läge dann der grüne Nicht-Wähleranteil doppelt so hoch wie die (wachsende) Gruppe der Nichtwähler in manchen Länderwahlen. Daraus läßt sich schließen: Stärker noch als andere Parteien sind die Grünen von der Sympathie, vom Vertrauen ihrer Wähler abhängig. Verlieren sie dieses, werden sie doppelt von der Parteienverdrossenheit getroffen, zumal ihre Wähler nicht durch Tradition, Milieuzugehörigkeit oder Parteiraison zu binden sind. Bei den verlorenen Wählerinnen und Wählern der Grünen kommt in der Regel noch ein Grad besonderer Enttäuschung darüber hinzu, daß sie in die Grünen besondere Hoffnungen in bezug auf Menschlichkeit, Konsensfähigkeit und Moral gesetzt haben. Man kann natürlich darüber streiten, ob es angemessen ist, solche Erwartungen überhaupt in politischen Parteien zu setzen – entscheidend ist, daß dies genau der Grund war, warum die Grünen eine so herausgehobene Rolle im Seelenleben der Westdeutschen gehabt haben. Von der Weisheit ihrer Nicht-Wähler könnten die Grünen einiges lernen.

Für einen wirklichen Neuanfang muß es auch innerhalb der Grünen einen deutlichen Trennungsstrich zu den alten Grünen (West) geben, die die Wähler nicht mehr wählen und denen sie nicht mehr ihr Vertrauen geben wollen. Und es muß eine Öffnung für Menschen, neue Ideen und die Prinzipien geistiger Freiheit geben. Und beides, der Schlußstrich und die Phase der Öffnung, muß öffentlich sichtbar inszeniert werden. Dies zu tun besteht derzeit eine Chance, die einen echten historischen Glücksfall darstellt: das mögliche Parteienbündnis des bürgerrechtlichen Bündnis 90 aus der ehemaligen DDR mit den West- und Ostgrünen. Der überzeugendste Vorschlag für dieses Zusammengehen sieht so aus: Beide Parteien lösen sich nach einer Phase der öffentlichen Debatte auf zugunsten einer neuen gemeinsamen Partei „Bündnis 90/Grüne“ (oder: Grünes Bündnis), die sich beiden Traditionen in gleicher Weise verpflichtet fühlt, und dies auch in ihren Führungsgremien widerspiegelt. Auf einem Gründungsparteitag wird demonstriert, daß dies das erste Parteienbündnis ist, das nicht vollständig vom Westen dominiert wird. Um diesen neuen und gleichberechtigten Zusammenschluß zu unterstützen, werden offensiv Mitglieder geworben, die sich den Ideen der Bürgerbewegung, der Ökologie, den Men-

schenrechten und der Frauenbewegung besonders verbunden fühlen. Auch Prominente werden gebeten, diesen neuen bürgerrechtlichen Zusammenschluß zweier Bewegungen und Parteien zu unterstützen, zu beraten und auf dessen Listen zu kandidieren. Statuten, Satzung und Parteitagegepflogenheiten der gemeinsamen Partei entsprechen den Lehren aus zehn Jahren grüner Lehrzeiten und Kinderkrankheiten.

Einwände gegen einen solchen Vereinigungs- und Neugründungsprozeß der Grünen (West und Ost) mit den Bürgerrechtlern (Ost und West) gibt es viele: Sie reichen von juristischen Spitzfindigkeiten über kulturelle Animositäten, parteitaktische Machtkalküle bis zu Besorgnissen über den Verbleib der Parteikasse. Stichhaltig ist keiner von diesen – schon gar nicht, wenn man die ausbleibende Signalwirkung bedenkt.

Die Grünen können natürlich auch eine kleine Lösung mit viel Platz für das „Weiter-so“ anstreben. Sie können nur eine Listen-Repräsentanz der Vertreter des Bündnis 90 vorsehen. Sie können auf die Zähigkeit der Bürgerrechtler im Umgang mit Parteiapparaten, auf die Langmut der Wähler, auf die mangelnde Attraktivität eines möglichen Kanzlerkandidaten Engholm für die grüne Klientel, auf eine nächste Umweltkatastrophe oder darauf vertrauen, daß Joschka Fischer demnächst als „letzter grüner Prominenter“ alle Wahlkampftermine bestreitet. Das kann man alles machen – es muß aber nicht sein.

II. Bündnis 90 als politische Bürgerbewegung: Fußnote der Geschichte oder Mitgestalter eines neuen politischen Projekts?

1. Der große Anspruch

Wenn man die deutsche Diskussion über die Existenz und die politische Zukunft organisierter Bürgerbewegungen im System der parlamentarischen Demokratie verfolgt, so halten sich Zuspruch und Skepsis die Waage. Nahezu unumstritten ist ihre kritische und innovatorische Funktion zur Belebung der Parteienlandschaft – als Seismograph für neue Themen und Konfliktlagen. Mit einer Sicht, die an den Entstehungsbedingungen der „neuen sozialen Bewegungen“ in der Bundesrepublik der siebziger Jahre orientiert ist, werden sie als Wellenbewegung und Impulsgeber für die großen Parteien eingeschätzt. Nach dieser Logik sind es die westdeutschen Grünen der achtziger Jahre, die als Antiparteienpartei und Bewegungspartei zur parlamentarischen Verkörperung bürgerbewegter

Ansprüche wurden und zugleich den neuen Abstand gegenüber einem großen Feld von selbstbewußten „single-issue“-Initiativen markieren. Der konfliktbesetzte Entwicklungsprozeß der Grünen als Partei versteht sich dann wie eine Konsolidierung entlang der Normen etablierter deutscher Parteien und läßt nur noch die Frage offen, ob künftig Platz für eine vierte deutsche Partei als parlamentarische Kraft bleibt oder ob sich im Resultat der deutsch-deutschen Vereinigung das Dreiparteiensystem einer schon fast vergessenen Bundesrepublik festigt.

Geradezu zwingend lassen sich aus diesen Überlegungen auch Platz und Überlebenschancen der ostdeutschen Bürgerbewegungen ableiten. Sie waren und sind wesentlicher Träger und Produkt des Umbruchs in der DDR, reproduzieren auf eigener antitotalitärer Grundlage den alten deutschen Antiparteieneffekt und die Ablehnung der Konkurrenzdemokratie. Als politische Kraft einer nachholenden Revolution treten sie erst jetzt in die komplexe Landschaft der demokratischen Moderne ein und müssen sich zwischen Assoziation mit den Grünen, dem Eintritt in andere Parteien oder dem Zurücksinken in den reinen Bewegungssektor entscheiden.

So schlüssig dieses Argumentationsschema in vielen Einzelheiten sein mag, so falsch ist es in seiner Gesamtheit. Weder ein politologisches noch ein soziologisches Modelldenken reichen aus, um den entscheidenden Punkt für das Verständnis der *eigenen Modernität* und der *historischen Chancen* neuer Bürgerbewegungen herauszuarbeiten, die mit den Aufbrüchen von 1989 verbunden sind. Wie das politische und gesellschaftliche 19. Jahrhundert mit dem Beginn des 1. Weltkrieges endete, beginnt das politische 21. Jahrhundert mit der Überwindung der Spaltung Europas. Im Kontext einer solchen Epochenzäsur gewinnen das Ende der DDR und die Dynamik des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses ein historisches Gewicht, das die alleinigen Erklärungsmuster bundesrepublikanischer Nachkriegsentwicklung relativiert und das zu neuen Einsichten zwingt.

An diesem Jahrhundertanspruch gemessen, müssen sich aber auch die Akteure des Umbruchs die berechtigte Skepsis gefallen lassen, wie sie bei aller Originalität, bei allem Selbstbewußtsein mit ihrer marginalisierten Rolle im derzeitigen Moment umgehen können? Wird die beweisfreudige Überzeugung vom „Ende des Parteienzeitalters“ nicht zur bloßen Beschwörungsformel angesichts der realen Kräfteverhältnisse? Ja und Nein!

Der aufmerksame Beobachter der Bürgerbewegungsentwicklung wird nicht erst seit 1989 nahezu alles finden: die anachronistische und retrospektive Hoffnung auf einen erneuerten Sozialismus, den unvermittelten Gestaltungsdrang nach der

„ganz anderen“ Demokratie sowie das jähe Umschlagen in Verstörung, Verzweiflung und ohnmächtigen Protest gegenüber dem politischen Diktat der großen Parteien. Er wird aber auch auf eine ungeheuer intensive Erfahrungszeit stoßen, auf Parteienkritik und Demokratiebegehren, das Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Momente von Repräsentation einschließt. Der große Anspruch der Bürgerbewegungen auf parteienübergreifende Sachpolitik mußte sich binnen kürzester Zeit in zahlreichen Wahlkämpfen, parlamentarischer und außerparlamentarischer Sacharbeit und den Belastungsproben innerorganisatorischer Auseinandersetzungen bewähren.

Konsequenz und Ergebnis dieser extrem verschieden verarbeiteten Erfahrungen ist die Gründung von Bündnis 90 als politische Organisation der Bürgerbewegungen. Aufgeklärt und nüchtern wurde die Diskussion um die tages- und damit reformpolitische Einlösung der großen Ansprüche geführt und nach den Überlebenschancen im Parteienstaat gefragt. Von Fundamentalisten und Nostalgikern als Verrat an den reinen Prinzipien und Kapitulation vor der schlechten Realität gescholten, von Parteienseite als immer noch illusorisch abgetan, geht es tatsächlich um den ersten konsequenten Versuch, die Erkenntnisse antitotalitären Kampfes und des Epochenumbruchs zu verarbeiten und auf die neuen Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa stehen, zu reagieren.

Mit ihrer ausgeprägten Lagermentalität, ihrem Klienteldenken und machtfixierten politischen Instrumentarien erweisen sich die etablierten Parteien der Bundesrepublik als weitgehend unfähig, die Probleme des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses und der gesamteuropäischen Integration zu lösen. Massenarbeitslosigkeit als Dauerproblem, die industrielle und ökologische Verödung ganzer Regionen, wachsende Flüchtlingsströme durch ein sich verfestigendes Entwicklungsgefälle innerhalb Europas und dessen globale Disparität sowie zahlreiche andere Probleme markieren die Überforderung einer Politik, die von der Spaltung Deutschlands und Europas geprägt wurde. Wenn einmal getroffene Fehlentscheidungen aus Gründen von Prestige und Machterhalt kaum noch zu korrigieren sind, wenn Innovationen und neue Denkansätze innerhalb der Parteien regelmäßig blockiert werden, wenn Vorschläge zurückgewiesen werden, nur weil sie „von der falschen Seite“ kommen, ist die Aktualität einer darauf gerichteten Parteienkritik evident. Eine solche Kritik gab es bereits vor 1989. Die nach wie vor anstehende und lebenswichtige Frage spitzt sich jetzt darauf zu, ob im Gefolge der deutsch-deutschen Vereinigung die Chancen für eine intelligentere und innovative Politik letztlich sinken oder steigen.

2. Mittelfristige Perspektiven

Nimmt man die Einschätzung vom Epochenbruch und den neuen Herausforderungen an und verweigert sich einer bloßen Binnenkontinuität bundesrepublikanischer Geschichte, bleibt immer noch das entscheidende Problem, auf welche Art und Weise sich die mit den Bürgerbewegungen verbundenen Innovationspotentiale durchsetzen können. Man versteht dann die „Modernität“ einer Parteienkritik, die zugleich Repräsentation, Rechtsstaatlichkeit und die Vermittlungsprobleme einer komplexen Gesellschaft voll anerkennt und nicht in die Unmittelbarkeit basisdemokratischer Harmonien zurückfällt. Der Erfahrungsanspruch antitotalitären Widerstands und das 68er Erbe der alten Bundesrepublik kämen zusammen, um die Vielfalt existierender zivilgesellschaftlicher Kräfte zu stärken. Produktive Herausforderung für die Parteien, Belebung des politischen Lebens und die Stärkung außerparlamentarischer demokratischer Ansätze könnten die Folge sein. Damit ist aber nur eine Komponente der politischen Werteskala vom Bündnis 90 markiert. Schwieriger wird es mit der angestrebten Selbstbehauptung als eigenständige politische Kraft auch auf der parlamentarischen Ebene. Den erläuterten historischen Einschnitt ernst genommen und trotz des Versagens der Parteien: Die Realität der *nächsten* Jahre wird von der Dominanz der großen Parteien einschließlich Fünfprozenthürde bestimmt sein, die es ratsam macht, ohne Wenn und Aber zu kalkulieren. Ein Realismus, der die Veränderungen und den Veränderungsdruck auf alle Beteiligten des politischen Geschehens zugrunde legt, wird aber auch Brüche und Verwerfungen erkennen, die dem Neuanatz, den Bündnis 90 sucht, erfolgreiche Schritte zu ermöglichen.

Zweierlei ist dazu nötig: Dem aktuellen Unvermögen der Parteien und der Konfliktfülle im geteilt-vereinigten Deutschland muß mit immer wieder neu und verständlich formulierten Sachvorschlägen und Handlungsangeboten in die gesellschaftliche Öffentlichkeit und die Parteien hinein begegnet werden. Fundamentale Systemkritik und bloße Parteienschelte sollte die Bürgerbewegung den traditionslinken und rechtsextremen Kräften überlassen. Mit der Konzentration auf die Probleme in den neuen Bundesländern und im Blickwinkel einer gesamtdeutschen und europäischen Perspektive bürgerbewegter Politik, sind die Pole für die Formulierung von Sachvorschlägen gegeben. Wenn das unermüdliche Suchen nach partei-, verbands- und interessenübergreifender Unterstützung für vernünftige Vorschläge wenig Resonanz findet, weil die politischen und Interessenfronten verhärtet bleiben, müssen die Bemühungen darum öffentlich dokumentiert werden. Damit können Zuspruch, Unterstützung und schon längst in Gleichgültigkeit oder Politikverdrossenheit abgedriftete Potentiale mobilisiert werden.

Zugleich darf sich die Bürgerbewegung nicht darin erschöpfen, im Rücken der Parteien oder vor den Parteigräben als Problemfeuerwehr zu agieren, sondern muß die eigenen Vorschläge, Kritiken und Lösungsansätze zu schlüssigen Konzepten verdichten. Neben der schmalen parlamentarischen und außerparlamentarischen Grundlage, die derzeit vorhanden ist, bleibt vieles liegen oder läßt sich nur bruchstückhaft realisieren. Doch auch hier kann, wie so oft bewährt, die Not zur Tugend werden. Katalogform, Angebotsfülle und Geschlossenheit von Parteiprogrammen können aus guten Gründen vermieden werden, nicht aber die Folgerichtigkeit und der innere Zusammenhang vieler Einzelvorschläge und Konzepte. Wenn eine politische Ethik und gemeinsame Werte den Bürgerbewegungsansatz prägen, sind Widersprüche und eine große Breite der Handlungsansätze möglich. Dennoch muß eine Identität und eine politische Handlungsfähigkeit sichtbar werden. Bei aller Enttäuschung über das Versagen von Parteien wird sich das Wählerverhalten auf Erwartungen richten, die wiederum vom Parteicharakter geprägt sind.

Ohne Verrat an Zielen und ursprünglichem Politikverständnis wird es nötig sein, Kompromißfähigkeit, Integrationskraft und die Bewährung im politischen Tagesgeschäft zu dokumentieren. Legt man für eine mittelfristige Perspektive die Zeit bis Ende 1994 zugrunde, hängt sehr viel davon ab, wie es der gegenwärtigen Regierungskoalition gelingt, die Folgen ihrer Politik zu verdecken, die Koalitionspartner zusammenzuhalten und die zunehmenden Spannungen zwischen den bundes- und landespolitischen Kräftekonstellationen zu verarbeiten. Eine Politik, die im Haupttrend den gesellschaftlichen und sozialen Status quo der alten Bundesrepublik zu erhalten sucht, ist jedoch auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt. Zugleich kann man allerdings mit Faszination erleben, wie es immer noch gelingt, akute und absehbare Probleme auszusitzen und die Folgelast geschickt auf andere Schultern zu packen. Alles wird davon abhängen, wann und in welchem Maße die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Machtstrategie abnimmt und im Verhältnis dazu der von den Bürgerbewegungen vertretene und zugleich politisch gebrauchte Partizipationsdruck, also das Selbstbeteiligungstreben der Gesellschaft wieder wächst. Darüber hinaus droht natürlich ein Teufelskreis an Folgen verfehlter Politik als soziale Marginalisierung breiter Bevölkerungsteile und erhöhter Problemdruck auf die Betroffenen. Ob dann das Angebot demokratischer und ökologischer Verantwortung und die Aufforderung zum solidarischen Umdenken, von der sich ein Bündnis 90 nicht beliebig entfernen kann, überhaupt noch durchdringen und nicht im kurzfristigen Interessengerangel untergehen, ist offen.

3. Partner und Verbündete

Für einen Großteil der öffentlichen Meinung ist klar, daß Bürgerbewegung Ost und Grüne West von Habitus und Tradition eher zusammengehören und eigentlich schon längst vereinigt sein müßten. Für diese Erwartung ist auch die eigenständige Gründung vom Bündnis 90 ein kaum zu verstehender Umweg oder bestenfalls ein taktischer Schritt, um die Verhandlungsposition beim Hineingehen in die Grünen zu stärken. Geht es wirklich nur darum? Bei aller erklärten und praktizierten Kritik an der gesellschaftlichen Realität der alten Bundesrepublik waren die Grünen als Bestandteil und politische Erben der 68er Generation dieser Realität voll verhaftet.

Vom grünen Gründungskonsens über die Flügelkämpfe der achtziger Jahre bis zur Konfrontation mit der deutschen Vereinigung machten sie eine Entwicklung durch, in der auch viel vom ursprünglichen Ansatz verloren ging. Die Grünen auf „Grün“ zu reduzieren oder in ihnen den künftigen Juniorpartner der Sozialdemokratie zu sehen, ist derzeit nur möglich, wenn man sich einer ganzen Dimension ihres Gründungsanspruchs versperrt. Basisdemokratische Kinderkrankheiten abzulegen und eine haßbesetzte Streitkultur zu überwinden, Personen als Träger von Politik zu akzeptieren ist das eine, den Anspruch auf strukturelle Originalität und inhaltli-

che Profile quer zur Parteienlandschaft aufrechtzuerhalten das andere.

Wenn die Bürgerbewegungen mit dem letzteren Anspruch an die Grünen herantreten, sie als mögliche Partner an diesem Bemühen messen, hat das nichts mit Illusionen oder Kinderkrankheiten zu tun. Was vor über zehn Jahren bei den Grünen angedacht wurde und in der damaligen Situation immer nur als Vorgriff erschien: die neue Verbindung von ökologischer und demokratischer Fragestellung, ohne die soziale Frage aus dem Auge zu verlieren, die Kultur der Selbstbegrenzung gegen den Wachstumsfetischismus von links und rechts, die Unteilbarkeit von Bürger- und Menschenrechten als Grundlage eines ungeteilten Europas, ist seit 1989 auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Mit diesen Vorstellungen und Forderungen entwickelten weder die Grünen noch später die Bürgerbewegungen etwas Exklusives, sondern nahmen auf verschiedener Grundlage und als Angehörige einer Generation die gleichen Ansätze möglicher Zukunft auf, die von vielen anderen Menschen ebenso gesucht wird. Grüne und Bürgerbewegung können sich als organisatorische Träger und Beförderer eines politischen Projektes finden, das in der Spannung zwischen aktuellem Gestaltungsanspruch und offener Perspektive viele Verbündeten braucht, die über den nationalen Raum Deutschlands hinauswirken.

Die PDS: eine postkommunistische Partei

Am Ende des Jahres 1991 hat der Appell, den Wolfgang Berghofer anlässlich seines Austrittes aus der SED/PDS im Januar 1990 verfaßte, nichts von seiner Aktualität verloren: „Die alte SED und ihre Führung haben die DDR in beschämender und unverantwortlicher Weise ruiniert, politisch, wirtschaftlich und moralisch. Dadurch wurden alle Mitglieder der Partei, auch die kritischen, reformwilligen, sittlich in Verruf gebracht und ihrer politischen Heimat beraubt... Wir, die wir uns persönlich aktiv für die radikale Erneuerung der SED/PDS eingesetzt haben, sehen nicht die politische Kraft dieser Partei, sich grundsätzlich zu verändern und die tiefe Krise in unserem Land an der Seite der demokratischen Kräfte mit zu überwinden.“¹ In der Tat gibt es nichts in der Geschichte der PDS, das uns von ihrer Erneuerung überzeugen könnte, nichts, das darauf hindeutet, daß sie nunmehr zu den demokratischen Parteien gehört. Die Kontinuität mit dem Erbe der SED und das Gewicht der Vergangenheit scheinen die PDS immer noch zu beherrschen. Wir können in diesem Beitrag nur kurz auf die Bedingungen eingehen, die zur Entstehung dieser Partei führten.

Mit ihrer Flucht in eine „Scheinwelt“, deren Stabilität durch einen allgegenwärtigen Unterdrückungsapparat gesichert wurde, hatte die SED-Führung um Erich Honecker, insbesondere seit 1985, den Blick auf die Realitäten im Land verloren. Das autoritäre, zentralistische Verhalten sowie die bürokratische Trägheit der DDR-Strukturen und der SED erwiesen sich als allgemeine Destabilisierungsfaktoren und machten eine Handhabung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen und Krisenerscheinungen unmöglich.

Die Krise der SED und des gesamten Systems wurde beschleunigt durch den Widerstand der Parteiführung gegen die Linie Gorbatschows und seine Perestrojka-Politik. Die Fluchtwelle und die im Sommer einsetzenden Demonstrationen, deren Umfang von Woche zu Woche größer wurden,

1 Wolfgang Berghofer, ehemaliger SED-Oberbürgermeister von Dresden, war eine der wichtigsten Persönlichkeiten des Erneuererflügels der SED und hatte im Dezember 1989 eine entscheidende Rolle während des letzten Parteitages der SED und der Gründung der SED/PDS gespielt. Er setzte sich vehement für die Erneuerung der Partei ein, bevor er sich dessen Unmöglichkeit bewußt wurde. Da seine Popularität ebenso groß war wie die von Modrow, bewirkte sein Austritt einen neuerlichen organisatorischen Niedergang der SED/PDS im Januar 1990.

waren der Ausdruck einer tiefen Perspektivlosigkeit und einer immer größer werdenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der schlechten Versorgungslage. Die dogmatische Verblendung Honeckers führte dazu, daß sogar die meisten seiner treuen Gefolgsleute im Politbüro sich gegen ihn wandten und die Dringlichkeit von Rettungsmaßnahmen des Regimes erkannten. Der durch seine Vergangenheit belastete Egon Krenz konnte weder die Bevölkerung noch die Basis der SED von einer geistigen und politischen Wandlung der Machtkonzeptionen der neuen SED-Führung überzeugen. Die viel zu spät eingeleitete Säuberung des Politbüros sowie das Beharren von Krenz auf seiner Nominierung zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates und zum Staatsratsvorsitzenden überzeugte die Bevölkerung davon, daß sich die Rückkehr zu einer Einmann-Diktatur und der Machterhaltung eines verhassten, sich bereits als unwirksam gezeigten Parteiapparates anbahnte.

Diese taktischen Fehler von Egon Krenz stärkten die Ausgangslage seines Konkurrenten Hans Modrow, der die Unterstützung und das Vertrauen Moskaus hatte, und einen Oppositionsflügel um sich scharte (Wolfgang Berghofer, Gregor Gysi, Markus Wolf), der später die Führungsmannschaft der PDS bilden sollte. Nach der Maueröffnung übernahm Hans Modrow die Regierungsgeschäfte und versuchte, die SED organisatorisch zu stabilisieren sowie die Glaubwürdigkeit der Partei im Lande wieder herzustellen.

Die SED/PDS, die sich Ende Februar 1990 in PDS umbenannte, entstand mit einer doppelten Zielsetzung: den Sozialismus zu reformieren und den SED-Staat zu retten. Um die Bevölkerung der DDR vom Wahrheitsgehalt ihrer Vorhaben zu überzeugen, rief die neue SED/PDS-Führung die Partei zu einer Kritik der organisatorischen Praktiken und theoretischen Grundsätze des stalinistischen Erbes der SED auf. Dieser theoretische Kunstgriff diente jedoch nur dazu, eine ganz andere Zielsetzung zu verbergen. Das primäre politische Interesse der SED/PDS bestand darin, die Macht solange wie möglich zu behalten. Die von der SED/PDS immer wieder beschworenen, von der Regierung Modrow aber selten verwirklichten Reformen, waren nicht als ein Weg zu einer wirklichen politischen Demokratie gedacht, sondern als Mittel zur Stabilisierung der alten Strukturen.

Die neue Namensgebung, die Kriminalisierung der alten Führung und die öffentliche Schuldanererkennung der SED/PDS sind deswegen keine ersten Abschnitte in einer tiefen Erneuerung der Partei, sondern Anzeichen ihrer unter Zwang erfolgten Anpassung an ein immer feindseliger werdendes politisches, soziales und gesellschaftliches Umfeld. Der Versuch Hans Modrows, die Stasi durch Verwandlung in eine Verfassungsbehörde zu retten, hat es endgültig geschafft, die Glaubwürdigkeit und die mehr als zaghaften und verbalen Erneuerungsbestrebungen der SED/PDS-Führung in Verfall zu bringen.

Aus der Bevölkerung und von der Parteibasis kamen dringende Forderungen nach einer Selbstauflösung der SED/PDS. Mit dem Austritt Wolfgang Berghofers aus der Partei, dem Verschwinden der Plattformen (innerparteiliche Gruppierungen), die für die Auflösung der SED/PDS plädierten, dem Austritt von hunderttausenden von Mitgliedern, der Selbstauflösung oder der Selbstlähmung von ganzen Bezirksorganisationen, stand die SED/PDS kurz vor dem Zerfall.

Nach einem Kurswechsel Hans Modrows (der sich zur Entscheidung für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und die Bildung einer Regierung der Nationalen Verantwortung durchringen konnte) sowie dem Aufkommen einer gewissen Besorgnis in der DDR gegenüber den Gefahren und den Kosten einer Wiedervereinigung, konnte Modrow sich wieder Sympathien erwerben. Mit ihm als Spitzenkandidat konnte die Partei auch verlorenen Boden wiedergewinnen, ihre Organisation stabilisieren und schließlich ein gutes Ergebnis von 16,3 Prozent bei den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 erzielen.

Nach dieser Wahl wurde die PDS, die früher allmächtige Staatspartei, zur Oppositionspartei. Unter der Führung von Gregor Gysi und Hans Modrow änderte sie ihre Widerstandspolitik von dem Vorwurf der „Einverleibung“ der DDR auf die Erhaltung von möglichst vielen sozialen Einrichtungen der DDR im vereinten Deutschland. Ab Frühjahr 1990 bereitete die PDS mit Hilfe der ehemaligen Erneuerer der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ihre Ausdehnung im Westen vor und ließ sich auf eine Art permanenten Wahlkampf ein, der vor den Augen ihrer Anhänger zeitweise die ideologischen Verluste und den organisatorischen Niedergang der Partei verbergen konnte.

Über die soziale Zusammensetzung der PDS-Anhänger gab es lange Zeit nur ungenaue Angaben. Erst die in den letzten Monaten auf Bundes- und Regionalebene erfolgten Untersuchungen lieferten zuverlässige Informationen. Folgende Grunddaten geben einen ersten Eindruck über die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Partei: Oktober

1989: 2 300 000; Dezember 1989: 1 463 762; Februar 1990: 650–700 000; Mai 1990: 400 000; Juni 1990: 350 491; Dezember 1990: 284 000; Juni 1991: 242 141². Seit Oktober 1991 verfügen wir über zusätzliche Daten. Die Bundeswahlkommission der PDS ermittelte am 27. September 1991 das Ergebnis der Urabstimmung über das Statut der Partei³. An dieser Urabstimmung hatten sich 130 848 Parteimitglieder (72 Prozent der Gesamtmitgliedschaft) beteiligt. Mit der Erstellung von Wählerverzeichnissen lag nunmehr ein genauerer Überblick über die Anzahl der PDS-Mitglieder vor. Die PDS-Mitgliedschaft hatte sich im September 1991 bei 180 000 stabilisiert. Die gegenüber den Angaben auf dem Parteitag der PDS im Juni stark verringerte Mitgliederzahl im Vergleich zum 31. März 1991 war im wesentlichen nicht auf Austritte, die unter 3 000 lagen, sondern auf eine Bereinigung veralteter Karteien zurückzuführen. Das heißt, daß Mitglieder, die sich zum Teil seit mehr als einem Jahr nicht mehr am Parteileben beteiligten und auch keine Beiträge zahlten, nun auch nicht mehr als Mitglieder geführt wurden, obwohl sie nie einen Austritt erklärten. Bezogen auf diese Mitgliederzahl lag die durchschnittliche Beitragszahlung im 1. Halbjahr 1991 bei 86,7 Prozent (156 000 zahlende Mitglieder).

Im Juni 1991 gab Lothar Bisky bekannt, daß sein Landesverband Brandenburg nur noch 36 000 Mitglieder zählte⁴. Von Januar bis Ende Juni 1991 waren 2 068 Mitglieder ausgetreten, 72 Eintritte standen dagegen. 13 000 eingetragene Mitglieder zahlten keinen Beitrag mehr, d. h. ca. 30 Prozent. In ca. 20 bis 30 Prozent der Kreise und 50 Prozent der Orte gab es keine PDS-Mitglieder mehr. Im Landesverband war die Anzahl der Mitglieder unter 30 Jahren auf 2 767 Personen gefallen. Das Beispiel von Berlin, dem organisatorischen Kern der PDS, ist noch aufschlußreicher, da einerseits der Mitgliederschwund der PDS in städtischer Umgebung nicht so kraß ist (189 000 im Herbst 1989), andererseits eindeutig soziologische Ungleichgewichte bestehen, die auf eine alternde Partei hinweisen.

Erst im Mai 1990 rang sich Gysi zu einer ersten soziologischen Bestandsaufnahme seiner Partei

2 Quellen: Parteitagdokumente; Finanzberichte; Bundesgeschäftsführer. Wir verweisen auf unser Buch, das im Frühjahr im Bouvier Verlag, unter dem Titel: Die PDS. Anatomie einer post-kommunistischen Partei, erscheinen wird sowie auf den Beitrag von Patrick Moreau, Krise und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46–47/90.

3 126 355 Ja-Stimmen für das PDS-Statut, in: PID (PDS-Pressedienst), Nr. 40/91 vom 4. 10. 1991.

4 Vgl. Weitere PDS-Abgeordnete geben Stasi-Mitarbeit zu, in: FAZ vom 10. 6. 91; Lothar Bisky, Brandenburger Befindlichkeiten, Probleme und Programme, in: PID, Nr. 29/91 vom 19. 7. 1991.

durch (Stand: 450 000 Mitglieder)⁵. Die Partei war in 16 090 Basisgruppen organisiert, davon waren 2 500 in Betrieben und Einrichtungen tätig⁶. Die PDS hatte sich also hauptsächlich in die Wohngebiete „zurückgezogen“ und die Betriebe unter dem Druck der Arbeiter praktisch aufgegeben. In engem Zusammenhang mit dieser Entwicklung konnten wesentliche Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft beobachtet werden. Im Juli 1990 vervollständigte die PDS die im Mai angegebenen Zahlen: „Für die Veränderung der Mitgliederstruktur der PDS gegenüber der ehemaligen SED sind kennzeichnend: die Erhöhung des Anteils der Frauen (von 36 auf über 40 Prozent), der Rückgang des Anteils der ArbeiterInnen, vor allem aus den produzierenden Bereichen, die anteilmäßige Zunahme von Angehörigen der Intelligenz und der Angestellten... Disproportionen in der altersmäßigen Zusammensetzung, entstanden durch den relativ stärkeren Rückgang des Anteils mittlerer Jahrgänge.“ Eine soziologische Dimension wurde explizit hervorgehoben: „Die deutliche Verringerung von bestimmten sozialen Gruppen, wie Funktionäre im Staatsapparat, Leitungspersonal in Betrieben und Einrichtungen, Angehörige der bewaffneten Organe.“⁷

Die verfügbaren Daten⁸ belegen, daß die SED einen hohen Anteil von Staats- und Wirtschaftsfunktionären, Angehörigen der bewaffneten Organe und hauptamtlichen Funktionären aufwies, die ungefähr ein Drittel der Parteimitglieder (Staats- und Wirtschaftsfunktionäre: 8,5 Prozent, 157 000; hauptamtliche Funktionäre: 9,8 Prozent, 181 500; Militärangehörige: 10,9 Prozent, 201 500; Trägergruppen zusammen: 29,2 Prozent, 540 000 Mitglieder) darstellen. Diese Unterstützergruppen hatten den Charakter der SED als typische Staats- und Funktionärspartei bestimmt und waren vierzig Jahre lang die sichersten Stützen des Prinzips „Einheit von Partei und Staat“ gewesen. Mit dem Zusammenbruch der SED und der Umwandlung der PDS in eine Oppositionspartei hatte die alte Elite ihre politische Funktion und die Privilegien verloren und die PDS scharenweise verlassen. Nichtsdestoweniger, wie der sehr hohe Prozentsatz der älteren Anhänger belegt, war ein Teil dieser Gruppe der PDS treu geblieben. Das Übergewicht der älteren Jahrgänge führte zu einem deutlichen Un-

gleichgewicht, da die mittleren Jahrgänge vergleichsweise schwach vertreten waren.

Am 8./9. September 1990 veröffentlichte die PDS folgende Zahlen⁹: „Neben vielen Genossinnen und Genossen, die längere Zeit der SED angehörten, sind 9,5 Prozent der Mitglieder im Alter bis zu 30 Jahren...“ Gysi unterstrich die Verschiedenartigkeit seiner Partei und nannte drei Hauptgruppen: „Da sind zum ersten die alten, treuen GenossInnen. Zweitens nenne ich die Gruppe junger GenossInnen... Und drittens gibt es nach wie vor ehemalige hauptberufliche Funktionäre des Partei- und Staatsapparates.“ Gysi setzte hinzu: „Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der PDS ergeben folgendes Bild. Arbeiter: 19 bis 21 Prozent; Angestellte: 17 bis 18 Prozent; Intelligenz: 22 bis 24 Prozent; Bauern: 1 bis 2 Prozent; Handwerker und Gewerbetreibende: 0,5 Prozent; Studenten und Schüler: 1,5 Prozent; Rentner, Hausfrauen und Hausmänner: 37 bis 39 Prozent.“ Im Januar 1991 wurden neue Angaben bekannt¹⁰: „Per 31. 12. 1990 hatte die Partei über 284 000 Mitglieder. Das bedeutet, daß uns per Mai 1990 etwa 70 000 Mitglieder verlassen haben. Im gleichen Zeitraum hatten wir etwa 3 000 Neuaufnahmen. Der Anteil der Frauen unter unseren Mitgliedern entspricht gegenwärtig 43,4 Prozent. Den höchsten Anteil gibt es in der Landesorganisation Berlin-Ost mit 46,7 Prozent. Der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren beträgt jetzt 8,9 Prozent. Es handelt sich um 25 330 Mitglieder. Der Anteil der Rentner liegt bei 47,8 Prozent.“ Von Mai 1990 bis zu diesem Zeitpunkt war die Zahl der Basisorganisationen um 3 316 auf 12 774 gesunken, zum Teil durch Zusammenlegung verschiedener Basisgruppen.

Angesichts dieser Entwicklung entschloß sich die PDS, eine Reihe von soziologischen Untersuchungen durchzuführen, um zu versuchen, ein Heilmittel gegen die Ausblutung und den Alterungsprozeß ihrer Mitgliedschaft zu finden. Im April 1991 organisierte die Partei eine Tagung mit dem Ziel, ihren Führungskräften soziologische Ansätze vorzustellen, die die Ergebnisse unterschiedlicher regionaler Studien miteinbezogen¹¹. Die Beiträge dieser Tagung bestätigen, mit einer für die PDS außerordentlich deutlichen Ausdrucksweise, unsere Hauptthese: Die PDS ist, denkt und handelt wie eine modernisierte kommunistische Partei.

5 Vgl. Gregor Gysi, PDS. Auf dem Weg der Erneuerung. Klausurtagung des Parteivorstandes am 12./13. Mai 1990; Referat auf der Klausurtagung, S. 45f.

6 PID, Nr. 23/90 vom 14. 6. 1990.

7 Offen für alle fortschrittlichen und humanistischen Ideen und Ideale. Thesen für die Konferenz zur Erneuerung der PDS, Entwurf, in: PID, Nr. 28 vom 19. 7. 1990, Beilage.

8 ISDA, Mitgliederbefragung der PDS 1991: Strukturen, politische Aktivitäten und Motivationen in der PDS, in: Arbeitsmaterial 6, Forschungsbericht, Berlin Juni 1991, Manuskript.

9 Wir brauchen eine neue, moderne Partei als linke Kraft. Referat von Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS, auf der Erneuerungskonferenz am 8./9. September 1990, in: PID, Nr. 32 vom 17. 8. 1990, Beilage.

10 Bericht des Parteivorsitzenden zur Entwicklung der Partei auf der 1. Tagung des 2. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin, 26./27. 1. 1991, S. 30.

11 Vgl. Henry Friebe/Gerry Woop, Analyseversuch zur Situation der PDS, in: Arbeitsmaterial 7, Tätigkeit des Parteivorstandes und Materialien aus den Arbeitsgruppen, Berlin 1991 S. 23–27.

Die Sprecher bemerkten: „Um diese Entwicklung zu erfassen, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß 95 Prozent der PDS-Anhänger ehemalige SED-Mitglieder waren, und daß nur 5 Prozent parteilos bzw. Mitglieder einer sogenannten Blockpartei waren.“ Daraus ergab sich, „daß seit Februar 1990 kaum neue GenossInnen als Mitglieder der PDS beitraten und die Akzeptanz der PDS als neuer Partei aus personellen Aspekten heraus äußerst gering ist“¹². Mit Bezug auf eine in Sachsen durchgeführte Untersuchung¹³ wurde die PDS als eine „homogene Einheit“ vorgestellt. Meinungsunterschiede zwischen den Alters-, Qualifikationsgruppen etc. sowie unter den auf Konferenzen, Parteitagen und anderen Treffen geführten Auseinandersetzungen waren in den Untersuchungen „kaum spürbar geworden, da die Zahl der sich Streitenden und aktiv um Veränderung Ringenden in der PDS insgesamt gering ist“¹⁴.

Auf der Theorieebene nahmen die Diskussionen zum Selbstverständnis der PDS breiten Raum ein. Hierbei betonten viele Mitglieder, daß sie sich „insbesondere zu den kommunistischen Wurzeln und Traditionen der Partei“ bekannten, „weniger als Sozialisten“ verstanden „und hoffen, mit Hilfe eines ‚reinen‘ Marxismus-Leninismus zu einer neuen sozialistischen Theorie zu gelangen.“ Im Zusammenhang mit der Frage nach der Parteienkonkurrenz stellten die PDS-Mitglieder fest: „An die Stelle streitbarer Diskussionen um die Werte eines demokratischen Sozialismus wird die Thematisierung des Unterschiedes zur Sozialdemokratie gesetzt. Immer wieder wird die Forderung nach einer Klassenpartei und die spezifische Interessenvertretung einer schwer zu definierenden Arbeiterklasse erhoben. Alte Schwarz-Weiß-Denkschemata verhindern nicht nur eine wirklich differenzierte Wertung des bürgerlichen Systems, sondern verfestigen die scheinbaren Wahrheiten alter Lehrbücher.“¹⁵ Das Überleben dieses SED-Erbes in den Verhaltensstrukturen der PDS-Anhänger war angesichts der Altersstruktur oder der einseitig orientierten kommunistischen Parteipräferenz der Eltern der Befragten vorausehbar.

Die Untersuchung der Bündnisfähigkeit der Anhänger zeigte, daß die meisten der PDS-Mitglieder sich an erster Stelle als Kommunisten verstanden, nur wenig Sympathie für die „Bürgerbewegungen“ oder andere „Chaotenhaufen“ hegten und noch

weniger Verständnisbereitschaft für die Sozialdemokratie aufbringen konnten. Welche Bündnispartner kamen im Westen oder im Osten in Frage? Im Osten boten sich die von Michael Czollek geführten Nelken an (76 Prozent positive Meinungsbekundungen), danach folgten die Initiative für Frieden und Menschenrechte (63 Prozent), die KPD (69 Prozent), die Vereinigte Linke (90 Prozent). Die SPD kam auf 18 Prozent. Bei den Grünen wurde zwischen Ost und West nicht unterschieden, sie stellten eine besondere Einheit dar, die von 60 Prozent der PDS-Basis akzeptiert wurde. Als typischer Partner im Westen profilierte sich nur die DKP. 53 Prozent der PDS-Befragten sagten aus, die DKP sei eine Bruderpartei oder eine sehr nahe stehende Bewegung¹⁶.

Die Übereinstimmung der aufgeführten Angaben beweisen, daß die Partei sich in einem dramatischen Zustand befindet, der bedingt ist durch eine vielfältige Krise auf demographischer, politischer und psychologischer Ebene. Bei der DDR-Nostalgie handelt es sich nicht um eine vorübergehende Modeerscheinung, sondern den Beleg, daß die PDS sich als unfähig erwies, die eigene Geschichte zu bewältigen. Sollte man die Behauptung aufrechterhalten, daß die PDS ernstlich versuchte, sich zu erneuern und sich in Richtung Demokratie zu entwickeln (was wir bezweifeln), so zeigte die Dominanz des reaktionären Verhaltens, daß das Erbe der SED schwer wog und die Partei mehr belasten würde als die guten Absichten der Anhänger. Die PDS in ihrer Mehrheit blieb, wie das Neue Forum sie charakterisierte, eine Partei der ewig Gestrigen.

Die PDS wollte mit der Reduzierung ihres Parteiapparates ihren Erneuerungsprozeß beweisen. Der Personalabbau ist eine unleugbare Tatsache, sollte aber im wahren Zusammenhang gesehen werden: Zum einen ist es der Wille der PDS-Führung, sich unbequemer Kader – solcher, die sich als unfähig zu einem zeitgemäßen, politischen Verhalten erweisen – zu entledigen; zum anderen führte der Rückgang der Mitgliederbeiträge zu finanziellen Zwängen, die es unmöglich machten, diesen gut bestückten Parteiapparat weiter zu erhalten. Aus diesen Gründen scheint uns die von Gysi proklamierte Erneuerung eher eine Zwangsmaßnahme zu sein.

Während des 1. Ordentlichen Parteitages der PDS am 24./25. Februar 1990 stand die Neuformierung der Partei und die kritische Abrechnung mit der Vergangenheit im Mittelpunkt der Diskussionen: letztere habe vor allem den zentralen wie regionalen Parteiapparat kritisch hinterfragt¹⁷. Ab diesem

12 Ebd., S. 24.
13 Bereich Öffentlichkeitsarbeit: Erste soziologische Erhebung im Landesverband Sachsen; die sächsische PDS aus der Sicht ihrer Mitglieder; Auswertung einer offenen Frage: Was bewegt sich noch besonders in Bezug auf die Arbeit, Perspektive und Wirksamkeit der PDS? Manuskript, Februar/März 1991, 18 S.; Landesverband Sachsen, Eine soziologische Erhebung im Landesverband Sachsen, Manuskript, April 1991, 15 S.

14 H. Friebe/G. Woop (Anm. 11), S. 7.
15 Ebd., S. 26.
16 Vgl. Willy Koch/Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Leipzig, Leipzig-Mannheim 1991.
17 Vgl. Wahlparteitag der PDS, 24./25. Februar 1990, Berlin 1990, S. 9.

Zeitpunkt, und unter den zweifachen Zwängen stehend, führte die PDS eine drastische Beschneidung ihres Parteiapparates durch.

Im Hause des Parteivorstandes waren im Februar 1990 nur noch 360 politische Mitarbeiter tätig, gemessen am Apparat des ZK der SED waren 42 Prozent übriggeblieben. Zu dieser Reduzierung war die PDS nach dem Umzug des Parteivorstandes vom Haus der Parlamentarier (ehemaliges ZK-Gebäude) in das Karl-Liebknecht-Haus gezwungen worden, der zum 5. Mai 1990 abgeschlossen wurde. Beim Parteivorstand im Karl-Liebknecht-Haus wurden etwa 300 politische Mitarbeiter und 150 technische Kräfte beschäftigt. Im Juni 1991 entschied das Präsidium eine deutliche Reduzierung der hauptamtlichen Mitarbeiter beim Parteivorstand. Danach wurde die Anzahl der politischen Mitarbeiter bis 30. September 1991 von 294 auf 185 verringert. Die Finanzkrise der PDS sollte aber diese Vorhaben zunichte machen, da die Gesamtzahl der hauptamtlichen PDS-Mitarbeiter bis 1992 auf 200 Angestellte und ca. 30 politische Berater verringert werden muß.

Innerhalb von zwei Jahren hatten sich die PDS-Strukturen tiefgreifend verändert. In der Zentrale hatte die Partei sich 1990 mit spezialisierten Kommissionen versehen, die sich organisatorisch gesehen ineffektiv und belastend erwiesen hatten und auf ideologischer Ebene nur bedingt ertragreich waren. Die neuen Strukturen, die die Kommissionen ersetzten, wurden im Frühjahr 1991 gebildet und sollten der Partei ihren politischen Biß wiedergeben und die Anhängerschaft, die immer mutloser wurde, neu motivieren. Programmatik und Parteikonzeption der PDS-Initiatoren (Hans Modrow, Gregor Gysi, André Brie) belegen, daß diese sehr früh begriffen hatten, daß der Wiederaufbau einer klassischen leninistischen Kaderpartei in der DDR und um so mehr in einem wiedervereinigten Deutschland keine Zukunft mehr hatte. Daher bot es sich an, die Methoden zu modernisieren und sich dabei als „sozialistische Basispartei“ zu tarnen. Der Preis, den die PDS zahlen mußte, um ihr politisches Überleben zu sichern, war ein verstärkter ideologischer Pragmatismus, eine Reihe von Strukturveränderungen, ein Abbau des Parteiapparats, eine Ausschaltung aller von der DDR-Vergangenheit zu stark kompromittierten Kadern sowie der Ausschluß von ideologischen Positionen und Persönlichkeiten, die zu stark an die Zeit des SED-Regimes erinnerten.

Der demokratische Zentralismus leninistischer Prägung wurde durch die wendige „Diktatur“ eines allmächtigen Präsidiums abgelöst. Die Akzeptierung dieses Machzentrums war durch die Popularität von Hans Modrow und Gregor Gysi, die einzigen Persönlichkeiten der Partei mit Integrationsvermögen, abgesichert. Um die Troika

Gregor Gysi, Hans Modrow und André Brie formierte sich eine neue PDS-Elite, die hauptsächlich junge Mitglieder und begeisterungsfähige Sympathisanten vereinigte und die die Kontrolle über die neuen Führungsstrukturen der Partei übernehmen sollte: die Arbeitsgemeinschaften beim Parteivorstand.

Laut Beschluß des Parteivorstandes vom 16. Februar 1991 sollte sich seine gesamte Arbeit „von den politischen Aufgaben ableiten und auf die Bereiche der politischen Praxis konzentrieren, in denen sich Konfliktpotentiale bündeln, politische Bewegungen vorhanden sind, entstehen oder entstehen können, und die die außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit der PDS auszeichnen sollen“. Mit der Bildung neuer Arbeitsgruppen bzw. mit den schon bestehenden wurden die Bereiche hervorgehoben, in denen es eine Anhäufung von Konfliktpotentialen gab und mehr oder weniger entwickelten parlamentarischen und außerparlamentarischen „Widerstand“.

Erklärtes Ziel des PDS-Parteivorstandes war es, mit der Arbeit in diesen Arbeitsgemeinschaften strategische Fragen anzugehen: Verankerung der PDS im Westen der Bundesrepublik, Sicherung und Ausbau der Basis in den östlichen Bundesländern, Dialog und Zusammenarbeit der Linkskräfte und antikapitalistischer Kampf. Hier sollte die Führungsschicht der PDS die Politik „gemeinsam entwickeln und selbständig vertreten“.

Die Organisationsreformen wurden von der Überlegung begleitet, wieviel Platz im Parteileben das Programm einnehmen sollte. Der ideologische Monolithismus der Vergangenheit wurde durch sich oft widersprechende Ansätze (aber kein globales und fertiges Programm) ersetzt, z.B. Umweltschutz, die Frauenfrage, die Wichtigkeit der neuen sozialen Bewegungen. Eine einzige theoretische Neuerung verdient es, untersucht zu werden: die Rolle der Intellektuellen bei der von Gramsci inspirierten Subversion der „zivilen Gesellschaft“.

Als die PDS sich im Mai 1990 entschloß, gegen SPD und Grüne als marxistische und sozialistische Opposition um einen Platz im gesamtdeutschen Parteienspektrum zu kämpfen, mußte sie für ihr Programm die Frage nach dem Zusammenhang von Reform und Revolution klären. Zu diesem Zeitpunkt finden sich die Verweise auf Gramsci: „Wir schöpfen aus der Geschichte des humanistischen Denkens, insbesondere aus den dialektischen und materialistischen Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautzky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, W. I. Lenin und Antonio Gramsci und ihrer nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklung. Die Partei nimmt all diese Ideen kritisch auf.“

Die Gramsci zugebilligte Sonderstellung und der wachsende Einfluß seiner Lehren waren Ergebnis einer in den Jahren 1990/91 vorgenommenen Analyse des Marxismus. Seit März 1990 war sich die PDS der Notwendigkeit bewußt, sich innerhalb kürzester Zeit zu einer „gesamtdeutschen“ Partei entwickeln zu müssen. Zu der für das Überleben der PDS notwendigen Anpassungsstrategie lieferte Gramsci die Methodologie und eine eschatologische Vision.

Untersuchen wir genau, welche Lehren die PDS aus Gramscis Werk zieht. Wenn der deutsche kapitalistische Staat ideologische „Hegemonie“ genießt und die meisten Menschen eine Weltanschauung vertreten, die ihn stärkt und rechtfertigt, müssen die Aktivitäten der PDS in zwei Richtungen gehen: Einerseits eine offene Kapitalismuskritik, andererseits eine subversive und fraktionsbezogene Aktion im Rahmen der zivilen Gesellschaft und des kulturellen Konsenses. Das organisatorische und theoretische Prinzip bestand also sowohl in großen Kampagnen der Kapitalismuskritik (im Rahmen der Friedensbewegung beispielsweise) als auch in spezialisierten und begrenzten Aktionen an den schwächsten Gliedern, die am Konsens beteiligt sind (z. B. den Minderheiten).

Die PDS, die sich auf längere Sicht in der Defensive weiß, hegt sicher keine Hoffnung auf eine unmittelbare Rückeroberung der zivilen Gesellschaft und hat verstanden, daß der Marxismus auf die Mehrheit der Bürger wenig attraktiv wirkt. Dennoch sieht die PDS eine Chance, die nicht völlig von der Hand zu weisen ist. Der Kapitalismus hat triumphiert und dürfte die letzten sozialistischen Staaten als politische Akteure verdrängen. Die Größe und unerwartete Schnelle seines Sieges werden eine zweifache Krise mit sich bringen. Die erste, die Krise der Linken, ist bereits in vollem Gange. Die zweite, die noch bevorsteht, wird die Intellektuellen des „historisch-liberalen Blocks“ betreffen, die sich plötzlich ihres Feindbildes und ihrer politischen Utopien beraubt sehen.

Der Kapitalismus wird folglich ins Wanken geraten und nur mit Mühe seinen Erfolg behaupten können. Da die globalen Zwänge keineswegs abnehmen, die kapitalistische Produktionsweise bestimmte Ungleichgewichte wie z. B. das ökologische favorisiert, werden sich neue Formen des Widerstandes organisieren, auf internationaler Ebene (arme gegen reiche Länder, Nord gegen Süd), auf nationaler (jung gegen alt, entrechtete Arbeitslose gegen geschützte Arbeiter, Rassismus in all seinen Formen). Ziel der PDS ist es, mangels Handlungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene, auf allen Gebieten der zivilen Gesellschaft die Konfliktzonen auszumachen und in jedem Spannungsfeld oder jeder Kluft eine spezifische Botschaft zu vermitteln. Kernpunkt ist der Widerstand gegen den

sozialen Konsens, wo immer er möglich ist. Zentrum dieser Auseinandersetzungen wird der kulturelle Bereich sein.

Auf der Ebene der Intellektuellen (derjenigen Intellektuellen, die in den neuen Bundesländern der Partei verbunden blieben, aber auch alle anderen, die durch die Wiedervereinigung zur Randgruppe wurden) erlebt die PDS, inspiriert von Gramscis Geschichte und Politik, einen neuen ideologischen Pseudo-Aufschwung. Diese Intellektuellen nehmen mehrere Funktionen wahr: die Verteidigung von Identität und Kultur der DDR-Bevölkerung, der die PDS eine „ideologische Homogenität“ vermitteln möchte, und die Schaffung eines kollektiven Bewußtseins, das zur Organisation des Widerstands gegen den Kapitalismus nötig ist. Und die PDS glaubt fest an die Wirksamkeit des subversiven Modells.

Parallel dazu begründete sich die gewollte Ablehnung jeglicher systematischer, programmatischer Vorgehensweise durch die PDS auf einer genauen, vom Präsidium erstellten Analyse der extremen ideologischen Vielfalt der Partei. Um ein Auskommen der Strömungen, Plattformen und anderen Tendenzen miteinander zu ermöglichen, ist die PDS gezwungen, bei klar eingegrenzten politischen Themen, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen und dabei jede systematische Formalisierung zu vermeiden.

Die Mutation dieser Organisationsprinzipien und die Aneignung von neuen semantischen Feldern, die von den Grünen oder den westdeutschen Linken (DKP, „K“-Gruppen, westliche Frauen-, Dritte-Welt- und Friedensbewegung etc.) ausgeliehen wurden, beinhaltet und bewirkte keinesfalls die Entwicklung der PDS zu einer sozial-demokratischen oder ökologischen Partei, sondern zu einer modernen kommunistischen Partei, die in ihre Strategie den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ (Zerfall der Sowjetunion und ihrer Peripherie) mitberücksichtigt hat. Es scheint, daß die PDS eine typische Partei dieses postkommunistischen Zeitalters ist, da sie die Vorstellung eines endgültigen Sieges des Kapitalismus gegen eine bestimmte geschichtliche Form des Sozialismus akzeptiert, und all ihre Kräfte konzentriert auf die Notwendigkeit einer destruktiven Opposition gegen die Marktwirtschaft. Unter dem Mäntelchen eines Kreuzzuges zur Errettung der Menschheit vor den globalen Gefahren (insbesondere des ökologischen Zusammenbruchs) tarnt sie sich.

Die PDS träumt davon, die Rolle einer ideologischen Muse und eines organisatorischen Motors in dieser Bewegung zu spielen und findet dabei die klassische kommunistische Unterwanderungsstrategie wieder, die es darauf anlegt, die Bürgerinitiativen und die neuen sozialen Bewegungen zu mani-

pulieren. Parallel dazu und auf genau die gleiche klassische Art versucht die PDS, im gewerkschaftlichen Bereich Fuß zu fassen, um Streiks anzulegen oder zu provozieren. Sie wendet eine auf Spannung abzielende Strategie in den neuen Bundesländern an und deutet – sehr vorsichtig – die Möglichkeit eines Rückgriffs auf ungesetzliche Aktionen an.

Das organisatorische Gebaren der Partei (der Kampf 1990 gegen die Fraktionsbildungen und 1991 gegen die oppositionellen Erneuerer der „Strömung“), deren personalpolitisches Durchgreifen (die „Apparat-Säuberungen“ sowie die Beibehaltung der Funktionen, die die besonders zahlreichen MfS-Mitarbeiter und -Informanten immer noch bekleiden), die höchst eigenwillige Verwaltung des Parteivermögens, und letztendlich, die Linke Liste/PDS-Ausdehnungsstrategie nach Westen anlässlich der Bundestagswahlen im Dezember 1990 (die auf die Integration der Anhänger des ehemaligen Erneuererflügels der DKP zielte), beweisen, daß die PDS nicht nur wie eine „modernisierte“, sondern auch wie eine „klassische“ kommunistische Partei handelt, die, um ihr wahres Wesen zu verbergen, Sponti-Sprüche von sich gibt (Take it Gysi!) sowie auf nichtssagende Aussprüche baut, die einen „dritten Weg“ nicht eröffnen, sondern eher verbauen.

1991 ist die PDS wahlpolitisch und organisatorisch zu einer regionalen Partei herabgesunken, die die Interessen eines immer kleineren Bevölkerungsteils der ehemaligen DDR repräsentiert; sie befindet sich in einer Krise, die durch den beschleunigten Niedergang ihrer organisatorischen Fähigkeiten und ihres Anhängerpotentials gekennzeichnet wird. In den neuen Bundesländern ist die PDS nach einer INFAS-Umfrage von Ende Oktober 1991 von 11,1 Prozent (Bundestagswahl) auf sechs Prozent abgesunken. In ganz Deutschland käme die PDS auf ein Prozent, dies würde das sichere Aus bei den nächsten Bundestagswahlen bedeuten; wahrscheinlich ist für die Kommunalwahlen von 1992 in den neuen Bundesländern bereits ein Zusammenbruch vorprogrammiert.

Im Osten wie im Westen ist die Krise ideologischer und organisatorischer Art. Die PDS/Linke Liste besaß im Oktober 1991 in Westdeutschland zehn Landesverbände mit ca. 600 Mitgliedern. In West-Berlin kamen noch einmal 434 Mitglieder hinzu¹⁸. Die Landesverbände teilen sich auf in die größeren, die zwischen 60 und 110 Mitglieder umfassen (Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Bayern), und in die kleineren, die zwischen sieben und 30 Mit-

glieder zählen (Saarland, Schleswig-Holstein, Bremen, Rheinland-Pfalz). Lediglich 18 Prozent der westlichen PDS-Mitglieder sind Frauen. Nur etwa die Hälfte der Mitglieder sind aktiv, nehmen regelmäßig an Tagungen teil, bekleiden Funktionen etc. Fast zehn Prozent aller aktiven Mitglieder waren im Herbst 1991 Mitglieder des Parteivorstandes der PDS oder arbeiteten als Abgeordnete oder Mitarbeiter im Rahmen der Bundestagsfraktion. Auf ca. drei Mitglieder kommt eine Person, die ohne Parteibuch in den Strukturen der Landesverbände mitarbeitet, wobei hier die Situation in den einzelnen Landesverbänden sehr unterschiedlich ist.

Der größte Teil der Mitglieder aller Landesverbände war in der Zeit vor 1990 DKP-Mitglied oder kommt aus dem entsprechenden politischen Umfeld, ein kleinerer Teil aus dem grün-alternativen und linksradikalen Spektrum, ein noch kleinerer Teil aus linkssozialdemokratischen oder linksgewerkschaftlichen Gruppierungen. Ein Viertel bis ein Drittel der Mitglieder war zuvor parteilos. Der Bundesgeschäftsführer der PDS, Wolfgang Gehrcke, erklärte die Lage seiner Truppe im Oktober 1991 in Frankfurt wie folgt: „Das Projekt Linke Liste, d.h. der Anspruch, in einer an die PDS angelehnten linken Sammlungsbewegung ein pluralistisches Bündnis zu erzielen, ist tot.“¹⁹

Der finanzielle Notstand ist zweifellos das wichtigste Element der gegenwärtigen Krise der PDS. Die Partei hatte geglaubt, daß es ihr gelingen könnte, ihr SED-Erbe mit der Gründung von GmbHs oder durch den illegalen Geldtransfer ins Ausland (z. B. 107 Mio. an die Firma Putnik) zu retten. Die PDS glaubte daran, fähig zu sein, den Kapitalismus auf seinem eigenen Platz zu besiegen. Aber das deutsche Recht sollte diese PDS-Illusionen jäh zerstören: Heute steht die PDS am Rande des Ruines und des Konkurses. Kurz nach der Parteitagstagung im Juni 1991 beschlagnahmte die Treuhand alle Konten der PDS (inklusive Mitgliedsbeiträge, Wahlkostenerstattung und Spenden). Sie bestimmte, daß die PDS jede Einzelausgabe genehmigen lassen mußte. Die erste Reaktion der PDS auf diese Maßnahme war genauso primitiv wie unwirksam: Sie organisierte Menschenketten mit Einzelquittungen und versuchte, die Arbeit der Treuhand lahmzulegen. Dies entpuppte sich aber als ein Eigentor, da binnen weniger Tage die PDS wegen Geldmangels weder ihre politische Aktivität fortführen noch ihre Schulden bezahlen konnte. Die juristische Gegenoffensive wurde auch zu einem Mißerfolg, da die Richter entschieden, daß das PDS-Vermögen das Erbe eines Will-

18 Vgl. Statistik der PDS-Berlin, Stand: 25. 10. 1991, in: Analyse der innerparteilichen Situation und Entwicklung, Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit des Landesverbandes Berlin der PDS.

19 Wolfgang Gehrcke in Frankfurt. Die wichtigsten Dokumente dazu: Präsidiums-Vorlage von Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann, behandelt in den Sitzungen vom 30. Mai und 7. Juli 1991, Manuskript.

kürstaates war, das nicht von den rechtsstaatlichen Gesetzen Deutschlands geschützt ist. Die Unabhängige Kommission, die vor der Wiedervereinigung zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR eingesetzt worden war, entwickelte eine neue Beweisführung, die bestimmte Ansätze des Karlsruher Urteils wiederaufnahm.

Gemäß Aussage der unabhängigen Kommission hat die PDS nur Anspruch auf einen begrenzten Teil des Vermögens der SED (Finanzen, Wertobjekte, Immobilien). Sie argumentiert, daß die Mitgliedschaft in der SED meistens erzwungen war. Von dem aus Mitgliedsbeiträgen und sonstigen Gewinnen entstandenen SED-Vermögen sei der PDS-Teil ermittelt worden durch die Anzahl der überzeugten Mitglieder der SED. Der Rest wurde als Zwangsbeitrag bezeichnet und muß dem Staat zurückerstattet werden. Die Kommission schätzt die Zahl der „freiwilligen“ SED-Anhänger auf 350 000, eine Angabe, die auch Gysi im Juni 1990 erwähnte. Die Höhe des Altvermögens der PDS wäre entsprechend zu reduzieren.

Bis zur Bestimmung dieses Schwellenbetrags, ein höchst schwieriges Unterfangen, das unseres Wissens nach gegenwärtig durch keine juristische Norm gestützt wird, haben die Treuhand und die Kommission den Entschluß gefaßt, das ehemalige Vermögen der SED in voller Höhe vor dem Zugriff der PDS zu schützen. Die Beschlagnahmung des Immobilienbesitzes war verordnet worden und wird solange anhalten, bis geklärt ist, ob und wieviel der PDS zusteht. Im Laufe des Sommers bewilligte die Treuhand der PDS einen Kredit in Höhe von 5,45 Mio. DM, der aus dem Altvermögen stammt, aber bis Jahresende aus den Eigenmitteln der Partei (den Mitgliedsbeiträgen) getilgt werden muß. Dieser Kredit erlaubt der PDS zu überleben, verhindert aber, daß die Partei ihre sozialen Verpflichtungen einlöst, so zum Beispiel die Zahlungen an ihre ehemaligen Mitarbeiter. Die Partei steht am Rande des Konkurses und müßte, falls die Zahlungsunfähigkeit festgestellt würde, sich auflösen.

Die PDS hatte zwar versucht, die Krise offensiv anzugehen und aus diesem Grund im Juni 1991 beschlossen, ab 1. Januar 1992 auf Eigenfinanzierung zu gehen. Um ihr finanzielles Gleichgewicht wieder zu erlangen, entschied sie über eine weitere Reduzierung ihres hauptamtlichen Apparats um ca. 1000 Mitarbeiter. Insgesamt sollte für das gesamte Bundesgebiet die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter auf 200 gesenkt werden. Im zentralen Parteiapparat werden ab 1992 nur noch 50 Hauptamtliche verbleiben. Der anläßlich der dritten Tagung des 2. Parteitages neu zu wählende Parteivorstand wird noch die genaue Zahl der Mitarbeiter zu bestimmen haben, die eingestellt wer-

den sollen. Wegen juristischer Gründe wurden bis auf 22 technische Beschäftigte im Parteivorstand alle Mitarbeiter im Parteivorstand und alle Hauptamtlichen in den westlichen Bundesländern zum 31. Dezember 1991 gekündigt. Der Zusammenbruch des Parteiapparats beschränkt natürlich die politische Einsatzfähigkeit der PDS und verstärkt damit die Orientierungslosigkeit und psychologische Krise ihrer Basis.

Die Maßnahmen der Treuhand hatten letztendlich die PDS im wahrsten Sinne des Wortes finanziell erwürgt: Sie war gezwungen, nicht nur ihren hauptamtlichen Mitarbeiterstab zu kürzen, sondern auch noch regionale Niederlassungen zu schließen, die Auflagen ihrer Presse einzuschränken und die Schulungsmöglichkeiten für ihre Mitglieder teilweise stillzulegen. Hinzu kommt noch das Damokles-Schwert, das über ihrer Tageszeitung, dem Neuen Deutschland, hängt.

In den neuen Bundesländern schreitet die Abnutzung der Mitgliedschaft regionalbedingt sehr unterschiedlich voran, hat aber inzwischen die Propagandamöglichkeiten „einer flächendeckenden Partei“ endgültig zerstört. Ein Kommunikationsdefizit zwischen den Führungsstrukturen auf Bundes- und Landesbene mit der Parteibasis sowie der Mangel an jungen Anhängern schränken die Mobilisierungsmöglichkeiten der PDS immer weiter ein.

Die Krise der PDS äußert sich auch auf anderen Ebenen. Die Formel, die das am einprägsamsten wiedergibt, stammt vom Neuen Forum, die das Wesen der PDS noch am besten beschrieben hat. Für das Neue Forum ist „die PDS die Partei der Schuldigen, die Partei der Schieber und die Partei der Stasi“, und diese Kurzbezeichnung hat nichts von ihrer Aktualität verloren.

Bezüglich der Stasi hatte die PDS auf der zweiten Tagung des 2. Parteitages im Juni 1991 einen Beschluß zum Umgang mit der MfS-Problematik angenommen. Dieser Beschluß schien im Sinne einer ehrlichen Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der DDR-Geschichte zu sein. Die angepriesenen Maßnahmen sollten, in der Theorie, zu einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte führen. Die PDS sah Tagungen und Arbeitsgruppen vor und organisierte eine erste Tagung Ende Oktober 1991. Der Hauptredner des Zusammentreffens war der brandenburgische Landtagsabgeordnete Michael Schumann, der für die PDS seit Dezember 1989 eine wichtige Werberolle spielte, weil er sich zum Anwalt der Vergangenheitsbewältigung gemacht hatte²⁰. Er hielt ein schlechtes Plädoyer über den Begriff der begrenzten Schuldfähigkeit von ehemaligen offiziellen oder freien Stasi-Mitar-

²⁰ Vgl. PDS-Tagung zu SED, MfS und Grundlagen der Repression: Frage nach Schuld und Sühne „ist die Frage nach uns selbst“, in: Neues Deutschland vom 21. 10. 1991.

beitern. Einige Tage später wurde er selbst als ehemaliger inoffizieller Stasi-Mitarbeiter entlarvt und weigerte sich anfangs, seine Abgeordnetenimmunität aufzugeben, obwohl Kollegen aus der PDS-Fraktion es ihm rieten. Dieser Fall erscheint typisch für die Doppelzüngigkeit der PDS.

Die PDS hatte auf dem Parteitag und unter dem Druck einer Delegiertenminderheit (die erkannt hatte, daß die Partei eine Selbstmordlösung gewählt hatte, weil sie nicht den Mut aufbrachte, diesem Problem gerecht zu werden), eine Regelung für ehemalige MfS-Angehörige in Partei- oder Parlamentsfunktionen angenommen. Diese wurden aufgefordert, ihre MfS-Tätigkeit gegenüber den Vorständen oder Gremien, in denen sie tätig sind, offenzulegen. Diese Gremien sollten die Art des Engagements der betreffenden Person einschätzen und ihre Meinung über den Verbleib oder das Ausscheiden äußern. Der Parteivorstand wurde verpflichtet, Kriterien für diese Fälle auszuarbeiten, damit die Vorstände und Gremien über ein Bewertungsraster verfügen konnten. Die Kriterien für die Bewertung der MfS-Tätigkeiten wurden nicht besprochen, die Arbeitsgruppen bei den Vorständen existierten und existieren immer noch nicht, und die Vertrauenspersonen, an die sich die ehemaligen MfS-Angehörigen wenden können, wurden nirgends benannt. Es handelt sich um eine willkürliche Entscheidung der PDS-Führung, die sich dessen bewußt ist, daß diese Frage nie direkt und offen angegangen wurde, wie das Beispiel des Bezirks Berlin zeigt, wo ein Viertel der Mitglieder ehemalige offizielle Stasi-Mitarbeiter waren. Auch wenn der Landesverband Berlin einen besonders krassen Fall darstellt, so bleibt doch die Gewißheit bestehen, daß in allen PDS-Fraktionen in den neuen Bundesländern sowie auf allen administrativen Landesbenen, in allen Vorständen und auch im Hauptapparat, ehemalige Stasi-Mitarbeiter tätig sind.

Drei Fälle können wir als Beispiel aufführen: Wolfram Adolphi, Berliner Landesvorsitzender, Jutta Braband, die erste Bundestagsabgeordnete, die sich zu ihrer MfS-Vergangenheit bekannt hat, und der Berliner Abgeordnete Dirk Schneider, ein Einflußagent der Stasi bei den Berliner Grünen und Alternativen. Auf einer ganz anderen Ebene des Apparates, bei den früheren ca. 9000 bis 10000 Kommunalabgeordneten der PDS, hatten die Rücktritte wegen der Stasi-Vergangenheit so zugenommen, daß die Nachrücklisten oft erschöpft sind. Die PDS-Strategie ab November 1991 war klar: Die Inkraftsetzung der Stasi-Gesetze abwarten und dabei hoffen, daß zu der Zeit alle belastenden Unterlagen endgültig beseitigt sein werden.

Die PDS opfert mit dieser Einstellung – um ihr Überleben zu sichern – jegliche wahre Demokratisierung und Offenheit. Das Organisatorische

wurde Trumpf und verwies auf einen Ausspruch von Modrow: „Deshalb bedeutet Erneuerung der PDS vor allem die Profilierung als neue Partei.“ Die Verpackung der SED veränderte sich, ihr antidemokratischer Inhalt aber blieb.

Im Zentrum des Parteiapparates verstärkte die PDS antidemokratische Verhaltensschemata gegenüber ihren Mitgliedern, wie die Krise der PDS-Gruppe im Bundestag beweist. Der Fall Jutta Braband stürzte die Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste in eine tiefe Krisenstimmung, insbesondere nachdem Gregor Gysi es geschafft hatte, die anderen PDS-Abgeordneten dazu zu bringen, nicht ihren Rücktritt zu verlangen. Die Rücktrittserklärung von Bernd Henn (PDS-Bundestagsabgeordneter), die kurze Zeit später erfolgte, war ein Indiz dafür, daß das Unbehagen viel tiefer saß und schwerwiegender war als angenommen: Es existierte eine Gruppe G 10, die die gemäßigte Mehrheit der Fraktion umfaßte und die gegründet worden war, damit die Fraktionsmehrheit die Argumente oder Beiträge der Minderheit nicht mehr zu diskutieren braucht und dieser keine Möglichkeit geboten wird, Gegenvorschläge aufzusetzen²¹. Es gibt zahlreiche Beispiele für die Konfrontationspunkte dieser beiden Tendenzen, aber auch zwischen einzelnen PDS-Abgeordneten: die Diskussion um den § 218 (für und gegen die ersatzlose Streichung des Paragraphen), die Diskussion um die Europapolitik, die Frage der Asylpolitik (eine Mehrheit für offene Grenzen und eine Minderheit für ein Quotierungsmodell), die neue Verfassung, die Diskussion um den Krieg in Jugoslawien (für und gegen den Erhalt des jugoslawischen Staates), die Beurteilung der Entwicklung in der Sowjetunion und selbstverständlich die Frage der Behandlung der Stasi-Vergangenheit. Bei jedem Punkt wurde die Zersplitterung der PDS deutlich, sie blieb aber nicht immer im Schema Minderheit gegen Mehrheit gefangen. Je nach Thema konstituierte sich eine neue Mehrheit. Dieses Phänomen konnte aber nur zu einem einzigen Ergebnis führen: Die PDS-Gruppe lähmte sich selbst; diesen Mechanismus finden wir bei den Landesverbänden wieder.

Im Zentrum des Parteiapparates hat sich inzwischen eine Opposition formiert unter der Bezeichnung „Strömung“ und sogar einen fraktionsartigen Charakter angenommen. Diese Opposition vereinigt zahlreiche Führungspersönlichkeiten und aktive Mitglieder aus der Frühphase der SED/PDS. Es handelt sich um eine aktive Oppositions-

21 Die Arbeitsgemeinschaft bestand aus 10 Mitgliedern: Dagmar Enkelmann, Bernd Henn, Ursula Fischer, Uwe-Jens Heuer, Barbara Höll, Dietmar Keller, Angela Stachowa, Gerd Riege, Fritz Schumann, Ilja Seifert. Die Fundamentalisten waren: Andrea Lederer, Ulla Jelpke, Petra Bläss, Jutta Braband und Ulrich Briefs. Im Zentrum fand man Hans Modrow und Gregor Gysi.

bewegung innerhalb des Präsidiums und des Parteivorstandes, die meint, daß die Erneuerung der PDS gescheitert ist. Die mehrheitliche Führung der PDS versammelt sich um die Troika Gysi-Moldrow-Brie und will zum nächsten Parteitag die Gelegenheit ergreifen, einerseits die Präsenz der Westler zu beschränken und andererseits die Sympathisanten der Strömung von den Führungsorganen der Partei auszuschalten.

Gysi ist inzwischen nicht mehr die Integrationsfigur der Partei, die jederzeit eine allgemeine Zustimmung hinter sich sammeln kann. So ist zum Beispiel die Mehrheit der AG Junge GenossInnen,

die früher zu den profiliertesten Kräften der PDS gehörte, offen zur internen Opposition übergelaufen. Die PDS, die von der lähmenden „DDR-Nostalgie“-Stimmung ihrer überalterten Mitgliederstruktur beherrscht wird, ist endgültig an ihrem immer wieder bekräftigten Vorsatz gescheitert, eine interne Erneuerung durchzuführen und hat somit auch ihre Integrationsbestrebungen innerhalb des demokratischen politischen Systems verspielt. Als überalterter, regionaler Partei bleiben der PDS nur noch Rückzugsgefechte in einer Gesellschaft, für die sie zu einem Fremdkörper geworden ist. Der Untergang dieser Partei scheint kurzfristig unvermeidbar.

Werner A. Perger: Die CDU

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92 S. 3-9

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommt auch für die CDU die „Stunde der Wahrheit“. Die Partei befindet sich in einer tiefen Krise; sie ist langweilig geworden. Die CDU hat sich von einer Volkspartei mit Führungsanspruch zu einem Kanzlerclub als Machterhaltungsagentur gewandelt.

Die Probleme, denen sich die CDU gegenüber sieht, sind vielschichtiger Natur. Die West-CDU ist überaltert. Für deren Verjüngung stellt der Kanzler eine Erblast dar. Die „Blockis“ der Ost-CDU werden die Partei noch lange beschäftigen. Durch den Beitritt der ehemaligen DDR zum Grundgesetz hat es einen erheblichen Säkularisierungsschub gegeben. Die Auswirkungen von elf Millionen „postsozialistischen Atheisten“ sind noch nicht abzusehen. Die CDU braucht angesichts der dramatischen Veränderungen in der politischen Kultur Deutschlands eine Besinnung auf ihre Wertvorstellungen, vielleicht auch eine Neuorientierung.

Eckhard Fuhr: Die SPD: Last der Vergangenheit und neuer Realismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92, S. 10-13

Der Beitrag behandelt die Entwicklung der SPD seit 1989. Der Generationenwechsel in der Partei ist weitgehend abgeschlossen. Mit Engholm und Klose haben sich Persönlichkeiten durchgesetzt, die Bodenhaftung haben und nicht angegrünt sind. Sie repräsentieren nicht wie Lafontaine die „neue SPD“, sondern stehen für Realismus in der Politik. Sie müssen die Scharte ausweiten, die der SPD durch ihre provinzielle Haltung im Wiedervereinigungsjahr durch ihren Kanzlerkandidaten geschlagen worden ist. Die SPD muß erst noch mental den Epochenwechsel, den das Jahr 1989 markiert, verarbeiten. Der dafür notwendige Realismus setzt sich aber nur langsam durch.

Hans Vorländer: Die FDP nach der deutschen Vereinigung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92, S. 14-20

Die im August 1990 erfolgte Vereinigung von FDP/West mit den Parteien aus der ehemaligen DDR, mit den alten Blockparteien Liberal-Demokratische Partei (LDPD) und Nationaldemokratische Partei (NDPD) sowie den nach der „Wende“ erfolgten Neugründungen, FDP in der DDR und Deutsche Forumspartei, hat die alte FDP verändert. Allerdings ist die Richtung der Veränderung bisher kaum erkennbar. Dies machte auch der Parteitag der gesamtdeutschen FDP im thüringischen Suhl im November 1991 deutlich.

Scheint das Ende der „Lambsdorff-Partei“ eingeläutet worden zu sein, wurde die Führungsfrage bis 1993 vertagt, was Raum für lang anhaltende Diadochenkämpfe gibt, die die Energien der Partei bindet. Gleichzeitig wurden Belastungen aus dem innerparteilichen Vereinigungsprozeß deutlich, die darauf hindeuten, daß die Verwerfungen zwischen „Wessis“ und „Ossis“ größer sind, als dies der von funktionalen und organisatorischen Imperativen bestimmte Vereinigungskurs von Parteiführung und Parteimanagement glauben machen konnte. Programmatisch bedeutete der Sühler Parteitag die Rückkehr zu alten wirtschaftsliberalen Besitzständen. Die FDP befindet sich vorerst noch in einem Prozeß der inneren Neukonstituierung. Der Weg von einem Parteienverbund zu einer integrierten gesamtdeutschen FDP wird über eine personelle und politisch-programmatische Erneuerung führen müssen.

Hans-Jürgen Leersch: Die CSU: eine neue Form der Bayernpartei?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92, S. 21-28

Die CSU baut ab, ohne aber ins Bodenlose zu fallen. Seit dem Tode ihres langjährigen Vorsitzenden Franz Josef Strauß 1988 und der deutschen Einheit im Jahre 1990 hat die Partei an Gewicht in der Bundespolitik verloren. Die mehrfach geführten ergebnislosen Ausdehnungsdiskussionen und die gescheiterte Ost-Expedition unter dem Namen DSU waren verzweifelte Versuche, den „bundesweiten Anspruch“ über die deutsche Einheit hinwegzuretten. Der Parteivorsitzende Theo Waigel ist überlastet und durch die Steuererhöhungspolitik der Bonner Koalition belastet. Die landesväterliche Leitfigur, Ministerpräsident Max Streibl, stellte sich durch eine Reihe von irreführenden Äußerungen selbst in Zweifel. Ob Kreuther Klausurtagungen oder Spitzengespräche mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl in Irsee: Nicht nur die CDU sucht nach einer neuen Strategie. Spätestens seit dem letzten Parteitag im November 1991 in München ist aber klar, daß die CSU die unter Strauß gerne gespielte Rolle, Integrationsfaktor und Beruhigungspille der deutschen Konservativen auch außerhalb Bayerns zu sein, aufgegeben hat.

Antje Vollmer/Wolfgang Templin/Werner Schulz: Grüne und Bündnis 90

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92, S. 29–34

Der Beitrag gibt einen Zustandsbericht der Grünen und des Bündnis 90 und zeigt Wege auf, wie es zu einem Zusammenschluß und einer Neugründung beider Parteien kommen kann. Dabei muß jedoch Platz sein für neue Ideen und die geistige Freiheit von Individuen. Grüne und Bürgerbewegung können sich als Vordenker und Organisatoren der politischen Ideen des nächsten Jahrhunderts finden, die Befürworter nicht mehr nach dem alten Rechts-Links-Schema und auch über den nationalen Rahmen hinaus suchen.

Patrick Moreau: Die PDS: eine postkommunistische Partei

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/92, S. 35–44

Die PDS ist, denkt und handelt wie eine modernisierte kommunistische Partei, die in ihre antikapitalistische Strategie den Untergang des real existierenden Sozialismus integriert hat, so die Hauptthese dieses Beitrages. Obwohl der Parteivorsitzende Gregor Gysi der Partei ein demokratisches Mäntelchen umhängen will, verfährt sie innerparteilich nach den Methoden der SED einer umfassenden Machtkonzentration innerhalb einer kleinen Führungsgruppe. Die Mehrzahl ihrer Anhänger, die sich geistig nicht an die neue demokratische Ordnung der Bundesrepublik anpassen können, sind ehemalige SED-Mitglieder. Die Partei ist überaltert. Es gelingt ihr nur sehr begrenzt, junge Menschen zum Parteieintritt zu motivieren. Die Ausdehnung auf die alten Bundesländer ist gescheitert. Diese Partei ist trotz anderslautender Beteuerungen antidemokratisch und mit dem totalitären Erbe der alten SED belastet. Der Untergang dieser Partei scheint unvermeidbar.